



Parlamentarische Kontrolle von Sicherheitspolitik

*Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Sozialwissenschaftliches Institut*

Sandra Dieterich

**Demokratische Außenpolitik =
Friedliche Außenpolitik?
Ein Literaturbericht**

**paks working paper 2
2007**





PAKS WORKING PAPER SERIES

HERAUSGEBER:

Forschungsprojekt „Parlamentarische Kontrolle von Sicherheitspolitik“ (paks)

Sozialwissenschaftliches Institut

Universitätsstr. 1, D-40225 Düsseldorf

Phone: +49 (211) 81 15 097

Fax: +49 (211) 81 14 075

Email: dieterich@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Homepage: <http://www.paks.uni-duesseldorf.de>

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

BIOGRAPHISCHE ANGABEN:

Sandra Dieterich, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt „Parlamentarische Kontrolle von Sicherheitspolitik“ am Sozialwissenschaftlichen Institut der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

E-Mail: dieterich@phil-fak.uni-duesseldorf.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Copyright © 2007 [paks]. Alle Rechte vorbehalten.

ISSN 1864-9467 (Printversion)
ISSN 1864-9475 (Internetversion)

Sandra Dieterich

**Demokratische Außenpolitik =
Friedliche Außenpolitik?
Ein Literaturbericht**

paks working paper 2

2007

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Das Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ – eine monadische Perspektive	4
2.1 Die Ursprünge der Debatte: Die Auseinandersetzung um den empirischen Befund.....	6
2.2 Der Beginn der Theoriebildung: Dominanz des „Separate Peace“	7
2.3 Die „Monadische Wende“	10
2.4 „Unpacking Democracy“ - Die Öffnung des Konzepts „Demokratie“	17
3. Demokratische Mitbestimmung in der Außenpolitikforschung	28
3.1 „Generationenwechsel“ in der theoriegeleiteten Außenpolitikanalyse.....	29
3.2 Zwischen Staatszentriertheit und Gesellschaftsdominanz: Liberale Ansätze der Außenpolitiktheorie	31
3.3 Parlamente im außenpolitischen Entscheidungsprozess: eigenständige Akteure oder strukturelle constraints?.....	32
4. Vergleichende Parlamentarismusforschung im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik.....	42
4.1 Kontroversen in der aktuellen Forschung: Parlamentarismus als wandelbare Organisationsform oder als Auslaufmodell?	43
4.2 Außen- und Sicherheitspolitik: Analytische Stiefkinder der Parlamentarismusforschung	45
4.3 Parlamentarische Kontrolle äußerer militärischer Gewalt: Von stillen Beobachtern und munteren Mitentscheidern	48
5. Zusammenfassung und Ausblick.....	58
Literaturverzeichnis.....	62

1. Einleitung

Der Zusammenhang zwischen dem friedfertigen Außenverhalten eines Staates und seiner inneren demokratischen Verfasstheit wird in der europäischen Ideengeschichte nicht erst seit dem Erscheinen von Immanuel Kants philosophischem Entwurf „Zum Ewigen Frieden“ reflektiert. Bereits seit dem Beginn der Neuzeit haben sich zahlreiche Philosophen und Staatstheoretiker wie Niccolò Machiavelli, der Abbé de St. Pierre oder auch Jean Jaques Rousseau mit der republikanischen Herrschaftsform befasst und auf deren friedensfördernde Außenwirkung hingewiesen (Geis 2001: 282; Czempiel 1986: 116ff.). In Anknüpfung an diese ideengeschichtliche Perspektive hat sich in den letzten 40 Jahren innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen besonders das Forschungsprogramm des „demokratischen Friedens“ intensiv mit diesem Gedankengut auseinandergesetzt. Zahlreiche Forscher diskutieren im langen Schatten des „empirischen Doppelbefundes“ bis heute kontrovers darüber, ob Demokratien in ihren Außenbeziehungen generell oder nur in der Interaktion mit ihresgleichen zu einem friedfertigen Verhalten neigen und haben eine Vielzahl unterschiedlicher Erklärungsmodelle entwickelt.

Während im Rahmen der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem „demokratischen Frieden“ eingehend über „die Außenpolitik von Demokratien“ debattiert wird, fällt auf, dass der Begriff der „demokratischen Außenpolitik“ bisher nur wenig Beachtung findet und meist ohne Zögern mit ersterem gleichgesetzt wird. Jedoch ist zu fragen: Kann die Außenpolitikgestaltung eines Staates allein aufgrund seiner Zuordnung zum Herrschaftstyp „Demokratie“ a priori als „demokratisch“ bezeichnet werden? Oder muss nicht vielmehr wie schon von Kant gefordert, die demokratische Qualität des außenpolitischen Entscheidungsprozesses selbst untersucht werden, um Aufschluss über eine mögliche Ursache des friedfertigen Außenverhaltens von Demokratien zu erhalten (Czempiel 1981: 222f., vgl. ders. 1996)? Gabriele Kittel hat bereits zu Anfang der 1990er Jahre darauf aufmerksam gemacht, dass das Konzept „demokratischer Außenpolitik“ bislang keine hinreichende Beachtung erfahren hat. Sie betont in diesem Zusammenhang den prozessualen Aspekt des Begriffs, in dessen Mittelpunkt das Zustandekommen von Außenpolitik steht (Kittel 1993: 5). Auf der Grundlage eines pluralistischen Demokratieverständnisses hebt sie besonders die Bedeutung parlamentarischer Mitwirkungs- und Kontrollrechte für eine Demokratisierung außenpolitischer Entscheidungsprozesse als Voraussetzung für ein friedlicheres Außenverhalten von Demokratien hervor.

Es ist zwar heute unbestritten, dass der Bereich der Außenpolitik, der über Jahrhunderte hinweg als „l'affaire personnelle du prince“ galt, mittlerweile durch die Verbreitung demokratisch verfasster Staaten mehr und mehr für gesellschaftliche Einflüsse geöffnet wird (Ehrenzeller 1991: III; vgl. Hellmann et al. 2006: 34f.). Unklar bleibt jedoch weiterhin, in welcher Form, in welchem Umfang und mit welcher Wirkung die gesellschaftliche Teilhabe am außenpolitischen Entscheidungsprozess in den heutigen Demokratien bislang gegenüber einer in diesem speziellen Politikfeld immer noch wirksamen exekutiven Prärogative verankert ist: „It is worth asking in the context of the triumph of liberal democracy whether even foreign policy is now becoming more open to democratic influences – or if not, why not?“ (Hill 2003: 252).

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Inhalt und der Wirkung „demokratischer Außenpolitik“ scheint gerade in Bezug auf das wechselnde Konfliktverhalten von Demokratien, welches jüngst an der unterschiedlichen Beteiligung der europäischen Staaten am Irakkrieg 2003 zu beobachten war, von besonderem Interesse zu sein und kann möglicherweise einen Beitrag zur Lösung des Rätsels der immer noch „unfriedlichen Demokratien“ leisten. Die zentrale Fragestellung lautet daher: Besteht ein Zusammenhang zwischen einem „demokratisierten“ außenpolitischen Entscheidungsprozess, in dessen Verlauf der Wille der Bevölkerung durch die Mitwirkung und Kontrolle des Parlaments durchgesetzt wird und einem friedfertigen Außenverhalten demokratischer Staaten?

Vor diesem Hintergrund soll der vorliegende Literaturbericht einen aktuellen Überblick über die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Konzept „demokratischer Außenpolitik“ bieten. Dazu wird zunächst das Forschungsprogramm des „demokratischen Friedens“ nach seinem derzeitigen Erkenntnisstand befragt. Im Anschluss wird darauf eingegangen, auf welche Weise die Demokratisierung außenpolitischer Entscheidungsprozesse bislang in den Analysen der Außenpolitikforschung berücksichtigt worden ist. Abschließend wird die Auseinandersetzung der Vergleichenden Parlamentarismusforschung mit der Rolle und Bedeutung von Parlamenten im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik beleuchtet.

2. Das Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ – eine monadische Perspektive

Die Erforschung des Zusammenhangs zwischen demokratischer staatlicher Verfasstheit und friedlichem Außenverhalten gehört seit nunmehr bald einem viertel Jahrhundert zum festen Bestandteil liberaler Theoriebildung in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB). Über die wissenschaftliche sowie praktisch politische Relevanz der Thematik besteht kein Zweifel (Elman 1997: 8; Teusch/Kahl 2001: 288). Die zahlreichen Beiträge, die sich der Entwicklung des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ widmen, sind heute nur noch mit Mühe zu überschauen. Aufgrund der jeweils unterschiedlich gesetzten Akzente der Arbeiten sprechen manche Forscher bereits nicht mehr nur von *der* Theorie, sondern von *den* „Theorien des Demokratischen Friedens“ (so Müller 2002: 46ff.; vgl. Schrader 2003: 107). Fest verwurzelt in der philosophischen Tradition Immanuel Kants und seiner Schrift „Zum Ewigen Frieden“ hat sich während der letzten Jahrzehnte eine Vielzahl an Erklärungsversuchen herausgebildet, welche von rational-institutionalistischen über normativ-kulturelle Ansätze bis hin zu einer Kombination beider Erklärungsstränge reichen.¹ Seit einiger Zeit wird zudem verstärkt die Wirkung weiterer Faktoren wie wirtschaftlicher Interdependenz, internationaler Institutionen und des Völkerrechts untersucht (u.a. Russett/Oneal 2001; Mansfield/Pollins 2003; Mansfield/Pevehouse 2006, 2003; Dembinski/Hasenclever/Wagner 2004; Hasenclever/Weiffen 2006). Der jüngste Forschungstrend scheint jedoch in eine gänzlich andere Richtung zu weisen: Im Mittelpunkt der Untersuchungen steht nun nicht mehr die Frage nach Frieden, sondern die Hinwendung zur Erforschung demokratischer Kriege als der „dunk-

¹ Für einen aktuellen Literaturüberblick siehe Geis/Wagner (2006) sowie Hasenclever (2003).

len Seite“ demokratischer Staaten (u.a. Geis/Brock/Müller 2006; Schweizer/Aust/Schlotter 2004; Henderson 2002; Reiter/Stam 2002).

Von der Theorie des „demokratischen Friedens“ existieren zwei Varianten: Die dyadische Version, welche die Interaktion eines Staatenpaars betrachtet, gründet in der Annahme, dass Demokratien zwar untereinander keine Kriege führen, in ihrem Verhalten anderen Staaten gegenüber jedoch ähnlich gewaltanfällig sind. Das friedliche Verhalten zwischen Demokratien wird hauptsächlich darauf zurückgeführt, dass sich demokratische Staaten gegenseitig als demokratisch wahrnehmen. Im Gegensatz dazu geht die monadische Version davon aus, dass sich Demokratien generell, also unabhängig vom Regimetyp des Gegenübers, in ihren Außenbeziehungen friedfertiger² verhalten als andere Herrschaftsformen. Das Gros an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit wird bis heute der dyadischen Theorievariante zuteil. Spätestens seit Jack Levys allorts zitierten Aussage vom Frieden zwischen Demokratien als dem „einzigsten empirischen Gesetz der Internationalen Beziehungen“ (Levy 1988: 662) hat der Doppelbefund der untereinander friedlichen, jedoch sonst genauso kriegsanfälligen Demokratien als Prämisse die theoretische Auseinandersetzung des Forschungsprogramms nachhaltig beeinflusst.

Aufgrund der allgemeinen Akzeptanz des Doppelbefundes und der damit einhergehenden Konzentration auf seine Erklärung blieb die monadische Theorievariante bis auf wenige Ausnahmen (u.a. Rummel 1983, 1985) meist unbeachtet und die vereinzelt Beiträge wurden in der Forschungsdiskussion lange Zeit nur wenig reflektiert. Ab Mitte der 1990er Jahre zeichnete sich jedoch auf der Grundlage neuer empirischer Befunde, die auf eine generelle äußere Friedfertigkeit von Demokratien hindeuteten, eine Veränderung ab (u.a. Rummel 1995; Siverson 1995; Ray 1995; Benoit 1996; Czempiel 1996). Die Existenz eines „monadischen Friedens“ wurde in der Folgezeit durch die Erkenntnisse einer stetig wachsenden Anzahl von Untersuchungen gestützt und die monadische Version gewann zusehends an Aufmerksamkeit (Elman 1997; Maoz 1997; Ray 1997, 1998, 2000; Elman 1997, 2000; Russett/Oneal 2001; Russett/Starr 2000; MacMillan 2003, 2004a/b). Im Rahmen dieser als „Monadische Wende“ bezeichneten Entwicklung wird die einseitige Konzentration der Forschungsanstrengungen auf die dyadische Theorieversion zunehmend kritisch betrachtet. So beschreibt jüngst beispielsweise John MacMillan die Versuche einer „separaten“ dyadischen Theoriebildung als „Gespensterjagd“ und plädiert nachdrücklich für die Weiterentwicklung der Theorie des „demokratischen Friedens“ in einem breiteren Rahmen: “[I]t is time to develop the emergent view that while liberal states are *especially* peace prone in relations with other liberal states, they are not *only* peace prone with other liberal states, but also more broadly“ (MacMillan 2003: 233).

Trotz der neuerlichen Aufmerksamkeit, die der monadischen Theorievariante gewidmet wird, gilt nach wie vor: „[T]hat democracies are no more peaceful in general than are other states is still widely accepted“ (Russett/Oneal 2001: 49). In Literaturberichten und For-

² Der Begriff „friedfertig“ wird hier verstanden als generell geringere Kriegsneigung von Demokratien im Sinne eines gewaltvermeidenden Außenverhaltens. „Gewaltvermeidend“ meint in diesem Zusammenhang nicht, dass Demokratien sich grundsätzlich nicht an Kriegen beteiligen. Vielmehr steht für sie die Anwendung von Gewalt als Mittel der Außenpolitik nicht an erster Stelle (Nielebock 1993: 182). Siehe hierzu auch MacMillans Verständnis des Begriffs „peace-prone“: „‘Peace-Prone’ refers to the inclination or ‘will’ to peace whilst ‘peaceful’ has the rather different meaning of having attained the state of peace“ (MacMillan 2004a: 180, Fn. 2).

sichtungsüberblicken bleiben monadische Befunde und Erklärungsansätze zugunsten der dyadischen Perspektive weiterhin marginalisiert. Sie werden zwar genannt, jedoch selten diskutiert, meist nur kurz erwähnt oder sogar ganz ausgespart und ins Literaturverzeichnis verbannt (u.a. Geis/Wagner 2006; Owen 2004).

Die vorherrschende, einseitig dyadische Lesart des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ ist jedoch nicht zwingend und von einer Betrachtung aus der – möglicherweise bislang zu Unrecht vernachlässigten – monadischen Perspektive können unter Umständen neue Erkenntnisse zu erwarten sein, welche aus der Sackgasse herausführen, in der die dyadische Theoriebildung noch immer steckt: Bis heute konnte keine Erklärung für den oben formulierten empirischen Doppelbefund gefunden werden.³ Da sich beide Theorievarianten in ihren Erklärungen auf die gleichen rational-institutionalistischen sowie normativ-kulturellen Kausalannahmen stützen, scheint es vielmehr naheliegend anzunehmen, dass monadische und dyadische Erklärungsmodelle aufeinander aufbauen, und der dyadische Befund ohne die Miteinbeziehung der Kausalmechanismen des monadischen Ansatzes nicht zu erklären ist:

„Die dyadische Variante ruht selbst auf diesen Annahmen, fügt diesen lediglich noch eine konstruktivistisch informelle, perzeptuell-interaktionistische Annahme hinzu: dass Demokratien die in der monadischen Theorie unterstellten Attribute wechselseitig erkennen und aus dieser Erkenntnis heraus Empathie, Vertrauen und die Norm des wechselseitigen Gewaltverbots entwickeln. [...] Es lässt sich also nicht einfach die dyadische Theorie auf Grund der empirischen Befunde akzeptieren, die monadische verwerfen“ (Müller 2002: 48).

Ähnlich argumentiert auch MacMillan: „[T]he inter-liberal peace is not an isolated pacifism, but part of a broader liberal states peace proneness“ (MacMillan 2003: 233). Demnach muss es letztlich die monadische Ebene sein, die handlungsleitend in den weiteren Erklärungen des Außenverhaltens von Demokratien ist.

Im Folgenden sollen zunächst die Anfänge der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem „demokratischen Frieden“ dargestellt werden. Im Anschluss daran wird auf die Entwicklung des Forschungsprogramms aus monadischer Perspektive eingegangen sowie unterschiedliche Erklärungsansätze vorgestellt.

2.1 Die Ursprünge der Debatte: Die Auseinandersetzung um den empirischen Befund

Die Studie von Dean Babst (1964, 1972) wird heute gemeinhin als „die Geburtsstunde der Erforschung des demokratischen Friedens“ bezeichnet (Schrader 2003: 27). Unter Verwendung des Datenmaterials von Quincy Wright (1942), welches er anhand einer auf vier Indikatoren basierenden Demokratiedefinition auswertete, stellte Babst fest, dass seit der Französischen Revolution bis zum Jahre 1941 keine Kriege zwischen Staaten mit gewählten

³ Auch Russett und Oneal weisen auf die Schwierigkeiten einer separaten Theoriebildung hin: „If it were true that democracies rarely fought each other but were not more peaceful in general, we would need a good theoretical explanation for that. Many people have tried to produce one“ (Russett/Oneal 2001: 50).

Regierungen stattgefunden haben. Eine weiterführende Erklärung für diese Beobachtung hat er jedoch nicht: „The only explanation he offers for the absence of war between elective governments is contained in one brief phrase to the effect that ‘the general public does not want war if it can choose’ (Ray 1995: 12).

Ihren eigentlichen Anfang nahm die Debatte um den „demokratischen Frieden“ dann durch den Beitrag von Melvin Small und J. David Singer (1976), die sich kritisch mit dem Ergebnis der Untersuchung Babsts auseinandersetzten (Schrader 2003: 38). Beide Autoren argumentieren darin, dass der beobachtete Frieden zwischen Demokratien nicht in ihrer Herrschaftsform begründet liege, sondern durch die räumliche Entfernung der Staaten erklärt werden könne, denn Kriege entstünden meistens zwischen zwei aneinandergrenzenden Staaten (Ray 1995: 12). Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem „demokratischen Frieden“ war in ihrer ersten Phase hauptsächlich durch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen empirischen Befunden geprägt. In mehreren quantitativen Studien wurden immer wieder Belege für einen Zusammenhang zwischen der inneren Beschaffenheit und dem äußeren Verhalten von Demokratien gesucht, welche dann von anderer Seite wieder abgelehnt wurden. Während sich Rudolph R. Rummel (1979, 1983) in einer groß angelegten Untersuchung mit dem Friedenspotential von Demokratien beschäftigte und dabei feststellte, dass Demokratien sowohl im Verhältnis zueinander als auch in ihrem Außenverhalten generell friedlicher seien als Nichtdemokratien, wurde dieser Befund in der Folgezeit in den Studien von Steve Chan (1984) und Erich Weede (1984) zurückgewiesen. Sie fanden unter Verwendung teils eigener Datensets, teils des Datenmaterials von Small und Singer (1976) zwar Belege, dass Demokratien fast keine Kriege gegeneinander führen, sie jedoch gegenüber anderen Regimen keineswegs friedlicher agieren. Dieser empirische Doppelbefund wurde in der Folgezeit immer wieder aufs Neue bestätigt (u.a. von Gleditsch 1992; Starr 1992; Bueno de Mesquita/Lalman 1992; Maoz/Russett 1993).

2.2 Der Beginn der Theoriebildung: Dominanz des „Separate Peace“

Fast zeitgleich zur empirischen Auseinandersetzung begann mit Michael W. Doyles einflussreichem Artikel „Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs“ die Beschäftigung mit dem „demokratischen Frieden“ auch auf theoretischer Ebene (Doyle 1983a/b, 1986). Doyles Untersuchung basiert auf der Annahme der Gültigkeit des empirischen Doppelbefunds, wonach liberale Staaten in ihren Beziehungen untereinander friedlich sind, sich jedoch „in their relations with nonliberal [states] as aggressive and war prone as any other form of government or society states“ (Doyle 1983a: 225) zeigen. In seinem Artikel beschäftigt sich Doyle zunächst mit den Erklärungsversuchen realistischer und liberaler Theorien, um sich dann auf das „Erbe Kants“ und die drei Definitivartikel in dessen Schrift „Zum Ewigen Frieden“ zu konzentrieren.⁴ In Anlehnung an Kant ist es Doyles Überzeugung, dass nur durch die Erfüllung der drei

⁴ Der erste Definitivartikel nennt die republikanische Verfassung eines Staates als Voraussetzung dafür, dass die Interessen der handelnden Bürger, die den Krieg als Gefahr für ihr Leben und ihre Wohlfahrt ablehnen, über Partizipationsmöglichkeiten verwirklicht werden. Der zweite Artikel bezieht sich auf eine Föderation freier Republiken als Basis des Völkerrechts, während der dritte Artikel das Weltbürgerrecht in den Mittelpunkt stellt (Hummel 2003).

dort genannten Bedingungen im Laufe der Zeit, wenn „republics emerge and liberal culture progresses“, ein stabiler Frieden erreicht werden kann (Doyle 1983a: 230). Der Grund für das friedliche Verhalten zwischen Demokratien liegt nach Doyle in einem Friedensbund liberal beschaffener und gleichgesinnter Staaten, welche durch ähnliche institutionelle Beschränkungen, geteilte wirtschaftliche Interessen und die Achtung der Menschenrechte miteinander verbunden sind. Das unfriedliche Verhalten demokratischer Systeme gegenüber Nichtdemokratien führt Doyle darauf zurück, dass die Verfasstheit dieser Staaten nicht in liberalen Institutionen sowie Werten und Normen gründet und sich dies in ihrem äußeren Verhalten widerspiegelt: „Because non-liberal governments are in a state of aggression with their own people, their foreign relations become for liberal governments deeply suspect. In short, fellow liberals benefit from a presumption of amity; non-liberals suffer from a presumption of enmity“ (Doyle 1986: 1161). Doyle erklärt das unfriedliche Verhalten liberaler Staaten gegenüber Nichtdemokratien mit der Feindseligkeit, die je nach der Stärke oder Schwäche dieser Staaten unterschiedlich ausgeprägt ist: „[L]iberalism does appear to exacerbate intervention against weak nonliberals and hostility against powerful nonliberal societies“ (Doyle 1983b: 337).

Ray vermutet in dieser Argumentation einen der Gründe für das Beharren auf der generellen Unfriedlichkeit demokratischer Staaten, wobei Doyle als Begründer des „separate peace“-Forschungsprogramms die weitere theoretische Beschäftigung mit dem „demokratischen Frieden“ – sowohl in rational-institutionalistischen als auch in normativ-kulturellen Erklärungsansätzen – nachhaltig beeinflusste (Ray 1995: 3). Er weist in diesem Zusammenhang jedoch nachdrücklich darauf hin, dass auch Rummel sich bereits 1979 in drei von fünf Bänden seines umfangreichen Werks „Understanding Conflict and War“ mit der theoretischen Erklärung seiner Befunde befasst, denen zufolge sich liberale Staaten nicht nur untereinander, sondern auch generell nach außen gewaltvermeidend verhalten. Rummel führt dieses friedfertige Außenverhalten auf den Grad der Freiheit der Bürger innerhalb liberaler Staaten zurück: „[L]ibertarian states have natural inhibitions on involvement in violence: the responsiveness of elected leaders to domestic interest groups or public opinion which will ordinarily oppose violence, tax increases and conscription“ (Rummel 1979: 292, zitiert nach Ray 1995: 15). Demnach sind es die öffentliche Meinung und der Druck durch gesellschaftliche Interessengruppen, welche auf die Außenpolitik liberaler Staaten einwirken, da sie den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger beschränken können. Je größer diese Einflussmöglichkeiten sind, um so liberaler ist der Staat und desto weniger neigt er zur Anwendung von Gewalt in seiner Außenpolitik. Rummels theoretische Annahmen fanden in der Folgezeit nur wenig Beachtung. Auch sein Aufsatz aus dem Jahre 1983, in dem er seine Kernhypothesen erneut präsentierte, wurde weitestgehend ignoriert. MacMillan führt dies unter anderem darauf zurück, dass Rummels empirische Befunde schon bald von mehreren Studien in Frage gestellt wurden, welche sich bei der Datenauswertung allerdings ausschließlich mit der Frequenz der Kriege beschäftigten und nicht wie Rummel den Grad der äußeren Gewaltanwendung differenziert betrachteten (MacMillan 2003: 234).

Während die dyadische Theoriebildung durch die Dominanz des „separate and joint peace“-Befundes beständig anwuchs (u.a. Doyle 1986; Weede 1992; Russett 1993; Maoz/Russett

1993; Owen 1994, 1997; Mintz/Geva 1993; Risse-Kappen 1995; Peceny 1997; Weart 1998)⁵, wurde die Frage, ob sich Demokratien auch gegenüber Nichtdemokratien militärisch zurückhalten und somit unabhängig vom Regimotyp des Konfliktpartners in ihren Außenbeziehungen allgemein zu weniger Gewalt neigen, lange Zeit in Zweifel gezogen und aus dem Forschungsprogramm ausgeblendet. Rummel (u.a. 1983, 1985) galt hier gemeinhin als einzige Ausnahme.⁶ Bereits zu Beginn der 1990er Jahre erbrachten jedoch einige empirische Studien erste Hinweise auf ein generell friedfertigeres Außenverhalten von Demokratien (Ray 1995: 19). Die entscheidende Voraussetzung, die diese neuen Erkenntnisse ermöglichte, lag laut MacMillan in dem „trend to look beyond the scope of the frequency’ measure to consider the willingness and circumstances of liberal state war involvement” (MacMillan 2003: 235). Demzufolge wurde zur Bewertung der Gewaltneigung von Demokratien nun nicht mehr allein ihre Beteiligung an Kriegen gezählt, sondern sowohl die Art als auch die Umstände ihrer Verwicklung in Kriege berücksichtigt. Diese differenzierte Betrachtungsweise der bisherigen Befunde eröffnete die Möglichkeit, das Verhalten von Demokratien unter veränderten Fragestellungen zu untersuchen und auf diesem Wege neue Erkenntnisse zu gewinnen (vgl. Nielebock 1993: 20f.).

So entdeckten beispielsweise Zeev Maoz und Nasrin Abdolali (1989) in ihrer Analyse aller Staatenpaare zwischen 1816 und 1976, dass Auseinandersetzungen, an denen Demokratien beteiligt waren, wesentlich seltener in Krieg eskalieren als Streitigkeiten, an denen nur Nichtdemokratien beteiligt waren – und dies unabhängig von dem an der Auseinandersetzung beteiligten Regimotyp. T. Clifton Morgan und Valerie Schwebach (1992) beschäftigten sich mit dem Einfluss innerstaatlicher politischer Strukturen auf das Verhalten von politischen Entscheidungsträgern und kamen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass solche Strukturen unabhängig von der inneren Verfasstheit des Konfliktgegners eine beschränkende Wirkung entfalten können. Bei Bruce Bueno de Mesquita und David Lalman (Mesquita/Lalman 1992: 152f.) findet sich ein erster Hinweis darauf, dass es, um Auseinandersetzungen zu einer Verhandlungslösung zu führen, ausreicht, wenn *ein* am Konflikt beteiligter Staat – und nicht notwendiger Weise beide – demokratisch verfasst ist. In diese Richtung deuten auch die Ergebnisse von Jack Snyder (1991) und Randall Schweller (1992): „[F]or both [...] democratic states are more prudent – they are quicker to abandon and are less likely to take on strategic overcommitments, and they do not fight preventive wars“ (Elman 1997: 16). Auch Stuart Bremer (1992, 1993) entdeckte in einer Untersuchung aller Staatenpaare zwischen 1916 und 1965, dass die Existenz nur einer Demokratie ausreicht, um die Kriegswahrscheinlichkeit zu verringern: „[I]t appears that the contention of some that both states must be democratic before the war-inhibiting effect of democracy is felt is unsupported“ (Bremer 1992: 329, zitiert nach Ray

⁵ Der Befund, dass Demokratien keine Kriege gegeneinander führen gilt, bis heute, auch angesichts vielfältiger Kritik, als „robust“ (Chan 1997: 61). Ausführliche Darstellungen über die Entwicklung unterschiedlicher dyadischer Erklärungsansätze bieten u.a. Chan (1997) Elman (1997), Ray (1998, 2000), Geis (2001) und Nielebock (2004). Ein aktueller methodischer Überblick findet sich bei George/Bennett (2005: 37-59). Für eine kritische Auseinandersetzung mit der dyadischen Theoriebildung siehe u.a. Henderson (2002: 23-52), Rosato (2003) und Gowa (1999).

⁶ Bei Ray findet sich in diesem Zusammenhang der Hinweis auf die Arbeit von Geller (1985). Vgl. dazu Henderson (2002: 55).

1995: 20). Aufgrund dieser Entwicklungen implizierte Ray weitreichende Folgen für die weitere Theoriebildung:

„[I]f evidence continues to accumulate [...] that democracies are less conflict or war prone in general, as well as in their relationships with each other, general theoretical approaches that accommodate or generate hypotheses that democracy correlates with peace on both the monadic and dyadic levels of analysis would be deserving of more confidence” (Ray 1995: 21).

Die in der Folgezeit gewonnenen Erkenntnisse verstärkten den Befund, dass Demokratien nicht nur untereinander, sondern auch in ihrem Verhalten gegenüber anderen Staaten friedlicher agieren und stellten den bisher geltenden empirischen Doppelbefund zunehmend in Frage.

2.3 Die „Monadische Wende“

Der Auftakt zur „monadischen Wende“, einer Entwicklung im Zuge derer im Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ Ansätze monadischer Theoriebildung zunehmend an Aufmerksamkeit gewannen, erfolgte nur kurze Zeit später durch einen Beitrag Rummels (1995). Anknüpfend an seine vorausgegangenen Studien befasste er sich erneut mit dem Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der äußeren Gewaltanwendung und der inneren liberalen Verfasstheit von Staaten und kam in der Analyse zu dem Schluss, dass Kriege, die von Demokratien begonnen wurden, gemessen an der Anzahl der Kriegsoffer, weniger verlustreich und damit weniger gewalthaltig seien. In Auseinandersetzung mit älteren empirischen Studien, in denen Rummel eben gerade nicht das bis dahin zugrunde gelegte Frequenzkriterium, sondern im Unterschied dazu die Schwere und den Umfang der Gewalthandlungen betrachtete, sah er seine Annahmen sogar in den Daten von Small/Singer (1976), Chan (1984) und Weede (1984) bestätigt (vgl. Czempiel 1996). Nur kurze Zeit später fand auch Kenneth Benoit (1996) unter Verwendung neuer Informationen und weiterführender statistischer Methoden in den bisherigen empirischen Befunden mehrere Belege dafür, „that regime type does indeed explain variation in international conflict, and the conventional wisdom regarding the absence of monadic-level democratic pacifism deserves to be reconsidered” (Benoit 1996: 654)⁷. Unabhängig voneinander entdeckten David Rousseau, Christopher Gelpi, Dan Reiter und Paul Huth (1996) sowie Jean Sebastien Rioux (1998) in ihren jeweiligen Untersuchungen ebenfalls Hinweise darauf, dass Demokratien viel seltener als andere Staaten internationale Krisen initiieren. Auch Nils Petter Gleditsch und Håvard Hegre gelangten zu einem ähnlichen Ergebnis und stellten fest, dass Demokratien sehr selten Kriege beginnen, wobei tief verwurzelte, so genannte „protracted conflicts“ für sie eine Ausnahme bilden (Gleditsch/Hegre 1997: 295). Wie MacMillan (2003: 235) anmerkt, tendieren nun sogar Forscher wie Bruce Russett, der lange Zeit als Hauptvertreter der dyadischen Theorievariante galt, zunehmend zum monadischen Befund: „Indeed, the emerging view seems to be that democracies are more peaceful

⁷ Benoit beschäftigt sich in seiner Evaluation eingehend mit den methodischen Schwächen der bisherigen empirischen Untersuchungen (Benoit 1996: 639f.).

overall, especially if we consider which states initiate militarized disputes” (Russett/Oneal 2001: 50; vgl. Russett/Starr 2000; Oneal/Russett 1997).⁸

Alle Ansätze monadischer Theoriebildung beruhen auf der Grundannahme, dass die Ursachen für das äußere Verhalten von Demokratien in deren innerer demokratischer Verfasstheit begründet liegen. Diese internen Strukturen entfalten ihre kausalen Tendenzen unabhängig von der Herrschaftsform anderer Staaten. Monadische Ansätze beziehen sich, ähnlich der dyadischen Theorievariante, auf rational-institutionalistische sowie normativ-kulturelle Faktoren⁹, nur setzen sie bei der Erklärung eines friedfertigen äußeren Verhaltens von Demokratien nicht die Existenz einer weiteren Demokratie als notwendiges Interaktionselement voraus:

„According to the monadic version the foreign policies of democratic states should not be significantly affected by whether they are in disputes with fellow democracies or non-democracies. Factors internal to the democratic decision-making process and democratic cultures determine the foreign policies of democratic states; explanations for war and peace do not require that we know whether a state carefully pays attention to the regime type of its opponent” (Elman 1997: 18).

Rational-institutionalistische Erklärungen

Im Mittelpunkt rational-institutionalistischer Erklärungsansätze steht die Beschränkung des Handlungsspielraums politischer Entscheidungsträger einerseits durch die Präferenzen der Bürger sowie andererseits durch die Schwerfälligkeit demokratischer Institutionen bei der Entscheidungsfindung. Die erste Argumentationsrichtung gründet in Kants Annahme, dass der rational kalkulierende Bürger den Krieg als Gefahr für seinen Besitz und sein Leben wahrnimmt und ihn deshalb ablehnen muss. Es wird angenommen, dass diese festgelegte kriegsaverse Präferenzstruktur in Demokratien über die Partizipation der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen ins politische System übertragen wird und in der Folge ein friedlicheres Außenverhalten begünstigt. Im Unterschied dazu betont die zweite Argumentationslinie vornehmlich die Rolle demokratischer Strukturen und Institutionen, denen, unabhängig von den Interessen der Bevölkerung, eine inhärent gewalthemmende kausale Wirkung zugeschrieben wird. So werden beispielsweise Gewaltenteilung, Pressefreiheit und Transparenzpflichten der politischen Entscheidungsträger zu den Merkmalen gezählt, welche das äußere Verhalten von Demokratien beeinflussen und die Vorbereitung sowie Einleitung kriegerischer Handlungen erschweren können (Müller 2002: 54; vgl. Starr 1997: 156).

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre findet sich bei Snyder (1991) das Argument, dass die Regierungen demokratischer Staaten bei der Verfolgung gewalthaltiger Außenpolitikstrategien durch zahlreiche institutionelle Hindernisse beschränkt werden: „Numerous access points into the decision-making-arena give groups opposed to expansionism the chance to veto such policies“ (Elman 2000: 101). In einer qualitativen Studie untersucht Schweller (1992) die Außenpolitik der drei von ihm als „declining great powers“ bezeichneten Staaten

⁸ Für eine methodische Kritik dieser neueren empirischen Befunde vgl. u.a. Henderson (2002: 56ff.).

⁹ In der Forschungsliteratur werden in jüngerer Zeit weitere Faktoren wie die wirtschaftliche Verflechtung zwischen Staaten und deren Zusammenarbeit in internationalen Institutionen genannt (Müller 2002: 55). Auf diese Ansätze kann hier jedoch nicht näher eingegangen werden.

Großbritannien, Frankreich und die USA in Abgrenzung zum Dritten Reich. Aufgrund deren nicht-aggressiven Verhaltens argumentiert er, dass für Demokratien, im Unterschied zu Nichtdemokratien, Präventivkriege gegen einen aufstrebenden Herausforderer keine außenpolitische Option darstellen. Für Morgan und Schwebach (1992) sind es ebenfalls die in Demokratien vorhandenen inneren Entscheidungsstrukturen, welche mögliche gewaltgeneigte Ambitionen der Regierungen beschränken, weil sie gezwungen sind, bei der Entscheidungsfindung substantielle institutionelle Hindernisse zu überwinden (vgl. Morgan/Campbell 1991). Ähnlich seinen früheren Artikeln argumentiert Rummel (1995), dass die durch eine kriegsaverse Öffentlichkeit und durch Interessengruppen eingeschränkten Entscheidungsträger in demokratischen Staaten keine teuren und verlustreichen Kriege beginnen werden, da diese, grundsätzlich am eigenen Amtserhalt interessiert, ihre Wiederwahl nicht gefährden wollen (vgl. Siverson 1995). Auch Ray (1995) führt an, dass demokratische Staaten Kriege generell vermeiden, weil die Regierungsvertreter die negativen Auswirkungen von teuren und verlustreichen Kriegen auf ihre eigene politische Zukunft – wie beispielsweise den Verlust des politischen Amtes bei der Abwahl durch eine unzufriedene Bevölkerung – antizipieren und die Chancen ihrer Wiederwahl nicht verschlechtern wollen.¹⁰

In jüngerer Zeit beschäftigt sich Kurt Taylor Gaubatz (1999) in seiner Studie „Elections and War“ mit dem äußeren Verhalten von Demokratien speziell im Hinblick auf einen Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt nationaler Wahlen und einer Kriegsbeteiligung. In seiner empirischen Untersuchung stellt er fest, dass demokratische Staaten weniger zur Kriegsführung neigen wenn Wahlen kurz bevor stehen als wenn diese gerade stattgefunden haben. Während Gaubatz die Bedeutung des demokratischen Wahlmechanismus betont, stellt Kenneth Schultz (2001), in Anlehnung an James Fearons Konzept der „audience costs“¹¹, die Wirkung politischer Signal-Spiele im Rahmen des Wettbewerbs zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien in den Mittelpunkt seiner Analyse: „[T]he transparency inherent in democracy makes it hard for democratic leaders to bluff; a threat to use force will lack credibility when a democratic leader’s opposition party or the public does not wish to use force“ (George/Bennett 2004: 55).

Normativ-kulturelle Erklärungen

Normativ-kulturelle Erklärungsansätze beziehen sich vornehmlich auf die Wirkungsweise einer spezifischen politischen Kultur, die Demokratien zugeschrieben wird. Sie gründen in der Annahme, dass demokratische Staaten ihr Verhalten im Inneren an bestimmten Ideen, Werten und Normen wie beispielsweise der friedlichen Bearbeitung von Konflikten, der Achtung der Menschenrechte oder gleicher gesellschaftlicher Teilhabechancen orientieren und der Anwendung von Gewalt grundsätzlich abgeneigt sind. Daran anknüpfend wird angenommen, dass sich diese im Innern geltenden Ideen, Werte und Normen im Rahmen einer vermuteten Innen-Außen-Analogie übertragen und friedensfördernd auf das außenpolitische Verhalten von Demokratien einwirken (Geis 2001: 289; Hasenclever 2003: 205).

¹⁰ Vgl. zu dieser zweckrationalen Argumentationslinie insbesondere Bueno de Mesquita et al. (1999).

¹¹ Zum Begriff der „audience costs“ siehe Fearon (1994a/b, 1995 und 1997).

Neben Autoren wie Dixon und Senese (2002) beschäftigt sich auch MacMillan seit geraumer Zeit mit dem Zusammenhang liberaler Werte und Normen und ihrer beschränkenden Wirkung auf die Gewaltanwendung als Mittel der Außenpolitik. In seiner Studie „On Liberal Peace“ aus dem Jahre 1998 untersucht er unter anderem die Burenkriege sowie das Verhalten Deutschlands und Großbritanniens vor dem ersten Weltkrieg und findet in seinen Fallstudien Belege für eine Verbindung zwischen liberalen Werten und einem gewaltvermeidenden Außenverhalten: „Central to these studies is the analysis of the way in which liberalism and socialism influence perceptions of the legitimacy of the use of force“ (MacMillan 2003: 235). In weiterführenden Studien befasst sich MacMillan außerdem mit unterschiedlichen Strömungen innerhalb des Liberalismus und unterscheidet diese in Hinblick auf ihre Grundhaltungen zur Gewaltanwendung (MacMillan 2004a/b). In diesen Untersuchungen kommt er unter anderem zu dem Schluss, dass sich das Forschungsprogramm des „demokratischen Friedens“ in seinen bisherigen Erklärungsversuchen zumeist auf einen besonders konservativen Strang liberalen Denkens gestützt hat, der den Staaten grundsätzlich eine höhere Gewaltbereitschaft zuschreibt.

Konfrontiert mit der Realität fällt auf, dass die rational-institutionalistischen sowie normativ-kulturellen Kausalannahmen der monadischen Theorievariante, gemäß derer alle demokratischen Staaten generell kriegszurückhaltend handeln müssten, mit den empirischen Befunden nicht übereinstimmen. Die Hypothesen werden dabei vor allem durch eine erhebliche Verhaltensvarianz innerhalb des Regimetyps Demokratie im Hinblick auf die Stärke und Häufigkeit der Kriegsbeteiligung widerlegt.¹²

Harald Müller (2002, vgl. 2004) hat sich im Rahmen des Konzepts der „Antinomien des demokratischen Friedens“ kritisch mit den unterschiedlichen Erklärungssträngen der Theorie auseinandergesetzt und dabei mehrere Widersprüche innerhalb und zwischen den Kausalitätsannahmen der einzelnen Ansätze herausgearbeitet.¹³ Hinsichtlich institutionalistischer Erklärungsfaktoren stellt er heraus, dass die Präferenzstruktur rational kalkulierender Bürger, welche nach der Theorie ein kriegsaversives Verhalten begünstigen müsste, nicht immer als *a priori* gegeben betrachtet werden kann. Unter bestimmten Umständen können sowohl das Kosten-Nutzen-Kalkül als auch die Strukturen demokratischer Institutionen durchaus zu einer Kriegsbeteiligung von Demokratien führen. Dies kann beispielsweise dann geschehen, wenn sich spezifische sektorale Interessengruppen im demokratischen Entscheidungsprozess durchsetzen (Antinomie 3). Müller führt dies unter anderem darauf zurück, dass die

„[i]n einem Sektor speziell und stark interessierten Kräfte (z.B. militärisch-industrieller Komplex) einen höheren Organisationsgrad und eine entsprechend größere Durchsetzungsfähigkeit im demokratischen Wettbewerb erreichen als diffuse, generell interessierte (z.B. Frieden und Abrüstung), die nur punktuell dann mobilisierbar sind, wenn sich an konkreten Ereignissen (z.B. Stationierung der Mittelstreckenwaf-

¹² Für eine kritische Auseinandersetzung mit den Ansätzen monadischer Theoriebildung vgl. u.a. Henderson (2002).

¹³ Unter einer Antinomie versteht Müller „das – möglicherweise unentdeckte – Weiterbestehen kontingenter Entwicklungsmöglichkeiten, deren Ergebnisse zu den Behauptungen der Hypothese der jeweiligen Theorie im Gegensatz stehen, mit den Grundannahmen der Theorie gleichwohl vereinbar sind“ (Müller 2002:50). Die weiteren Ausführungen beziehen sich auf Müller (2002).

fen, französische Nukleartests in der Südsee) die besonderen Kosten und Risiken von Rüstungs- oder aggressiver Außenpolitik manifestieren“ (Müller 2002: 59).

Des Weiteren wird eine Beteiligung von Demokratien an Kriegen möglich, wenn sich die Kosten-Nutzen-Struktur für die Bürger dadurch verändert, dass die Kosten der Kriegsbeteiligung auf einen kleinen Bevölkerungsteil, wie zum Beispiel eine Berufsarmee, übertragen werden können, welche die mit der Kriegsführung verbundenen Risiken alleine tragen muss (Antinomie 6(a)) (Müller 2002: 61, vgl. 2004: 41). Nicht zuletzt kann das Kosten-Nutzen-Kalkül durch die Entwicklung neuer Militärtechnologien und Einsatzstrategien („Revolution in Military Affairs“), welche die Kosten der Kriegsführung verringern, verändert werden (Müller 2004: 43). Zusammenfassend konstatieren Müller und Wolff: „For today’s democracies, dominating international society, rational cost-benefit calculations alone lead to war more easily than ever“ (Müller/Wolff 2006: 68, Fußnote 3).

Auch hinsichtlich normativ-kultureller Erklärungsfaktoren können Antinomien beobachtet werden. Die normativ-kulturelle Tabuisierung von Gewalt als Mittel des Konfliktaustrags und die innergesellschaftliche Einübung friedlicher Konfliktlösungsmechanismen muss in Demokratien nicht zwangsläufig zu einem friedlichen Außenverhalten führen. Die Berufung auf bestimmte Werte und Normen kann gerade in Demokratien für eine Kriegsmobilisierung verwendet werden. Dies kann zum einen dann geschehen, wenn normative Wertorientierungen angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen oder Völkermord einen militärischen Einsatz beispielsweise im Rahmen einer humanitär begründeten Intervention unterstützen (Antinomien 6(b) und 10) (Müller 2002: 61). Des Weiteren kann die Öffentlichkeit durch eine extensive und gezielte Medienberichterstattung („CNN-Effekt“) sowie die Strategie der patriotischen Mobilmachung gegen nationale Bedrohungen seitens der Regierung („Rallying Around The Flag“-Effekt) zur Unterstützung einer Kriegsbeteiligung mobilisiert werden (Antinomie 7 und Antinomie 10) (Müller 2002: 61ff.).

Auch Ernst-Otto Czempiel stellt sich die Frage, warum Demokratien, entgegen den Annahmen der monadischen Variante der Theorie des „demokratischen Friedens“, in ihrem Außenverhalten häufig nicht auf den Einsatz von Gewalt verzichten und beschäftigt sich ebenfalls mit den Defiziten bisheriger Erklärungsversuche.¹⁴ Er beschreibt unterschiedliche Situationen, in denen die von Kant angenommene Kriegsabneigung rational kalkulierender Bürger ihre Wirkung nicht entfalten kann und Demokratien sich nach außen unfriedlich verhalten: Dies kann zum einen im Ausnahmefall eines reinen Verteidigungskrieges geschehen, wenn Leben und Wohlfahrt der Bevölkerung direkt bedroht werden. Als weiteren Grund führt Czempiel an, dass sowohl Medien als auch politische Entscheidungsträger durch die Vermittlung von Informationen und die einseitige Darstellung von Handlungsnotwendigkeiten die Bürger in ihrer Meinungsbildung gezielt beeinflussen und manipulieren können. Die auf dem rationalen Kalkül basierende Gewaltabneigung der Bevölkerung kann darüber hinaus außer Kraft gesetzt werden, wenn die Bürger durch eine ungleiche Lastenverteilung von den Kosten einer äußeren Gewaltanwendung nicht mehr selbst betroffen sind und auf diese Weise der Zusammenhang von Besitz und Frieden entkoppelt wird. Nicht zuletzt besteht die Möglich-

¹⁴ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Czempiel (1996). Vgl. dazu auch ders. (1981: 223ff. sowie 1986: 130).

keit, dass die am Gewaltverzicht orientierten gesellschaftlichen Präferenzen durch die Partikularinteressen verschiedener Gruppierungen, welche die Möglichkeit haben, direkt auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess einzuwirken, überlagert und verdrängt werden.

Anhand dieser vier Fälle macht Czempiel auf eine Forschungslücke innerhalb der Theorie des „demokratischen Friedens“ aufmerksam, welche die rational-institutionalistischen sowie normativ-kulturellen Ansätze in ihren Erklärungen des Außenverhaltens von Demokratien bisher nicht ausreichend berücksichtigt haben: Damit Kants Theorem, gemäß dessen Annahme das Kosten-Nutzen-Kalkül der Bevölkerung eine friedliche Außenpolitik demokratischer Staaten befördert, überhaupt wirken kann, müssen die gesellschaftlichen Anforderungen nach Gewaltverzicht im Rahmen einer funktionierenden Gewaltenteilung ungehindert Eingang in das politische System finden und dort in entsprechende Entscheidungen umgesetzt werden. Czempiel identifiziert dabei die schon von Kant geforderte „Beistimmung der Bürger“ im außenpolitischen Entscheidungsprozess als eigentliche Friedensursache. Gerade diese Mitspracherechte und Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung, mit Hilfe derer die kriegsaversen Präferenzen in außenpolitische Entscheidungen übertragen werden, sind jedoch in den bisherigen Erklärungsversuchen unter dem Etikett einheitlicher Demokratiedefinitionen meist vorbehaltlos vorausgesetzt und nicht weiter untersucht worden.

Im Gegensatz dazu macht Czempiel deutlich, dass es für ein System, um demokratisiert zu sein, nicht allein ausreicht, wenn die Bürger über gewisse Grundrechte und -freiheiten (wie zum Beispiel das allgemeine Wahlrecht und die Rede- sowie Versammlungsfreiheit) verfügen. In der Konsequenz gelten für ihn die Staaten, die heute gemeinhin als demokratisch bezeichnet werden, auch nicht als vollständige Demokratien, da in ihnen die von Kant geforderte Beteiligung der Bürger an außenpolitischen Entscheidungen noch ungenügend verankert worden ist.¹⁵ Er erkennt in diesen Staaten vielmehr Attribute „kollektivierter Monarchien“, denn „sie haben die Zentralisierung der Macht und die abgestufte Einflussnahme auf die Entscheidungen des politischen Systems beibehalten, die für das feudal-monarchistische System kennzeichnend waren“ (Czempiel 1996: 86). Nach Czempiel konnten die heutigen demokratischen Systeme zwar ein beträchtliches Entwicklungsniveau erreichen. Der Prozess ihrer Demokratisierung ist jedoch noch nicht vollständig abgeschlossen und die Gefahr einer Rückentwicklung bereits bestehender demokratischer Strukturen kann nicht ausgeschlossen werden.

Um den Einsatz von Gewalt durch Demokratien zu erklären, schlägt Czempiel vor, die spezifischen Bedingungen und Wirkungsweisen gesellschaftlicher Mitbestimmung in der Außenpolitik in den Mittelpunkt der Untersuchung des Zusammenhangs zwischen Herrschaftsform und Außenverhalten zu stellen und damit dem Anspruch von Kants Theorem gerecht zu werden. Um die Interaktion der Akteure differenzierter zu betrachten und die vielschichtigen Entscheidungsprozesse innerhalb eines Herrschaftssystems besser erfassen zu können, reichen die bisher gängigen Demokratie-Definitionen trotz der sukzessiven Erweiterung ihrer Kriterienkataloge allerdings nicht aus.¹⁶ Unter Verweis auf die von Robert A. Dahl entwickelten Kriterien plädiert Czempiel für ein viel weiter gefasstes und anspruchsvolleres Demokratie-

¹⁵ Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Argument der unvollständigen Demokratisierung siehe u.a. Hasenclever (2003: 212f.).

¹⁶ Für eine Diskussion gängiger Demokratieindizes siehe Munck/Verkuilen (2002).

verständnis, das es ermöglicht, die komplexen Dynamiken und Wirkungsprozesse innerhalb des politischen Systems eines Staates sichtbar werden zu lassen:

„[D]ie Analyseeinheit Staat löst sich auf und präsentiert sich als Kontinuum von Anforderungs- und Umwandlungsprozessen [...]. Die Frage lautet nicht mehr, ob Demokratien friedlich sind, sondern: Gibt es in einem konkreten Land in einem konkreten Zeitraum gesellschaftliche Anforderungen nach einer auf militärischer Gewalt verzichtenden Außenpolitik? Werden diese Anforderungen formuliert und in das politische System zur Bearbeitung transferiert? Werden diese Anforderungen dabei auch verändert, etwa durch Zuflüsse inoffizieller, der Öffentlichkeit entzogener Interessensgruppen? Besitzen die Gesellschaften Kontrollmöglichkeiten, um die Ausführung ihrer Anforderungen zu überwachen und Verstöße dagegen zu sanktionieren?“ (Czempiel 1996: 89).

Damit Kants Theorem seine friedensbefördernde Wirkung entfalten kann, müssen für Czempiel verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein: Zu diesen zählen neben einer Mittelstandsgesellschaft, welche über adäquate Informationen verfügt, vor allem auch ein Herrschaftssystem, in welchem die gesellschaftlichen Anforderungen nach Gewaltverzicht ins politische System transferiert und dort in Entscheidungen umgesetzt werden. Die Anforderungen der Bevölkerungen dürfen im außenpolitischen Entscheidungsprozess nicht durch partikulare Interessen verdrängt werden und die Gesellschaft muss gegenüber den politischen Entscheidungsträgern über entsprechende Kontrollmöglichkeiten verfügen, um ihre Präferenzen durchsetzen zu können.

In diesem Zusammenhang weist Czempiel besonders auf die Rolle von Parlamenten und die Ausgestaltung der Beziehung zwischen Legislative und Exekutive hin: „Die Gewaltenteilung muss funktionieren, auch wenn im modernen Parteienstaat die Kontrollfunktion nicht mehr beim Parlament insgesamt, sondern bei den Angehörigen der Oppositionsfraktionen liegt“ (Czempiel 1996: 88). Vor dem Hintergrund der Beobachtung, dass die gesellschaftlichen Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten in den westeuropäischen parlamentarischen Demokratien erst teilweise verwirklicht worden sind, regt Czempiel abschließend dazu an, die Hypothese, die er erwarten lässt, dass je höher der Grad gesellschaftlicher Partizipation an außenpolitischen Entscheidungen in einem System ist, desto geringer ist seine Neigung zur äußeren Gewaltanwendung, am Verhalten verschiedenen demokratischer Staaten zu überprüfen (Czempiel 1996: 97).¹⁷

¹⁷ Auch Müller (2002: 53f.) nennt die „Partizipation der Bürger“ an außenpolitischen Entscheidungen als institutionelle Umsetzungsbedingung, damit sich die rational-kalkulierten und friedlich-sozialisierten gesellschaftlichen Präferenzen durchsetzen können. Er bezieht sich hier allerdings hauptsächlich auf allgemeine Indikatoren wie das Wahlrecht, die Meinungs- und Presse-, sowie die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Ein früher Hinweis auf die spezifische Bedeutung demokratischer Kontrollmechanismen für eine friedfertigeren Außenpolitik findet sich interessanterweise bei Doyle (1983: 216), worauf Layne (1994: 193, Fn. 124) aufmerksam macht. Doyle beschreibt das politische System des Deutschen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Begriff einer „*bifurcated democracy*“, in der zwischen einer demokratisch-inneren Verfasstheit und einer nicht-demokratisch organisierten Außenpolitik unterschieden wird, mit welcher das aggressive äußere Verhalten zu erklären sei. Vgl. hierzu auch Peterson: „The historical record suggests that to explain Wilhelmine Germany’s foreign policy, it is less important to consider whether the state was democratic in some overall sense than to examine the organization of foreign policy authority: the Emperor and his Chancellors were relatively autonomous foreign policy executives“ (Peterson 1995: 15).

Im Rahmen des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ hat eine solch differenzierte und vergleichende Untersuchung außenpolitischer Entscheidungsprozesse innerhalb von Demokratien, wie Czempel sie vorschlägt und fordert, bislang nur in Ansätzen stattgefunden. In der dyadischen Forschung, deren Analysefokus sich hauptsächlich auf die Wirkung von auf gegenseitigem Vertrauen gegründeten Sicherheitsgemeinschaften zwischen Demokratien richtet und dabei innere Politikprozesse vernachlässigt, werden die Faktoren „Demokratie“ und „Nicht-Demokratie“ häufig weiterhin als sich diametral gegenüberstehende, einheitliche Kategorien behandelt. Gerade der Frage, in welchem unterschiedlichem Maße gesellschaftliche Präferenzen über die Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten legislativer Organe Eingang in das jeweilige politische System finden, d.h. in wie weit diese also überhaupt Einfluss auf die außenpolitische Entscheidungsfindung in Demokratien nehmen können, wird als „institutionalistischer Randbedingung“ oft nur wenig Beachtung geschenkt.

Indes ist die Problematik homogener Demokratiedefinitionen seit einiger Zeit verstärkt im monadischen Theoriezweig aufgegriffen worden. Im folgenden Kapitel sollen einige Studien vorgestellt werden, welche, anstatt wie bisher die institutionellen Strukturen in allen demokratischen Systemen vorbehaltlos gleichzusetzen, die einheitliche Kategorisierung des Faktors „Demokratie“ zugunsten einer differenzierten Betrachtungsweise aufgegeben haben. Eine solche differenzierte Auseinandersetzung mit dem Konzept „Demokratie“ erlaubt, Unterschiede zwischen demokratischen Systemen herauszuarbeiten, die dazu beitragen könnten, die beobachteten Varianzen, das wechselnde äußere Konfliktverhalten von Demokratien, zu erklären.

2.4 „Unpacking Democracy“ - Die Öffnung des Konzepts „Demokratie“

Bereits zu Beginn der 1990er finden sich im Rahmen des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ in einzelnen Arbeiten Hinweise auf die Bedeutung unterschiedlich ausgeprägter institutioneller Entscheidungsstrukturen für das äußere Konfliktverhalten demokratischer Staaten. Die konkreten Wirkungszusammenhänge wurden zum damaligen Zeitpunkt jedoch lediglich in Ansätzen thematisiert (vgl. u.a. Morgan/Campbell 1991; Morgan/Schwebach 1992; Maoz/Russett 1993).¹⁸ Nur wenige Jahre später widmete sich Miriam Fendius Elman (1997, 2000) eingehend der Aufschlüsselung des Konzepts „Demokratie“. Sie betont ebenfalls die Relevanz der unterschiedlichen Ausgestaltung außenpolitischer Entscheidungsprozesse für die Erklärung der Varianz des äußeren Verhaltens von Demokratien und ihrer Beteiligung an Kriegen: „If we want to move beyond correlation to causation, we need to reveal the decision-making processes of aggressive and pacific states“ (Elman 1997: 33). In diesem Zusammenhang setzt sich Elman kritisch mit den bisherigen monadischen und dyadischen Erklärungsversuchen auseinander, denen sie vorhält, dass Demokratie dort meist als

¹⁸ So vermuten Maoz und Russett beispielsweise: „Presidential Systems should be less constrained than parliamentary systems, in which the government is far more dependent on the support it gets from the legislature. Coalition governments and minority cabinets are far more constrained than are governments controlled by a single party“ (Maoz/Russett 1993: 626).

einheitliche Kategorie konzeptualisiert wird.¹⁹ Sie schlägt im Unterschied dazu vor, die unter-spezifizierte Kategorie „Demokratie“ aufzugeben und der Heterogenität demokratischer Systeme in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen, um auf diese Weise die inneren Dynamiken in Demokratien genauer untersuchen zu können. Ihr Hauptaugenmerk gilt dabei neben der Bestimmung der außen- und sicherheitspolitischen Orientierungen der Entscheidungsträger den jeweils unterschiedlichen institutionellen Strukturen, vor allem den Exekutiv-Legislativ-Beziehungen, und deren Einflussmöglichkeiten auf den Entscheidungsfindungsprozess über Frieden und Krieg: „These different democratic structures alter the capacity for executives and legislatures to affect the decision to use force“ (Elman 2000: 97).

Bei ihrer Klassifikation demokratischer Subtypen orientiert sich Elman an in der Vergleichenden Demokratieforschung entwickelten Typologien und unterscheidet zwischen Präsidialdemokratien, parlamentarischen Koalitionssystemen, Westminster-Demokratien sowie semipräsidentiellen Systemen, denen sie in der Folge jeweils eine spezifische Ausprägung der Beziehungen zwischen Legislative und Exekutive zuordnet. Die unterschiedliche Ausgestaltung der drei von ihr identifizierten Variablen „executive accountability to the legislatures“, „legislative involvement in policy making“ und „capacity of executive discretion“ soll dabei Aufschluss geben über die Möglichkeiten und Grenzen, die der Durchsetzung gesellschaftlicher Präferenzen im außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess gesetzt sind. Nach Elman bestehen in Westminster-Demokratien und semipräsidentiellen Systemen die geringsten Einflussmöglichkeiten für die Legislative:

„In these majoritarian democracies [...] the executive will find it easier to implement a hard-line foreign-policy because the legislature does not usually block executive decisions (in the case of Westminster parliamentary systems), and leaders can often adopt belligerent foreign policies before consulting legislative representatives (in the case of semipresidential systems)“ (Elman 2000: 97).

Im Gegensatz dazu rechnet sie gesellschaftlichen Akteuren in Präsidialdemokratien und Koalitionssystemen weitaus größere Einflusschancen zu, da sie davon ausgeht, dass die Legislative in diesen Systemen über deutlich mehr Zugangs- und Mitbestimmungsrechte im außenpolitischen Entscheidungsprozess verfügt: „[S]ocietal actors have a stronger voice because the legislator plays a larger role in the foreign policy-making process“ (Elman 2000: 106).

An bisherigen institutionalistischen Erklärungsversuchen monadischer wie dyadischer Ausrichtung kritisiert Elman insbesondere, dass beide Theorievarianten gleichermaßen von der Voraussetzung ausgehen, dass die gewählten politischen Entscheidungsträger in demokratischen Staaten immer den gleichen Beschränkungen unterliegen. Demnach werden die am Frieden orientierten Präferenzen der Bevölkerung automatisch in den Entscheidungsprozess übertragen und führen in der Folge zu einer friedfertigen Außenpolitik. Sie setzt dieser Voraussetzung entgegen, dass die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative je nach demokratischem Subtypus unterschiedlich ausgestaltet sind und argumentiert, dass in Verbindung damit auch die Präferenzen der Bevölkerung in unterschiedlicher Weise die Außenpolitikgestaltung beeinflussen und den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger

¹⁹ „I argue that the democratic peace research program suffers from a faulty conceptualization of one of its key concepts – democracy“ (Elman 2000: 94). Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf Elman (2000: 91ff.).

beschränken. So können sich nach Elman beispielsweise in Westminsterdemokratien und semipräsidentiellen Systemen die Präferenzen einer kriegsaversen Bevölkerung aufgrund der geringen Einflussmöglichkeiten der Legislative im politischen Entscheidungsprozess nicht durchsetzen und eine gewaltgeneigte Orientierung der Exekutive kann eher eine gewalthaltige Außenpolitik bewirken.

Dahingegen können in Präsidential- oder Koalitionssystemen starke kriegsbereite gesellschaftliche Interessen den politischen Entscheidungsprozess beeinflussen und trotz einer möglicherweise kriegsabgeneigten Exekutive ebenfalls zu einer unfriedlichen Außenpolitik führen.²⁰ Sie weist jedoch auch auf die Wirkung kriegsaversiver Präferenzen in Koalitions- und Präsidentsystemen gegenüber einer kriegsbereiten Exekutive hin: „Legislative input need not to be malign and negative [...]. The legislature can increase the number of foreign policy options debated and can pose a veto to the otherwise unchecked foreign policy prerogative of a war-prone executive” (Elman 2000: 99). Gerade in Bezug auf den demokratischen Subtypus der Koalitions- und Präsidentsysteme macht Elman deutlich, dass die Regierungen in ihrer Entscheidungsfindung eine Vielzahl an parlamentarischen Gruppen berücksichtigen müssen, sie daher gezwungen sind, in der Außenpolitik eher konsensorientiert zu handeln und zu “middle-of-the-road“-Positionen neigen, da sie auf die Zustimmung der Legislative bei den Entscheidungen angewiesen sind.

Durch die Unterscheidung verschiedener demokratischer Subtypen, in denen die Präferenzen der Gesellschaft und der Entscheidungsträger jeweils unterschiedlich im Rahmen der jeweiligen Ausprägung der Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative interagieren, gelingt es Elman, eine Vielzahl an außenpolitischen Verhaltensoptionen demokratischer Staaten aus ihrer inneren Verfasstheit heraus zu erklären. Auch die Beteiligung von Demokratien an Gewalthandlungen und Kriegen kann mittels dieser Klassifikation analysiert werden, ohne dass dabei der Regimetyp des Gegenübers bei der Erklärung berücksichtigt werden muss (vgl. Nielebock 2004: 181).

Auch Susan Peterson (1995) beschäftigt sich in ihrem Artikel mit Unterschieden zwischen demokratischen Systemen und thematisiert am Beispiel der Faschoda-Krise die Wirkung von Öffentlichkeit und innerstaatlichen Strukturen auf außenpolitische Entscheidungen. Zunächst setzt sie sich mit den bestehenden realistischen und liberalen Erklärungsversuchen auseinander und kommt zu dem Schluss, dass die Vertreter des „demokratischen Friedens“ in ihren bisherigen Versuchen, die Vermeidung einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Großbritannien im Jahre 1898 zu erklären, zu voreilig zugunsten realistischer Erklärungsansätze aufgegeben haben:

„They too readily concede, however, that the realists are right – that the distribution of power explains the evolution and outcome of the crisis. I maintain that liberals are right to point to the influence of domestic politics, but that democratic peace theory as currently formulated does not capture completely the domestic dynamics of crisis resolution” (Peterson 1995: 14).

²⁰ „In presidential democracies, for example, while the executive may not favor aggression, the logrolling of powerful societal groups in Congress may nevertheless lead the state down that road” (Elman 2000: 99).

Peterson konzentriert sich in ihrer Untersuchung in der Folge auf das Zusammenwirken von drei Faktoren: öffentliche Meinung, Präferenzen der Entscheidungsträger und staatliche Strukturen. An den Erklärungsansätzen der „Theorie des demokratischen Friedens“ kritisiert sie vornehmlich, dass diese es bisher versäumt haben, die Unterschiede zwischen einzelnen Demokratien hinsichtlich der drei genannten Faktoren stärker zu berücksichtigen. Sie gehen vorbehaltlos davon aus, dass in Demokratien einerseits die Präferenzen der Öffentlichkeit stets kriegs- und gewaltabgeneigt sind und dass diese Präferenzen andererseits in demokratischen Staaten immer ein friedfertiges Außenverhalten bewirken.

Im Gegensatz zu dieser gleichförmigen Betrachtungsweise hebt sie die Erkenntnisse eines anderen Forschungszweigs hervor: „Recent literature on foreign economic policy convincingly demonstrates that states do not possess a single domestic structure that constrains policy makers uniformly across all issue areas” (Peterson 1995: 15). Um die Wirkung solcher Strukturen besser zu verstehen, schlägt Peterson vor, genauer zwischen unterschiedlichen Institutionen innerhalb eines Staates zu unterscheiden. Sie konzentriert sich dabei im Weiteren insbesondere auf zwei institutionelle Faktoren: zum einen auf den Grad der Unabhängigkeit der Exekutive von der Legislative. Hier lautet ihre Hypothese: Je geringer der Autonomiegrad der Exekutive von der Legislative ist, desto mehr Möglichkeiten bestehen für gesellschaftliche Interessengruppen, politische Parteien und die öffentliche Meinung, außenpolitische Entscheidungen zu beeinflussen. Als zweiten Faktor berücksichtigt Peterson zum anderen die Organisationsstruktur der Exekutive im Bereich der Außenpolitik: Je größer die Anzahl an Regierungsakteuren in der außenpolitischen Entscheidungsfindung ist, desto dezentralisierter gestaltet sich die Entscheidungsstruktur und desto geringer fällt der Handlungsspielraum der Hauptentscheidungsträger innerhalb der Exekutive aus (Peterson 1995: 18).

Peterson untersucht die Wirkung dieser beiden Faktoren anhand zweier Fallstudien zum Verhalten Frankreichs sowie Großbritanniens in der Fashoda-Krise 1898 und kommt zu dem Schluss, dass das Zusammenspiel unterschiedlicher staatlicher Strukturen mit den jeweiligen Präferenzen der Bevölkerungen sowie der Eliten die außenpolitischen Entscheidungen erklären kann:

„State structure – specifically, a functioning national legislature – determine that public opinion influences foreign policy in a crisis, but the relationship between executive and public preferences determines the direction of that influence and the content of foreign policy” (Peterson 1995: 19).

Sie schlägt vor, die Erklärungsansätze des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ entsprechend zu erweitern und besonders den außenpolitischen Entscheidungsprozess in Demokratien differenzierter zu betrachten: „Democracies share important similarities, but they are sufficiently different in their institutional structure and in the content of public and elite opinion to warrant an examination of these differences“ (Peterson 1995: 35).

In seiner Studie „Inward Bound: Domestic Institutions and Military Conflict“ beschäftigt sich David Auerswald (1999, vgl. 2000) eingehend mit dem Einfluss unterschiedlich ausgestalteter institutioneller Faktoren innerhalb demokratischer Staaten, denen er eine starke kausale Wirkungskraft auf das äußere Konfliktverhalten beimisst. Er setzt sich dabei zunächst kritisch mit bisherigen Erklärungsansätzen demokratischer Außenpolitik auseinander: „I

challenge the assumption that all democratic states engage in similar foreign policy behaviour and demonstrate that there is a continuum of democratic conflict behaviour, with some democracies being more predisposed than others toward involvement in international conflict“ (Auerswald 1999: 470).

Seiner Argumentation liegt die Prämisse zugrunde, dass Exekutiven generell an ihrem Amtserhalt interessiert sind und deswegen bei jedem Einsatz von Gewalt das innenpolitische Risiko einer möglichen Sanktionierung ihres Handelns durch die Bevölkerung kalkulieren. In Anknüpfung an spieltheoretische Erklärungsmodelle betont Auerswald jedoch die Notwendigkeit diese Ansätze weiter auszudifferenzieren, denn seiner Ansicht nach ist nicht davon auszugehen, dass alle Exekutiven in Demokratien gleichsam automatisch denselben innenpolitischen Beschränkungen und Zwängen unterliegen. Im Folgenden schlägt er vor, demokratische Systeme jeweils nach innenpolitisch starken und schwachen Exekutiven zu unterscheiden. Als Bewertungskriterien für die Stärke bzw. Schwäche der Regierungen bei der außenpolitischen Entscheidungsfindung zieht Auerswald mit den Faktoren „accountability“²¹ und „agenda control“²² zwei Indikatoren heran, die für ihn in Kombination die verhaltensbestimmende institutionelle Entscheidungsstruktur in einer Demokratie ergeben:

„Whether an executive is domestically strong or weak depends on the country’s domestic institutional structure (that is, the established rules of interaction between an executive, a legislature, and the public). Domestic institutions determine to whom the executive is accountable for office tenure as well the extent to which the legislature can challenge the executive’s conflict decisions. As domestic institutions change, so should the executive’s calculus of the domestic risks involved in using force“ (Auerswald 1999: 469.).

Er nimmt an, dass Exekutiven am wenigsten zum Einsatz von Gewalt neigen, wenn sie besonders schwach sind, d.h. wenn sie in ihrem außenpolitischen Handlungsspielraum durch „institutionelle Hindernisse“ mit nachhaltigen Konsequenzen beschränkt werden können. Die institutionelle Entscheidungsstruktur ist in diesem Fall durch weitreichende Einwirkungsmöglichkeiten öffentlicher und parlamentarischer Gruppen sowohl im Hinblick auf das Kriterium der „accountability“ als auch bei der „agenda control“ charakterisiert. In der Umkehr tendieren starke Exekutiven bei internationalen Konflikten eher zu einem gewaltfördernden Verhalten, da sie in ihren Entscheidungen in viel geringerem Maße durch institutionelle Hürden, wie beispielsweise Mitsprache- und Kontrollrechte der Parlamente, begrenzt werden können und diese daher in ihren Risikokalkülen weniger berücksichtigen müssen. In dieser Ausprägung der institutionellen Struktur ist die Exekutive entweder mit keiner oder bestenfalls einer sehr geringen Abwahlgefahr konfrontiert und verfügt darüber hinaus über die umfassende Kontrol-

²¹ Auerswald bezieht sich hier, neben den allgemeinen Abwahlmöglichkeiten bei nationale Wahlen, vor allem auf die Existenz spezieller Verfahren, wie zum Beispiel Misstrauensvoten, durch welche die Amtszeit der Exekutiven auch während der Legislaturperiode vorzeitig beendet werden kann (Auerswald 1999: 475).

²² Als Indikatoren der exekutiven „agenda control“ nennt Auerswald idealtypisch zum einen die ex ante-Vetomacht der Regierung sowie deren ausschließlich Initiativmacht bei der Anwendung äußerer Gewalt. Darüber hinaus führt er die ex-ante Blockademöglichkeit von legislativer Seite eingebrachter alternativer Handlungsoptionen zum militärischen Konflikt sowie die ex-post Überwindung legislativer Beschränkungen eines Gewalteinsetzes an. Gerade hinsichtlich der beiden letzten Kriterien vermutet Auerswald eine starke Varianz zwischen demokratischen Systemen (Auerswald 1999: 493).

le der Agenda, die es ihr ermöglicht, den Einsatz von Gewalt im Zweifelsfall trotz Beschränkungen durch die Legislative durchzusetzen.

Ähnlich der Typologie Elmans entwickelt Auerswald, in Anlehnung an Erkenntnisse aus der Vergleichenden Politikwissenschaft, im Anschluss eine Klassifizierung demokratischer Staaten nach der Stärke bzw. Schwäche ihrer Exekutiven in bestimmten Regierungssystemen. Er geht dabei davon aus „that domestically strong presidents are more likely to use force than weaker presidents or premiers in majority parliamentary governments, who in turn are more likely to use force than premiers in coalition parliamentary governments“ (Auerswald 1999: 469). Auerswald überprüft seine Hypothesen im Folgenden anhand von Fallstudien des Konfliktverhaltens der USA, Großbritanniens und Frankreichs in der Suez-Krise 1956 sowie in Bosnien 1995 und findet die vermuteten Zusammenhänge zwischen unterschiedlich ausgestalteten institutionellen Entscheidungsstrukturen und Varianz in der Anwendung äußerer Gewalt bestätigt. Im Hinblick auf einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Theorie des „demokratischen Friedens“ folgert Auerswald aus seinen Ergebnissen, dass gesellschaftliche Präferenzen nur in dem Maße einen mäßigenden Einfluss auf den Einsatz von Gewalt ausüben können, in dem sie mittels institutioneller Mechanismen Eingang in den Entscheidungsprozess finden und berücksichtigt werden können. Zum Abschluss betont er, dass seine Untersuchungen zeigen, dass die Ausprägung institutioneller Strukturen zwischen demokratischen Staaten erheblich variiert und dass damit der Grad der Einflussnahme der Öffentlichkeit und des Parlaments auf den politischen Gestaltungsspielraum der Exekutive maßgeblich durch diese institutionellen Charakteristika bestimmt wird.

In jüngster Zeit finden sich weitere Ansätze, die demokratische Staaten nicht allein nach ihrem jeweiligen Regierungssystem unterscheiden (wie Elman und Auerswald), sondern darüber hinaus Demokratien nach den jeweiligen legislativen Beschränkungen differenzieren, denen die Exekutive in unterschiedlichen Regierungskonstellationen unterliegt. Diesen einzelnen Regierungstypen wird dann in der Folge jeweils eine spezifische Wirkung auf das äußere Konfliktverhalten der Demokratien zugeschrieben.

So befassen sich unter anderem Brandon Prins und Christopher Sprecher in ihrer Studie mit dem Zusammenhang zwischen unterschiedlichen demokratischen Regierungsformationen und deren Konfliktverhalten in sogenannten „Militarized Interstate Disputes“ (MIDs).²³ Die beiden Autoren konzentrieren sich insbesondere auf westeuropäische Demokratien und unterscheiden die parlamentarischen Systeme hinsichtlich der Ausprägung ihrer Kabinettsstrukturen. Sie nehmen an, dass Einparteienregierungen in ihrer außenpolitischen Entscheidungsfindung über große Handlungsfreiheit verfügen und das aggressive Verhalten eines anderen Staates ebenfalls mit einer Form militärischer Gewalt erwidern können: „Single-Party Governments will have the fewest decisional constraints and therefore the greatest freedom to reciprocate militarized disputes. These governments should be the most willing to escalate disputes in which they have been targeted“ (Prins/Sprecher 1997: 274). Im Gegensatz dazu erwarten Prins und Sprecher, dass Koalitions- und Minderheitsregierungen im Entscheidungsprozess wesentlich stärker eingeschränkt sind und sich daher in ihrer Beteiligung an

²³ Mit dem Begriff „MIDs“ werden zwischenstaatlichen Streitigkeiten, in denen ein oder mehrere Staaten mit militärischer Gewalt drohen, diese zur Schau stellen oder tatsächlich auch anwenden, zusammengefasst.

einem Konflikt mit Gewalt eher zurückhalten werden. Nachgeordnet wird darüber hinaus die Stärke der Opposition und die Polarisierung der Parteien innerhalb des Parlaments als mögliche, die Exekutive beschränkende Einflussfaktoren, in die Untersuchung miteinbezogen.

Die Autoren kommen in ihrer Analyse des Zeitraums zwischen 1946 und 1986 zu dem Ergebnis, dass westeuropäische Demokratien generell nur selten in MIDs involviert sind und wenn doch, dann hauptsächlich als Ziele militärischer Aggressionen seitens nicht-demokratischer Staaten. Zwar deuten die Befunde darauf hin, dass ein Zusammenhang zwischen dem Regierungstyp und dem Verhalten im Konflikt besteht, die beiden Haupthypothesen werden jedoch nicht bestätigt. Anders als erwartet neigen Koalitionsregierungen eher dazu, sich mit militärischer Gewalt an Auseinandersetzungen zu beteiligen, wohingegen Einparteienregierungen verstärkt versuchen, eine Eskalation des Konflikts zu vermeiden:

„[A]mong Western parliamentary democracies, coalition governments appear to be more likely to reciprocate when targeted in a MID. In fact, coalition governments are more likely to reciprocate disputes in general, and particularly more likely to reciprocate with the actual use of force. This may be more a result of single-party governments avoiding the electoral risks involved in escalation, rather than a clear-cut active attempt by coalition governments to militarily engage dispute opponents” (Prins/Sprecher 1997: 285).

Die Annahme, dass die Entscheidung der Regierung für eine militärische Konfliktbeteiligung auch durch die Heterogenität politischer Gruppierungen im Parlament begrenzt wird, sehen Prins und Sprecher in ihrer Studie allerdings bestätigt.

Ähnlich des Ansatzes von Prins und Sprecher beschäftigen sich auch Michael J. Ireland und Scott S. Gartner (2001) mit dem Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Regierungstypen innerhalb parlamentarischer Demokratien und deren äußerem Konfliktverhalten: „We examine how government type influences the time to initial conflict initiation among *cabinets* in parliamentary democracies“ (Ireland/Gartner 2001: 548). Die beiden Autoren betonen in ihrer Analyse unterschiedlicher Regierungsformationen, in Anlehnung an den Ansatz von George Tsebelis, die Bedeutung von Veto-Gruppen für die Exekutive und unterscheiden in der Folge drei Möglichkeiten hinsichtlich der Ausprägung von Kabinettstrukturen – Einparteien-, Koalitions- und Minderheitsregierungen –, die jeweils unterschiedlichen Beschränkungen unterliegen. Ireland und Gartner nehmen an, dass Minderheitsregierungen durch eine größere Anzahl parlamentarischer Veto-Spieler bei der Durchsetzung ihrer Präferenzen besonders eingeschränkt sind. Auf Grund dessen neigen sie weniger zur Initiierung von Konflikten²⁴, während im Gegensatz dazu die Exekutive in Mehrheitsregierungen in ihren Entscheidungen nur durch wenige politische Veto-Gruppen begrenzt wird und dementsprechend ungehindert Konflikte beginnen kann. Die Autoren argumentieren, dass Koalitionsregierungen in Bezug auf ihr Konfliktverhalten eine Mittelposition einnehmen, da sie sich grundsätzlich mit einer größeren Zahl potentieller Veto-Gruppen auseinandersetzen müssen als Mehrheitsregierungen, in ihrem äußeren Verhalten aber dennoch weniger beschränkt sind als Minderheitsregierungen.

²⁴ „Minority governments are the form of government most frequently voted out of office through a vote of non-confidence (Strom 1990). Parliament is always a potential veto-player. Therefore, all these being equal, minority parties likely face the most veto-players” (Ireland/Gartner 2001: 552).

Die beiden Autoren gelangen nach ihrer Untersuchung von 568 Kabinettsarrangements in insgesamt 18 Ländern im Zeitraum von 1919 bis 1990 zu dem Ergebnis, dass Minderheitsregierungen deutlich weniger zur Konfliktinitiierung neigen als Mehrheits- und Koalitionsregierungen. Sie sehen damit ihre Annahme bestätigt, dass die Varianz der Kabinettsstrukturen zwischen parlamentarischen Demokratien die Wahrscheinlichkeit der Initiierung eines Konfliktes beeinflusst. Ihre Ergebnisse bezüglich des Verhaltens von Mehrheits- und Koalitionsregierungen erlauben jedoch keine eindeutige Differenzierung: „We are unable to differentiate between the effects of a majority and coalition government. It might be that both arguments about constraints [...] are correct [...]. It might also be that we need to determine the conditions under which one type has more effect than the other“ (Ireland/Gartner 2001: 563). In diesem Zusammenhang weisen Ireland und Gartner auf die Arbeit von Palmer, Regan und London (2004) hin, welche sich ebenfalls mit der Wirkung unterschiedlicher Regierungstypen auf das äußere Konfliktverhalten demokratischer Staaten befassen und in ihren Erklärungsmodellen insbesondere interne Faktoren wie die Größe und strukturelle Komplexität sowie die ideologische Ausrichtung bzw. die politischen Präferenzen der jeweiligen Regierungskoalition berücksichtigen.

Paul Huth und Todd Allee (2002) versuchen durch eine systematische Analyse von 348 Territorialkonflikten zwischen 1919 und 1995 zu zeigen, dass sich demokratische Systeme hauptsächlich hinsichtlich des Grads der politischen Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber der Opposition unterscheiden und dass diese strukturelle Ausprägung das Konfliktverhalten der Staaten maßgeblich beeinflusst. Die jeweilige Beschränkung demokratischer Regierungen ergibt sich gemäß dem zugrundegelegten „political accountability model“ der beiden Autoren aus zwei Faktoren: dem Zeitpunkt der nationalen Wahlen und der zahlenmäßigen Stärke der Oppositionsparteien im Parlament. In Bezug auf die Stärke der Oppositionsparteien vermuten Huth und Allee, dass, je mehr die Regierung auf die Unterstützung der Oppositionskräfte angewiesen ist, desto weniger wird sie in ihrem äußeren Verhalten Gewalt androhen, Zugeständnisse bei Verhandlungen machen oder Konflikte militärisch zu Kriegen eskalieren lassen:

„Weak party support (e.g., divided government or minority government) should push democratic leaders away from an active foreign policy and towards the maintenance of the status quo. This is because the lack of cohesive majority in the legislature should make a president or prime minister wary of diplomatic or military initiatives“ (Huth/Allee 2002: 762).

Wenn sich die betreffende Regierungspartei oder -koalition jedoch auf die Mehrheit der politischen Gruppierungen im Parlament stützen kann, dann wird der beschränkende Einfluss der oppositionellen Kräfte wesentlich geringer eingeschätzt, die Politikgestaltung der Regierung in Debatten sowie Anhörungen zu kritisieren und in der letzten Konsequenz mit Abwahl zu drohen. Die Autoren folgern daraus, dass die Exekutive in solchen Konstellationen eher konfrontative Politiken verfolgt, da die politischen Kosten ihres äußeren Verhaltens im Sinne des Risikos eines Amtverlusts signifikant gesunken sind.

Unter Bezugnahme auf den zweiten Erklärungsfaktor nehmen Huth und Allee an, dass, je kürzer der Zeitpunkt der letzten nationalen Wahlen zurückliegt, umso wahrscheinlicher ist ein

aggressives außenpolitisches Verhalten demokratischer Regierungen. Da Wahlen grundsätzlich das Risiko einer Niederlage beinhalten, stellen sie für Exekutiven eine starke Quelle politischer Verantwortlichkeit dar. Der Wirkungsgrad dieses Verantwortlichkeitskriteriums variiert jedoch gemäß dem jeweiligen Zeitpunkt der Wahl. So gilt für die Autoren: „[T]he more recently national elections have been held, the more willing incumbents should be to adopt an active foreign policy in which they seek negotiations or threaten the use of force” (Huth/Allee 2002: 764). Huth und Allee sehen die Erklärungskraft ihres theoretischen Modells durch die empirischen Untersuchungen am Beispiel verschiedener Stadien territorialer Konflikte bestätigt. So finden sie unter anderem Belege für den Zusammenhang zwischen dem Zeitpunkt des Beginns einer militärischen Konfrontation und dem jeweiligen demokratischen Wahlzyklus.

Dan Reiter und Erik R. Tillman (2002) beschäftigen sich in ihrem Beitrag ebenfalls mit dem Konfliktverhalten von 37 Demokratien in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Beginn der 1990er Jahre. In ihrer Untersuchung differenzieren die Autoren die demokratischen Systeme nach drei institutionellen Strukturmerkmalen, von denen sie annehmen, dass deren Varianz das äußere Verhalten der Staaten maßgeblich bestimmt. Als erstes Unterscheidungskriterium führen Reiter und Tillman die Beschränkung der Regierung durch die Öffentlichkeit an, hier verstanden als Grad der Teilhabemöglichkeit der Bevölkerung an Wahlen. Die entsprechende Hypothese lautet: „*The more inclusive a state’s electoral system, the less likely the state will initiate a conflict*” (Reiter/Tillman 2002: 813).

Das zweite Merkmal bezieht sich auf Beschränkungsmöglichkeiten innerhalb der Legislative. Tillman und Reiter knüpfen an aus der vergleichenden Demokratieforschung bekannten Klassifikationen an und unterscheiden die demokratischen Systeme nach der jeweiligen Anzahl der Parteien im Parlament (Mehrheits- und Konsenssysteme). Sie gehen davon aus, dass Zweiparteiensysteme nur durch wenige parlamentarische Veto-Spieler begrenzt werden, während hingegen in Mehrparteiensystemen die Zahl der potentiellen Veto-Gruppen zunimmt: „[M]ultiparty systems will create more obstacles for a leader wishing to implement a foreign policy that does not have widespread popular support“ (Reiter/Tillman 2002: 814). Die Autoren schließen daraus, dass, mit steigender Zahl der Parteien innerhalb der Legislative, die Wahrscheinlichkeit der Initiierung von Konflikten durch die Regierung abnimmt.

Der dritte Faktor umfasst schließlich die Beschränkung der Exekutive durch die Legislative. Das Hauptaugenmerk gilt hier den institutionellen Mechanismen, welche dem Parlament zur Verfügung stehen, um die Regierung im außenpolitischen Entscheidungsprozess zu kontrollieren. Reiter und Tillmann gehen dabei von der Grundannahme aus, dass, je größer die Rolle der Legislative im Bereich der Außenpolitik ist, desto stärker wird die Möglichkeit der Regierung zur Initiierung eines Konfliktes beschränkt. Um mögliche institutionelle Kontrollmechanismen zu identifizieren, diskutieren die beiden Autoren zunächst die Unterschiede zwischen präsidentiellen und parlamentarischen Systemen. Sie machen deutlich, dass die Forschungsmeinung diesbezüglich deutlich auseinandergeht. Auf der einen Seite wird, unter Verwendung des principal-agent-Ansatzes, argumentiert, dass präsidentielle Systeme durch konkurrierende Legitimationsketten deutlich stärker in ihrem Außenverhalten begrenzt sind als parlamentarische Demokratien, während aus einer anderen Perspektive entgegengehalten

werden kann, dass die strikte Trennung von Exekutive und Legislative der Regierung in Präsidentschaftsdemokratien in bestimmten Politikfeldern deutlich mehr Handlungsspielraum lässt:

„For example, the American president has a considerable (and largely unchecked) authority in the use of force, despite the mostly ceremonial War Powers Act. In parliamentary systems no such division exists. Parliamentary leaders need the support of parliament to stay in power and make policy. Substantial disagreements may lead to the dissolution of parliament or to a parliamentary vote of non-confidence and the replacement of the government“ (Reiter/Tillman 2002: 815).

Die unterschiedlichen Annahmen reflektierend, formulieren Reiter und Tillman zwei konkurrierende Hypothesen hinsichtlich der Begrenzung präsidentieller Systeme in ihrem äußeren Konfliktverhalten.

Neben der allgemeiner gehaltenen Unterscheidung von Regierungssystemen konzentrieren sich die beiden Autoren im Weiteren auf spezifische Kontrollmöglichkeiten, die Parlamenten grundsätzlich zur Verfügung stehen können, um Regierungshandeln zu begrenzen. Sie gehen dabei davon aus, dass die jeweiligen demokratischen Verfassungen konkrete „provisions“ bezüglich der Gestaltung von Außenpolitik enthalten. Als wichtigen Indikator der Einflussnahme der Legislative auf die Exekutive beziehen sich Reiter und Tillman auf die Rolle des Parlaments bei der Ratifizierung internationaler Verträge: „Constitutions that require legislative ratification of any international treaty accord relatively more foreign policy power to the legislature“ (Reiter/Tillman 2002: 816). Sie vermuten, dass die Wahrscheinlichkeit einer Konfliktinitiierung durch die Regierung bei steigender „foreign policy power“ der Legislative abnimmt. Die beiden Autoren räumen in diesem Zusammenhang ein, dass die Zustimmung von Parlamenten zu internationalen Verträgen hinsichtlich der Bestimmung des Grades parlamentarischer Kontrolle gegenüber der Exekutive lediglich indirekt als Hilfsindikator dienen kann. Um letztlich direkte Aussagen über die legislative Macht im Bereich der Außenpolitik machen zu können, müssten die unterschiedlich ausgestalteten parlamentarischen „war powers“ jeweils in den einzelnen Demokratien berücksichtigt werden, jedoch lägen diesbezüglich bisher keine ausreichenden Vergleichsdaten vor.

Aus ihrer empirischen Analyse ergibt sich für Reiter und Tillman ein gemischtes Bild: Die Annahme, dass größere gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten in demokratischen Staaten die Wahrscheinlichkeit der Initiierung eines Konflikts vermindern, sehen sie als bestätigt. Jedoch wird aus ihrer Untersuchung auch deutlich, dass weder die Zahl der Parteien innerhalb der Legislative noch die Art der Regierungsformation einen Einfluss auf das Außenverhalten hat. Während für die unterschiedliche Wirkung legislativer Kontrollmechanismen in parlamentarischen gegenüber präsidentiellen Systemen kein aussagekräftiges Resultat zu erkennen ist, wird jedoch umso deutlicher, dass, je größer die außenpolitische Macht der Legislative gegenüber der Exekutive ausgestaltet ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer Konfliktinitiierung durch die Regierung

Die in diesem Abschnitt dargestellten Ansätze spiegeln einen aktuellen Entwicklungsstrang des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ wieder und machen zweierlei deutlich: Erstens ist es auf dem Weg hin zu einer Erklärung der Varianzen im äußeren Konfliktverhalten von Demokratien notwendig, das Konzept „Demokratie“ nicht als einheitlich zu begreifen, sondern aufzuschlüsseln, um innerhalb desselben Regimetyps unterschied-

liche demokratische Systeme unterscheiden zu können. Die einzelnen Beiträge identifizieren in ihren Analysen zahlreiche potentielle Erklärungsfaktoren und fokussieren in ihren Untersuchungen insbesondere auf institutionelle Strukturen sowie die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative im Bereich der Entscheidung zur äußeren Gewaltanwendung. Auf diese Weise gelingt es, unterschiedliche Aspekte der inneren Verfasstheit demokratischer Staaten zu beleuchten und in der Folge die Heterogenität zwischen einzelnen demokratischen Systemen deutlich sichtbar werden zu lassen. Diese differenzierten Einblicke ermöglichen wichtige Erkenntnisse über die inneren Dynamiken demokratischer Entscheidungsprozesse, die, vorausgesetzt es existieren kriegsaverse gesellschaftliche Anforderungen, darauf hinweisen, dass ein Wirkzusammenhang zwischen der jeweiligen Ausgestaltung institutioneller Strukturen in der außenpolitischen Entscheidungsfindung innerhalb von Demokratien und deren äußeren Friedensorientierung besteht.

Trotz der auf diesem Wege gewonnen Erkenntnisse ist zweitens einzuwenden, dass die bisherigen Klassifizierungen demokratischer Subtypen entlang unterschiedlicher Regierungssysteme oder Kabinettsstrukturen aufgrund der jeweils konstant gehaltenen Beschränkungsmöglichkeiten des exekutiven Handlungsspielraums durch die Legislative noch zu grob erscheinen. So heben zwar unter anderem besonders Elman (2000) und Auerswald (1999) die unterschiedliche Ausprägung der Exekutive-Legislative-Beziehungen innerhalb demokratischer Staaten hervor, sie nehmen jedoch an, dass die politischen Führungen in den von ihnen unterschiedenen Regierungssystemen immer denselben legislativen Beschränkungen im außenpolitischen Entscheidungsprozess unterliegen. Nach dieser Argumentation müssten beispielsweise alle parlamentarischen Koalitionsdemokratien bei kriegsaverser Öffentlichkeit ein friedfertiges Außenverhalten zeigen und alle Mehrheitssysteme sich besonders kriegsanfällig verhalten. Gerade im Hinblick auf die Beteiligung europäischer Staaten am Irakkrieg 2003 scheint die Gültigkeit dieser Annahmen jedoch fraglich und die Grenzen der bisherigen Differenzierung demokratischer Staaten treten deutlich hervor: Demokratien, die gemäß den Einstufungen Elmans und Auerswalds einem spezifischen Systemtyp angehören, haben sich – entgegen der offenen Ablehnung der Mehrheit ihrer Bevölkerungen – in jeweils unterschiedlichem Maße an den Kriegshandlungen beteiligt.

Auch die Arbeiten von Prins und Sprecher (1999) sowie von Ireland und Gartner (2001), die sich speziell auf Unterschiede zwischen einzelnen parlamentarischen Demokratien konzentrieren und dabei hauptsächlich die Bedeutung unterschiedlicher Regierungstypen für die Erklärung des Außenverhaltens hervorheben, machen deutlich, dass die Kabinette in ihrem Handeln zwar in jeweils unterschiedlichem Maße beschränkt sind. Jedoch ist auch hier anzumerken, dass die legislativen Beschränkungen durch die festgesetzte Zahl der parlamentarischen Veto-Spieler für die jeweilige Regierungskonstellation (Minderheits-, Mehrheits- oder Koalitionsregierung) konstant gehalten werden. Auf diese Weise bleibt die – möglicherweise innerhalb eines Regierungstypus variierende – Ausgestaltung der Entscheidungsstrukturen zwischen Exekutive und Legislative von Demokratie zu Demokratie unberücksichtigt.

Eine weiterführende Aufgabe und Herausforderung für die Forschung besteht nun darin, den Analysefokus bei der Unterscheidung demokratischer Staaten noch stärker zu schärfen und in einem nächsten Schritt beispielsweise zwischen den unterschiedlich ausgeprägten institutionellen Strukturen innerhalb eines einzelnen Regierungssystems im Bereich der Außen- und

Sicherheitspolitik zu differenzieren. Auf diesem Weg könnten wichtige Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche spezifische Ausprägung demokratischer institutioneller Strukturen ein bestimmtes äußeres Konfliktverhalten hervorbringt. Für zukünftige Untersuchungen bietet es sich, dem Vorschlag Czempiels folgend, bei der weiteren Differenzierung demokratischer Staaten an, vor allem die politikfeldspezifische Rolle von Parlamenten als Trägern gesellschaftlicher Präferenzen zu berücksichtigen und deren Einfluss auf außenpolitische Entscheidungsprozess näher zu analysieren.

Die Rolle von Parlamenten ist im Rahmen des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ bisher lediglich in Ansätzen thematisiert worden. Erste Forschungsergebnisse deuten jedoch darauf hin, dass ein höherer Demokratisierungsgrad der Außenpolitik innerhalb demokratischer Staaten – verstanden als größere legislative Gestaltungs- und Kontrollmacht im außenpolitischen Entscheidungsprozess – die Wahrscheinlichkeit eines friedlichen Außenverhaltens erhöht.²⁵ Durch vergleichende Untersuchungen parlamentarischer „war powers“ in Demokratien könnten hier weiterführende Erkenntnisse gewonnen werden, die, in Verbindung mit anderen institutionellen Faktoren, gegebenenfalls einen Beitrag zu komplexeren Erklärungen von aggressivem oder friedfertigem Außenverhalten von Demokratien zu leisten vermögen.

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen sollen im Anschluss im folgenden Kapitel die unterschiedlichen Erklärungsansätze der Außenpolitikforschung auf ihr jeweiliges Konzept „demokratischer Außenpolitik“ hin befragt werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der analytischen Tiefe, mit welcher außenpolitische Entscheidungsprozesse im Hinblick auf ihre Demokratisierung in den einzelnen Ansätzen konzeptualisiert werden. In diesem Zusammenhang soll vor allem die spezifische Rolle und Bedeutung, die Parlamenten in den Erklärungsversuchen äußeren Verhaltens von Staaten beigemessen wird, berücksichtigt werden.

3. Demokratische Mitbestimmung in der Außenpolitikforschung

Seit mehr als 50 Jahren befasst sich die Außenpolitikforschung als Teildisziplin der Internationalen Beziehungen (IB) mit der Beschreibung und Erklärung des außenpolitischen Verhaltens von Staaten. Dabei untersucht sie vor allem die Bedeutung unterschiedlicher Akteure, Strukturen und Interaktionen für den Prozess und das inhaltliche Politikergebnis. Mit den wegweisenden Arbeiten von Richard Snyder et al. (1954/1963), Harald und Margret Sprout (1957/1965) sowie James Rosenau (1966) werden gemeinhin die Ursprünge der wissenschaftlichen Beschäftigung mit Außenpolitik bezeichnet (Harnisch 2003: 317; vgl. Hudson 2005 und Haftendorn 1990). Seither hat sich das Feld der Außenpolitikforschung jedoch in vielfacher Hinsicht weiterentwickelt und ausdifferenziert. So existiert derzeit eine Vielzahl an Ansätzen, die sich in der Beschreibung und Erklärung von Außenpolitik jeweils auf unterschiedliche Bestimmungsfaktoren, Analyseebenen und Handlungslogiken konzentrieren. Diese verschiedenen Ansätze beruhen dabei zumeist auf divergierenden Verständnissen und Beg-

²⁵ Siehe hierzu die Studie von Reiter/Tillman (2002).

riffsdefinitionen, welche die wissenschaftliche Debatte kennzeichnen (vgl. Hellmann et al. 2006: 13). Nach Meinung prominenter Wissenschaftler liegt die Hauptaufgabe und Herausforderung zukünftiger Außenpolitikforschung zum einen in der Spezifizierung einzelner Erklärungsfaktoren, ihrer Gewichtung und Zuordnung sowie in der Identifizierung von Kausalmechanismen. Zum anderen wird eine Integration der diversen Strömungen in einen umfassenden theoretischen Rahmen gefordert, so dass das Außenverhalten von Staaten als komplexer Prozess, der sowohl durch äußere als auch durch innere Einflüsse bestimmt wird, erfasst werden kann: „The primary challenge of research on foreign policy is to show the regularized interconnection between external pressures and internal politics, not to demonstrate that the latter is more important than the former“ (Hagan 1995: 138, Fn. 1; vgl. Hudson 2005).

Im Folgenden soll zunächst ein kurzer Überblick über aktuelle Strömungen in der theorieorientierten Außenpolitikforschung gegeben werden, um sodann näher auf unterschiedliche Konzeptualisierungsansätze der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft bei der Erklärung außenpolitischer Entscheidungen einzugehen.

3.1 „Generationenwechsel“ in der theoriegeleiteten Außenpolitikanalyse

Mit dem „Bild des Generationenwechsels“ versucht Sebastian Harnisch (2003) in seiner Literaturschau die Entwicklungen in der Außenpolitikforschung seit Beginn der 1990er Jahre illustrativ zu erfassen. Mit Blick auf die mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbundenen Umbruchsprozesse betont er dabei zunächst das Erklärungsdefizit der lange Zeit dominierenden und auf die Wirkung internationaler Strukturen fokussierenden systemischen Theorien, welche aufgrund der Vernachlässigung interner Prozesse nicht in der Lage sind, diese Prozesse zu erklären oder gar zu prognostizieren (Harnisch 2003: 314; vgl. Hagan 2001: 1f.). Harnisch zufolge kann dieser Erkenntnis, verbunden mit den Einflüssen anderer politikwissenschaftlicher Disziplinen wie zum Beispiel der Vergleichenden Politikwissenschaft oder der Politischen Psychologie, eine katalytische Kraft beigemessen werden. Diese bewirkt eine „Ausdifferenzierung und Verknüpfung bestehender Ansätze“, zum anderen jedoch auch „deren Ergänzung um jene neueren Theriefamilien, die über ihre inhaltlichen Schwerpunkte (u.a. Normen, Identitäten), methodische Vorgehensweise (Diskursanalyse) oder erkenntnistheoretischen Positionen neue Perspektiven eröffnen“ (Harnisch 2003: 315).

So macht der Autor beispielsweise auf die jüngsten Entwicklungen im Rahmen (neo-) realistischer Theoriebildung aufmerksam, in denen neuerdings bei der Erklärung außenpolitischen Verhaltens, im Unterschied zu traditionellen Ansätzen, auch die Bedeutung subsystemischer Faktoren wie beispielsweise Bedrohungswahrnehmungen von Staatsführern untersucht wird. Dennoch täuschen diese neueren Arbeiten nicht darüber hinweg, dass der zentrale Bezugspunkt realistischer Ansätze zur Erklärung von Außenpolitik weiterhin in der äußeren Umwelt verortet wird und Staaten „like units“ die wichtigsten Akteure bleiben. Interne Faktoren wie Perzeptionen und Ideen werden letztlich nur in dem Maße berücksichtigt, in dem sie

sich an Einflüssen aus dem internationalen Umfeld orientieren und durch diese bestimmt werden (vgl. u.a. Rose 1998). Die Gesellschaftswelt bleibt weiterhin ausgeschlossen.²⁶

Harnisch führt nun die in liberaler Tradition stehenden Ansätze der Außenpolitikanalyse an, die sich, im Gegensatz zur obigen systemischen Perspektive des Realismus, mit der Wirkung des inneren Umfelds von Staaten auf deren äußeres Verhalten befassen. Im Zentrum zweckrationaler Theoriestränge steht dabei die Annahme, dass hauptsächlich subsystemische Faktoren wie staatliche und gesellschaftliche Strukturen, Akteure sowie deren Interessen den außenpolitischen Entscheidungsprozess bestimmen. Zur Veranschaulichung dieser liberalen Erklärungsrichtung innerhalb der Außenpolitikforschung wird in der Literatur häufig das von Robert Putnam entworfene Modell der „two-level games“ herangezogen:

„At the heart of domestic political explanations of foreign policy is the idea that leaders engage in what Putnam (1988) calls “two-level games [...]. [I]n explaining government choices in foreign affairs, leaders are viewed as coping simultaneously with the pressures and constraints of their own political systems as well with those of the international environment” (Hagan 1995: 117).

Hier wird deutlich, dass das Verhalten außenpolitischer Entscheidungsträger anders als in realistischen Ansätzen nicht unabhängig von dem jeweiligen internen Umfeld, das sie repräsentieren, betrachtet und analysiert werden kann. Vielfältige Anreize und Beschränkungen, die im engeren Sinne aus den Akteuren und Institutionen des politischen Systems selbst und im weiteren Sinne aus gesellschaftlichen Strukturen sowie den Interessen gesellschaftlicher Gruppen resultieren, wirken in jeweils unterschiedlichem Maße und mit unterschiedlicher Reichweite auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess ein. Harnisch macht diesbezüglich auf eine theoretische Schwachstelle des Zwei-Ebenen-Ansatzes aufmerksam. In dem Modell wird zwar deutlich, dass bei der Analyse von Außenpolitik auch Einflussfaktoren aus dem inneren Umfeld betrachtet werden müssen, jedoch wird nicht ersichtlich, um welche es sich handelt und in welchem Umfang staatliche Entscheidungsträger durch diese Faktoren nach innen zurückgebunden sind (Harnisch 2002: 19).

In Abgrenzung zur utilitaristischen Handlungslogik entwickelten sich in der Außenpolitikforschung im Zuge des „constructivist turn“ und in Anknüpfung an bereits bestehende Forschungsrichtungen zahlreiche „post-rationale“ Erklärungsansätze, die verstärkt die Bedeutung von Ideen, Werten und Normen, sozialen Lernprozessen sowie weiteren kognitiven Faktoren in den Mittelpunkt der Untersuchung außenpolitischer Verhaltens stellen (Harnisch 2003: 330). Die unterschiedlichen konstruktivistischen Theorievarianten nehmen dabei auf alle drei Analyseebenen Bezug. So wird beispielsweise neben der Rolle individuell und kollektiv geprägter Denk- und Weltbilder (vgl. u.a. Rosati 1995 und Levy 1994) auch die Relevanz außenpolitischer Identitäten und Kulturen bei der Erklärung von Außenpolitik analysiert (vgl. u.a. Joerßen/Stahl 2003; Hudson 1997; Banerjee 1997). Auf systemischer Ebene werden zum einen unterschiedliche Rollenkonzepte (vgl. u.a. Harnisch/Maull 2001; Kirste 1998), zum anderen der Einfluss von durch internationalen Institutionen vertretenen Normen und interna-

²⁶ Zu den Ursprüngen dieser realistischen Sichtweise in der deutschen IB-Forschung siehe Müller/Risse-Kappen (1990: 375ff.).

tionalen Sozialisationsprozessen untersucht (vgl. u.a. Risse 1999; Schimmelfennig 2003, 2005).²⁷

Vor dem Hintergrund des Forschungsinteresses am Konzept „demokratischer Außenpolitik“ soll im Folgenden ein kurzer Überblick über die beständig wachsende Zahl an Ansätzen liberaler Theoriebildung gegeben werden.

3.2 Zwischen Staatszentriertheit und Gesellschaftsdominanz: Liberale Ansätze der Außenpolitiktheorie

In den mittlerweile zahlreichen Studien liberaler Außenpolitikforschung, die sich in den letzten drei Jahrzehnten mit den unterschiedlichen Einflüssen staatlicher wie gesellschaftlicher Akteure, Institutionen und Strukturen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess befasst haben, wurde eine Vielzahl an potentiellen Erklärungsfaktoren für das außenpolitische Verhalten von Staaten identifiziert, jedoch bisher nur unzureichend systematisiert:

„While most scholars have a clear idea of what counts in the international environment, they are far less precise as to what they mean by ‘domestic politics’ as an explanatory variable. ‘Domestic politics’ is often used as a catch-all notion covering almost everything from psychological predispositions of top-decision-makers and bureaucratic politics within a government to party politics, business interest, public opinion, and interest groups” (Müller/Risse-Kappen 1993: 32f.).

Den vielfältigen Erklärungsversuchen ist zwar gemein, dass sie mit der Öffnung der Analyseinheit „Staat“ diesen nicht mehr als einheitlichen Akteur betrachten und infolgedessen die Bestimmungsfaktoren von Außenpolitik nicht auf der systemischen Ebene, sondern im internen Umfeld der Staaten verorten. Von diesem kleinsten gemeinsamen Nenner einmal abgesehen, unterscheiden sich die Ansätze jedoch sowohl hinsichtlich der analytischen Tiefe, in der sie interne Handlungsanreize und -konstellationen konzeptualisieren als auch hinsichtlich der Berücksichtigung des Zusammenwirkens staatlicher und gesellschaftlicher Akteure und Strukturen bei der Erklärung außenpolitischer Entscheidungen.

Die Ansätze können dabei idealtypisch entlang eines Staat-Gesellschaft-Kontinuums eingeordnet werden (Skidmore/Hudson 1993: 6f.). Dessen eines Ende wird durch die sogenannten „strong statist“-Ansätze besetzt, deren zentraler Analyseschwerpunkt auf den Akteuren, Institutionen und Strukturen des Regierungsapparats liegt. Diesen Faktoren wird in den Erklärungen von Außenpolitik eine autonome Kausalwirkung zugeschrieben, während Einflüsse aus dem gesellschaftlichen Umfeld weitestgehend unberücksichtigt bleiben. Als Beispiele für eine solche stark staatsorientierte Perspektive in der liberalen Außenpolitikforschung können unter anderem die Modelle der „Bürokratischen Politik“ und des „Organisatorischen Prozesses“ von Graham T. Allison und Philip Zelikow angeführt werden (Allison/Zelikow 1999; vgl. Schneider 1997). Während der Ansatz „Bürokratischer Politik“ Außenpolitik als Resultat von Interaktions- und Aushandlungsprozessen zwischen einzelnen Regierungs- und Bürokratieangehörigen versteht, die als „Spieler“ jeweils unterschiedliche Ziele, Interessen und Posi-

²⁷ Ein aktueller Literaturüberblick, der den Stand der Außenpolitikforschung aus anglo-amerikanischer Perspektive aufarbeitet, findet sich bei Valerie Hudson (2005).

tionen vertreten und durchsetzen wollen (Hellmann et al. 2006: 141f.; vgl. Krell 2004: 219ff. und Haftendorn 1990: 412), stehen im Zentrum von „Organisational Behaviour“ verschiedene kollektive Regierungsinstitutionen und deren Handeln nach festgelegten Mustern und Rollen.²⁸ In der Gegenüberstellung der Ansätze betont Gert Krell, dass beide Modelle mit ihrer Konzentration auf bürokratische oder organisationsinterne Interessen in ihren Erklärungen außenpolitischen Verhaltens in der „Eigendynamik des staatlichen Entscheidungsprozesses“ verhaftet bleiben (Krell 2004: 219).²⁹

Im Gegensatz dazu ist das andere Ende des Staat-Gesellschaft-Kontinuums durch Ansätze gekennzeichnet, die vorrangig gesellschaftliche Strukturen, Akteure und deren Interessen als zentrale Bestimmungsfaktoren außenpolitischer Entscheidungen identifizieren. Staatlichen Akteuren, Institutionen und Strukturen hingegen kommt in diesen stark gesellschaftsorientierten Ansätzen lediglich eine untergeordnete Rolle als bloße „Ausführungsorgane“ gesellschaftlicher Anforderungen zu (Bienen/Freund/Rittberger 1999: 6). Als Beispiele für diese Perspektive können Arbeiten genannt werden, die sich unter anderem mit dem Einfluss der Öffentlichkeit (u.a. Holsti 2002, 1996; Powlock/Katz 1998) oder von Interessengruppen (u.a. Dietrich 1999) beschäftigen und diesen eine maßgebliche Erklärungskraft für außenpolitische Entscheidungen beimessen.

Zusammenfassend fällt auf, dass sowohl stark staats- als auch stark gesellschaftsorientierte Ansätze durch ihre verengte analytische Fokussierung die Strukturen, Akteure und Prozesse der jeweils anderen Perspektive sowie deren möglicherweise komplexes Zusammenwirken bei der Erklärung staatlichen Außenverhaltens a priori von ihrer Betrachtung ausschließen. Im Gegensatz dazu sollen nun folgend drei Ansätze liberaler Außenpolitiktheorie vorgestellt werden, die außenpolitische Entscheidungsprozesse differenzierter betrachten und im Rahmen ihrer Analyse, unter jeweils unterschiedlichen Bezugspunkten, den Versuch unternehmen, die beiden Pole des Kontinuums miteinander zu verbinden und dabei verschiedene Bestimmungsfaktoren zu verknüpfen. Bei der Darstellung wird besonders darauf geachtet, wie die Rolle und Kompetenz von Parlamenten, die gleichermaßen Träger gesellschaftlicher Interessen sowie Teil des politischen Systems sind, bei der Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse und der Erklärung staatlichen Außenverhaltens berücksichtigt werden.

3.3 Parlamente im außenpolitischen Entscheidungsprozess: eigenständige Akteure oder strukturelle constraints?

Zunächst wird die häufig als „analytisch-theoretisch bedeutendster Beitrag“ liberaler Theoriebildung bezeichnete Arbeit Andrew Moravcsiks (1992, 1997, 1998) vorgestellt (Boekle/Stahl 2003: 10). Im Zentrum dieses akteurspezifischen Analyseansatzes stehen die an der Maximierung des Eigennutzens orientierten Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Individuen

²⁸ „Modell 2 [...] schaut darauf wie Routineverhalten („standard operating procedures“) von Großorganisationen die Auswahl von Handlungsoptionen einschränkt und die Ausführung von Entscheidungen im Sinne einer optimalen Zielerfüllung beeinträchtigt“ (Krell 2004: 222).

²⁹ Vgl. für eine aktuelle Anwendung der beiden Ansätze beispielsweise die Studie von Thomas Jäger und Kai Oppermann (2005), in der die Geschehnisse zwischen dem 11. September 2001 und dem Irakkrieg 2003 aus Sicht bürokratie- und organisationstheoretischer Modelle analysiert werden.

und Gruppen, die im Rahmen von innerstaatlichen Interessenvermittlungsprozessen gegeneinander um die Durchsetzung ihrer Interessen konkurrieren. Die „Strukturen, Institutionen und Prozesse der Interessenvermittlung“ zwischen Staat und Gesellschaft bilden dabei, so Moravcsik, einen strukturierenden Aktionsrahmen, innerhalb dessen sich die rational handelnden gesellschaftlichen Gruppen bewegen und „die Möglichkeiten von Akteuren, ihre politischen Präferenzen im Politikentwicklungsprozess durchzusetzen [beeinflussen]“ (Bienen/Freund/Rittberger 1999: 4). Die Interessen, die sich im Rahmen des innerstaatlichen Aushandlungsprozesses durchsetzen, bestimmen die von der Regierung nach außen vertretene außenpolitische Präferenzordnung und erklären damit letztlich staatliches Außenverhalten: „Staaten (oder andere politische Institutionen) stellen einen Teil der Gesellschaft insgesamt dar und sind daher auch lediglich ein Transmissionsriemen dominanter gesellschaftlicher Interessen“ (Schieder 2003: 176).

Gemessen an der Rolle des Staates, der hier als „Ausführungsorgan“ gesellschaftlicher Präferenzen abgebildet wird, während die Interessen des Regierungsapparats gänzlich ausgespart bleiben, wäre Moravcsiks Ansatz zu den bereits oben erwähnten stark gesellschaftszentrierten Ansätzen zu rechnen. Der Unterschied zu dieser Perspektive und die Besonderheit seines Erklärungsmodells liegt jedoch in der differenzierten Konzeptualisierung des Austrags der innerstaatlichen Interessensvermittlung, in deren Bezugsrahmen die Institutionen und Strukturen des jeweiligen politischen Systems die Durchsetzungsfähigkeit der einzelnen Akteure maßgeblich beschränken oder befördern.

Moravcsik unterscheidet in diesem Zusammenhang den ideellen, den kommerziellen und den republikanischen Liberalismus als drei unterschiedliche Theorievarianten, in deren Mittelpunkt jeweils unterschiedliche Bestimmungsfaktoren außenpolitischer Präferenzbildung stehen (Schieder 2003: 4).³⁰ Während in der ideellen Variante der Wettbewerb zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Normen und Werten eine zentrale Rolle spielt und im kommerziellen Liberalismus hauptsächlich der Widerstreit zwischen wirtschaftlichen Interessengruppen im Vordergrund steht, setzt sich der republikanische Liberalismus mit der strukturell-institutionellen Ausgestaltung der Interessenvermittlung und -durchsetzung auseinander. Hier thematisiert Moravcsik unterschiedliche innerstaatliche Partizipations- und Repräsentationsmodi, die den Einflussgrad gesellschaftlicher Interessen auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess und die Präferenzbildung bestimmen. Er geht davon aus, dass, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen über eine ähnlich große Teilhabe an der Interessenvermittlung und Entscheidungsfindung verfügen, in der Folge eher mit einem kooperativen und wenig aggressiven staatlichen Außenverhalten zu rechnen ist. Wenn hingegen die Vermittlungsstrukturen durch ungleiche Beteiligungschancen geprägt sind und den Einfluss der Partikularinteressen privilegierter Interessengruppen befördern, dann rechnet er mit eher unkooperativem und aggressivem Außenverhalten. Hinsichtlich der außenpolitischen Präferenzordnung demokratischer Staaten geht Moravcsik grundsätzlich von einem kooperativen Außenverhalten aus, da er annimmt, dass die gesellschaftlichen Teilhabe- und Einflussmöglichkeiten auf den Entscheidungsprozess innerhalb dieses Systemtyps immer gleichmäßig verteilt sind.

³⁰ Für die folgenden Ausführungen siehe Schieder (2003: 178-189).

In Auseinandersetzung mit der Problematik internationaler Verhandlungsprozesse beschäftigt sich Moravcsik unter Bezugnahme auf Putnams Zwei-Ebenen-Modell allerdings auch kritisch mit den gesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten der Exekutive im Bereich der Außenpolitik:

„Die Fähigkeit gesellschaftlicher Gruppen, die Exekutive in der Außenpolitik zu kontrollieren hängt nach Moravcsik davon ab, ob sie mit Hilfe von Verfahren die politische Agenda kontrollieren (Initiative) und den Entscheidungsprozess beeinflussen können (Institutionen), ob sie über genügend Informationen bezüglich der Handlungsoptionen der Exekutiven verfügen und ob sie andere innerstaatliche Gruppen von ihren Politikinhalten überzeugen können (Ideen) [...]. Entscheidend ist also das Kräfteverhältnis zwischen Exekutive und gesellschaftlichen Gruppen“ (Schieder 2003: 188).

Moravcsik vermutet, dass, gerade im Rahmen internationaler Kooperation, die Regierungen den Einfluss und die Kontrollmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen mittels unterschiedlicher Strategien begrenzen können und damit in der Lage sind, ihren eigenen Gestaltungsspielraum deutlich zu erweitern.

Neben der Vernachlässigung der Akteure des politisch-administrativen Systems wird an Moravcsiks Analyseansatz generell kritisiert, dass einerseits unklar bleibt, welche Akteursinteressen sich im Rahmen des innerstaatlichen Interessenvermittlungsprozesses aus welchen Gründen in bestimmten Situationen durchsetzen. Andererseits wird ebenfalls nicht näher spezifiziert, in welchem Verhältnis die drei Theorievarianten bei der Erklärung außenpolitischer Entscheidungen zueinander in Bezug stehen (Harnisch 2002: 17; vgl. Bienen/Freund/Rittberger 1999). Im Hinblick auf die Rolle von Parlamenten im außenpolitischen Entscheidungsprozess ist anzumerken, dass ihre Bedeutung als institutionell-struktureller Faktor grundsätzlich in der Theorievariante des republikanischen Liberalismus, der sich mit den Strukturen der innerstaatlichen Interessenvermittlung und -durchsetzung beschäftigt, berücksichtigt werden kann. Eine differenzierte und systematische Auseinandersetzung mit unterschiedlich ausgestalteten Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative und deren Wirkung auf das außenpolitische Verhalten von Staaten hat bisher allerdings noch nicht stattgefunden.

Mit dem Konzept des „Decision-Making“ soll ein weiterer akteurspezifischer Ansatz liberaler Außenpolitikforschung vorgestellt werden, dessen zentraler Bezugspunkt, ganz im Gegensatz zu Moravcsik, in den Interessen und Interaktionen der Akteure des politischen Systems zu verorten ist. Die Wurzeln dieses Ansatzes reichen bis in die Mitte der 1950er Jahre auf die für die Disziplin paradigmatischen Arbeiten Richard Snyders und seiner Kollegen (1954/1963) zurück, die das Handeln staatlicher Entscheidungsträger in den Mittelpunkt der Außenpolitikanalyse stellten.³¹ In Anlehnung und Auseinandersetzung mit diesen frühen Studien, entwickelten sich in den darauf folgenden zwei Jahrzehnten unter anderem die Ansätze des „Groupthink“ von Janis (1972) oder das bereits erwähnte Modell der „Bureaucratic Politics“ (Hagan 2001: 5). Nachdem das „Decision-Making“ im Laufe der 1980er Jahre vor allem

³¹ „We adhere to the nation-state as the fundamental level of analysis, yet we have discarded the state as a meta-physical abstraction. By emphasizing decision-making as a central focus we have provided a way of organizing the determinants of action around those officials who act for the political society“ (Snyder et al. 1954/1962: 53, zitiert nach Hudson 2005: 6).

durch systemische Theorieansätze verdrängt wurde, fand das Konzept zu Beginn der 1990er wieder mehr Beachtung und wurde vor allem durch die Arbeiten Margaret Hermanns in vielfältiger Hinsicht ausdifferenziert (vgl. u.a. Hermann 1993, 2001). Zwar ist der Ansatz des „Decision-Making“ weiterhin durch eine am Staat orientierte Perspektive geprägt, jedoch hat das Konzept sowohl im Hinblick auf die Zahl und Qualität der untersuchten Akteure als auch den Miteinbezug von Strukturen gerade in jüngster Zeit eine deutliche Erweiterung erfahren. Zu den Akteuren, deren Einfluss auf die Außenpolitikgestaltung analysiert wird, zählen heute neben Staatsführern, Kabinettsmitgliedern und Bürokratien auch Legislativen und Parteifractionen sowie neuerdings sogar gesellschaftliche Kräfte wie Interessengruppen. Gemäß der zentralen Annahme des „Decision-Making“-Ansatzes vollzieht sich Akteurshandeln jeweils in Abhängigkeit von der spezifischen außenpolitischen Problemstellung im Rahmen unterschiedlich konfigurierter „Entscheidungseinheiten“:

„Policy is made by people configured in various ways depending on the nature of the problem and the structure of the government. Indeed, we argue that there is within any government an individual or a set of individuals with the ability to commit the resources of the society and, when faced with a problem, the authority to make a decision that cannot be readily reversed. We call these set of decision-makers the ‘authoritative decision unit’ [...]“ (Hermann 2001: 48).

In ihrer kleinsten Form kann eine Entscheidungseinheit nur aus einer Führungsperson, dem „predominant leader“, bestehen, dem entweder durch Verfassung, Gesetze oder entsprechende Praktiken die autoritative Entscheidungsmacht zukommt. Dabei wird angenommen, dass insbesondere Faktoren wie die Persönlichkeit, der Führungsstil oder die Umweltsensibilität der jeweiligen Führungsperson die konkrete Ausgestaltung des Entscheidungsprozesses sowie das Politikergebnis bestimmen (vgl. u.a. Hermann et al. 2001 und Byman/Pollack 2001; Kaarbo/Hermann 1998)³². Eine Entscheidungseinheit kann aber auch eine einzelne, klar abgrenzbare Gruppe von Akteuren umfassen, die über die Entscheidungsautorität in außenpolitischen Angelegenheiten verfügt. Die Akteure einer solchen „single group“ gehören einer einzigen Institution an, in der sie sich untereinander über den jeweils einzuschlagenden politischen Handlungskurs beraten und anschließend gemeinsam eine Entscheidung treffen (vgl. u.a. Hermann et al. 2001; T’Hart/Stern/Sundelius 1997). Darüber hinaus kann eine Entscheidungseinheit auch durch eine Koalition mehrerer eigenständiger politischer oder administrativer Akteure geprägt sein, die, für sich allein betrachtet, nicht über ausreichende Handlungsbefugnisse verfügen, sondern nur durch Kooperation zu einer autoritativen Entscheidung gelangen können. So sind beispielsweise einzelne sonst unabhängig organisierte Akteure wie Regierungsmitglieder, Vertreter aus Ministerien oder Fraktionsgruppen im Parlament zur Zusammenarbeit und Einigung gezwungen, wenn eine Entscheidung zustande kommen soll.

Grundsätzlich bietet der „Decision-Making“-Ansatz einen offenen Analyserahmen, in dem von Entscheidung zu Entscheidung jeweils die befugte „decision unit“ zur Erklärung identifiziert werden muss. Im Unterschied zu früheren Arbeiten liegt der Analysefokus nun nicht mehr ausschließlich auf dem Handeln der Regierung oder der Bürokratien, sondern die

³² Bei Keller (2005) findet sich eine Verknüpfung des „Leadership Style“-Ansatzes mit der monadischen Theorieversion des „demokratischen Friedens“. Für eine Anwendung auf den IrakKrieg 2003 vgl. u.a. Shannon/Keller (2007) und Dyson (2006).

jeweils notwendige Konfiguration der relevanten Entscheidungsträger ermöglicht es, selbst unterschiedlichste Akteure in ein Modell zu integrieren. Durch diese Weiterentwicklung können gerade im Hinblick auf Koalitionsbildungsprozesse auch Einflüsse aus dem gesellschaftlichen Umfeld bei der Erklärung des Außenverhaltens mitberücksichtigt werden.³³ Zum anderen bietet das Konzept grundsätzlich die Möglichkeit, im Gegensatz zu den stark staats- oder gesellschaftsorientierten Ansätzen, die Rolle von Parlamenten im Bereich der Außenpolitik analytisch zu erfassen. Indes scheint die Ausdifferenzierung des Ansatzes diesbezüglich an ihre Grenzen zu stoßen, denn für eine umfassende Untersuchung parlamentarischer Kompetenzen im Rahmen außenpolitischer Entscheidungsprozesse erweist sich das Modell bislang noch als unzureichend. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass bei der Identifizierung der Entscheidungseinheit immer nur diejenigen Akteure als relevant berücksichtigt werden, die im jeweils vorliegenden Problemfall über autoritative Entscheidungsmacht verfügen. So kann der Akteur „Parlament“ entweder nur in seiner Gesamtheit (als „single group“) oder aus der Perspektive der jeweils für eine Entscheidung notwendigen (Regierungs-) Mehrheit (als „coalition“) analytisch erfasst werden. Da eine weiterreichende differenzierte Betrachtung von Regierungsmehrheit und Opposition bisher nicht vorgesehen ist, bleibt die Analyse in der Folge auf einen Ausschnitt der jeweils möglichen Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative beschränkt. In der Konsequenz können weder Art noch Umfang parlamentarischer Oppositionsrechte noch die Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Exekutive systematisch erfasst und bezüglich ihres Einflusses auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess untersucht werden.

Wenn auch aus dem „Decision-Making“-Ansatz aufgrund seines offenen Analyserahmens und der Konzentration auf den Entscheidungsprozess nur ansatzweise Aussagen über den konkreten Inhalt von Außenpolitik abgeleitet werden können, so ergeben sich aus der jeweiligen Dynamik der innerhalb der politischen Entscheidungseinheiten ablaufenden Prozesse dennoch Rückschlüsse auf den Inhalt der Entscheidung. Hermann nimmt unter anderem an, dass ein Zusammenhang zwischen der Konzentration der Entscheidungsmacht in den Händen einer kontextunempfindlichen Einzelperson oder Gruppe und einem eher aggressiveren Außenverhalten besteht. Im Gegensatz dazu geht sie davon aus, dass die starke Fragmentierung von Entscheidungsmacht eher zu einem kooperativen Außenverhalten führt, da im Rahmen von Koalitionsbildungsprozessen Entscheidungen häufig im Kompromiss gefunden werden müssen (Hermann 2001: 68ff.).

Der amerikanische Politikwissenschaftler Joe D. Hagan hat den „Decision Making“-Ansatz jüngst an Kriegsentscheidungen, dem Kernbereich der Außen- und Sicherheitspolitik, zur Anwendung gebracht und gezeigt, dass die Entscheidungsmacht auch in Krisensituationen häufig zwischen einzelnen Akteuren des politisch-administrativen Systems verteilt ist (Hagan 2001). Anhand der Untersuchung dreier historischer Fälle macht Hagan zum einen deutlich,

³³ Als Beispiele für gesellschaftliche Akteure werden von Hermann unter anderem Interessengruppen und Kirchen genannt: “These nongovernmental actors must regularly engage in the decision-making process on certain issues or have the power to veto to reverse government decisions to be considered part of the decision unit. Their veto or override authority may be based in law but more probably is the result of the entity’s ability to block or alter the implementation of a decision because it controls key resources or has moral authority in particular matters” (Hermann 2001: 62).

dass die jeweiligen Entscheidungsstrukturen, die die Konfiguration der Akteure in der relevanten Entscheidungseinheit bestimmen, mitunter sehr komplex ausgestaltet sein können. Zum anderen gelingt es ihm zu zeigen, dass sich demokratische Systeme im Hinblick auf die Ausprägung ihrer außenpolitischen Entscheidungsstrukturen deutlich voneinander unterscheiden:

„[D]ecision structures and their dynamics are not a direct function of internal regime structure – such as democracy and democratization, in fact, decision structures can vary even within the same type of regime structure, predominant leaders are found not only in totalitarian regimes [...] and fragmentation of authority occurs not just in established democratic systems” (Hagan 2001: 35).

In seiner Untersuchung findet Hagan im Weiteren Belege, welche die Annahmen des „Decision-Making“-Ansatzes über den Zusammenhang zwischen der Struktur der Entscheidungseinheit, der Art und Dynamik der Auseinandersetzung im Rahmen des Entscheidungsprozesses und dem konkreten Politikergebnis bestätigen: „Even though wide-ranging debates occurred in most of the political systems, the structure of the decision unit governed the extent to which such debates were considered in the final decision to commit to war“ (Hagan 2001: 30).

Bereits in früheren Arbeiten hat sich Hagan speziell mit der Wirkung von Koalitionsbildungsprozessen und dem spezifischen Einfluss politischer Oppositionsgruppen auf staatliches Außenverhalten beschäftigt (Hagan 1993, 1995). Unter Bezugnahme auf Putnam (1988, 1993) erweitert er dessen Konzept der „two-level games“ und versucht zu zeigen, dass Entscheidungsträger im politischen Prozess nicht allein mit Einflüssen aus einem dichotomisch voneinander abzugrenzenden inneren und äußeren Umfeld konfrontiert werden, sondern dass sie bereits innerhalb des politischen Systems selbst gezwungen sind, in sogenannten „dual political games“ zu spielen. Für Hagan entstehen diese „doppelten Spiele“ durch die zentralen Handlungserfordernisse der Koalitionsbildung, die er als notwendige Voraussetzung für die Unterstützung politischer Initiativen und des Erhalts politischer Macht zur Sicherung des politischen Überlebens bewertet. Diese beiden Handlungsimperative müssen jeweils in unterschiedlichen Oppositions-Arenen umgesetzt werden: „[R]ecognition of these dual political games suggests that conceptualizations of domestic opposition need to be cast in a way that taps actors in multiple arenas of the political system“ (Hagan 1995: 126).

Für Hagan ergeben sich Art, Umfang und Intensität politischer Opposition dabei aus dem Grad der Fragmentierung der Entscheidungsmacht zwischen der Exekutive und anderen politischen Institutionen sowie dem Grad der Polarisierung zwischen den verschiedenen Akteuren im Hinblick auf eine spezifische außenpolitische Thematik: „A broad assessment of domestic political influences must consider constraints of both divisions within the leadership (and its support groups) and those of groups and movements in the wider political environment that threatens its hold on power“ (Hagan 1995: 126f.).

Hagan macht im Weiteren deutlich, dass politische Entscheidungsträger dem Druck, der auf den Oppositions-Ebenen in unterschiedlicher Stärke ausgeübt wird, auf verschiedene Weise begegnen können. Er identifiziert diesbezüglich drei alternative Strategien, von denen er annimmt, dass sich ihre Anwendung jeweils unterschiedlich auf die Außenpolitik eines

Staates auswirkt.³⁴ Die Strategie der „Accomodation“ stellt das Interesse der Entscheidungsträger an Verhandlungen und einer Einigung mit den oppositionellen Kräften in den Mittelpunkt. Tiefgreifende Kontroversen sollen durch den Ausgleich verschiedener Positionen und die Suche nach Kompromisslösungen vermieden werden, woraus nach Hagan eine eher eingeschränkte und wenig risikoreiche Außenpolitik resultiert. Im Rahmen der „Mobilization“-Strategie reagieren politische Entscheidungsträger auf Anforderungen der Opposition, indem sie versuchen, ihre Legitimität zu festigen und neue Unterstützung für ihre Regierung und Politik zu gewinnen. Der Autor verweist hier beispielsweise auf die Möglichkeit patriotischer Appelle und Schuldzuweisungen nach Außen sowie auf die Betonung besonderen Fähigkeiten bei der Wahrung der Interessen des Staates seitens der politischen Führung. Während das außenpolitische Verhalten hierbei meist auf Drohgebärden und/oder Handlungsversprechen beschränkt bleibt, kann es im Extremfall jedoch auch zur Anwendung äußerer Gewalt kommen. Schließlich umfasst die Strategie der „Insulation“ Versuche, die Aufmerksamkeit der Opposition von einem bestimmten außenpolitischen Thema abzulenken und dieses dadurch zu isolieren. Um dies zu erreichen können die Entscheidungsträger unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, die vom „Zuckerbrot“ der Konzessionen bis zur „Peitsche“ der direkten Unterdrückung reichen.

In einer quantitativen Studie kommt Hagan zu dem Schluss, dass die von ihm untersuchten komplexen Spiel- und Strategiemuster zwischen Regierung und Opposition nicht allein die Außenpolitikformulierung in demokratischen Staaten auf unterschiedliche Weise beeinflussen, sondern auch auf andere nationale settings übertragen werden können. Der Autor geht nicht von einer strukturell angelegten friedfertigen Vordeterminiertheit demokratischer Systeme aus, die quasi per se ein weniger risikoreiches und gewaltvermeidendes äußeres Konfliktverhalten zeigen als andere Staaten. Er betont vielmehr, dass gerade innerhalb des Regimetyps „Demokratie“ teils erhebliche Unterschiede im Hinblick auf die Art sowie Intensität des Einflusses der Opposition auf den außenpolitischen Entscheidungsprozess zu erkennen sind und dass diese Unterschiede bei der Erklärung der Varianz des äußeren Konfliktverhaltens von Demokratien miteinbezogen werden müssen: „That democracies should face opposition is not surprising; what is interesting here is that the level of political constraints, as well as the magnitude of their foreign policy effects, varies substantially among democracies“ (Hagan 1995: 120).

Nachdem nun zwei akteurspezifische Stränge liberaler Theoriebildung vorgestellt wurden, soll im Folgenden mit dem Konzept der Politiknetzwerke auf einen Analyseansatz eingegangen werden, der sich in Auseinandersetzung mit strukturellen Erklärungen außenpolitischen Verhaltens entwickelt hat. Dabei wird insbesondere die bereits seit Mitte der 1970er Jahre bekannte Unterscheidung zwischen starken und schwachen Staaten aufgegriffen und ausdifferenziert (Harnisch 2002: 18). Die Schwäche bzw. Stärke eines Staates ergibt sich jeweils aus dem Grad der Unabhängigkeit politischer Entscheidungsträger von Einflüssen aus dem gesellschaftlichen Umfeld (u.a. Katzenstein 1976; Krasner 1978; Mastaduno et al. 1989). Skidmore und Hudson ordnen diesen Ansatz auf ihrem Staat-Gesellschaft-Kontinuum den „weak versions of statism“ zu, da er zwar das Zusammenwirken gesellschaftlicher und staatli-

³⁴ Die folgenden Ausführungen orientieren sich an Hagan (1995: 127ff.).

cher Strukturen untersucht, jedoch den gesellschaftlichen Einflüssen keine eigenständige kausale Bedeutung beimisst (Skidmore/Hudson 1993: 8f).³⁵ Das politische System bleibt die zentrale Bezugsgröße und die Zentralisierung bzw. Dezentralisierung politischer Strukturen und Institutionen steht im Mittelpunkt der Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses:

„Ein ‚schwacher Staat‘ wird von der Gesellschaft dominiert; die für die Außenpolitik Zuständigen sind in vielfältiger Weise von der öffentlichen Meinung, von Interessengruppen, vom *Parlament* (Hervorhebung d. Autorin) und von innenpolitisch orientierten Bürokratien in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt. Infolgedessen kann der Handlungsspielraum im internationalen System nicht voll ausgeschöpft werden. Im ‚starken Staat‘ hingegen genießen zumindest die außenpolitischen Entscheidungsträger des politischen Systems eine gewisse Autonomie gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen“ (Müller/Risse-Kappen 1990: 383).

An dieser Kategorisierung subsystemischer Strukturen wird vor allem kritisiert, dass der eigentliche Ablauf des außenpolitischen Entscheidungsprozesses, in dem sich bestimmte Interessen und Präferenzen gegen andere durchsetzen, weitestgehend unterspezifiziert bleibt und so letztlich keine Aussage über konkrete Politikinhalte gemacht werden kann: „Prognosen über das außenpolitische Verhalten von Staaten werden unmittelbar aus der Stärke oder Schwäche des politisch-administrativen Teilsystems, d.h. einem strukturellen Merkmal abgeleitet“ (Bienen/Freund/Rittberger 1999: 5f.; vgl. Risse-Kappen 1991: 484f.). So bleibt zum Beispiel gerade hinsichtlich der Rolle von Parlamenten unklar, auf welche Weise und in welchem Ausmaß sie in der Lage sind, den außenpolitischen Handlungsspielraum der Exekutive in starken bzw. schwachen Staaten zu beeinflussen und ob daraus eine spezifische Wirkung auf den Inhalt von Außenpolitik abgeleitet werden kann.

Thomas Risse hat sich Anfang der 1990er in seinem Aufsatz „Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies“ mit dem Zusammenhang von öffentlicher Meinung, innerstaatlichen Strukturen und Koalitionsbildungsprozessen bei der Erklärung des außenpolitischen Verhaltens von Demokratien beschäftigt. Er stellt zunächst fest, dass der oben beschriebene Ansatz, welcher nach dem Grad der Zentralisierung staatlicher Institutionen zwischen starken und schwachen Staaten unterscheidet, wegen seiner Vereinfachung nicht überzeugen kann. In Anlehnung an Arbeiten Peter Gourevitchs (1986) und Peter Katzensteins (1985) schlägt Risse daher vor, den strukturell-institutionellen Ansatz durch eine Untersuchung der Koalitionsbildungsprozesse, die innerhalb der Gesellschaft und des politischen Systems eines Staates ablaufen, zu ergänzen:

„These approaches focus on the ‘policy networks’, that is, the mechanisms and processes of interest representation by political parties and interest groups that link the societal environment to the political systems. This concept emphasizes the ability of political actors to build consensus among relevant elite groups in support of their policies“ (Risse-Kappen 1991: 485).

³⁵ „[I]n most instances, analysts in this tradition limit themselves to the observation that weak states, in contrast with strong ones, are vulnerable to societal pressures which affect policy without specifying theoretically the source, nature, or content of the pressures that societal forces bring to bear“ (Skidmore/Hudson 1993: 5).

Um außenpolitische Entscheidungen zu erklären müssen drei Analyseschritte unternommen werden: Zunächst ist zu ermitteln, in welchem Maß die Entscheidungsmacht in den Händen der Exekutive konzentriert ist: „Is executive power concentrated in the hands of one decision maker [...] who controls the bureaucratic infighting among government agencies? To what extent can the government control the legislative process?“ (Risse-Kappen 1991: 486). In diesem Zusammenhang wird auch auf die Bedeutung von Parlamenten als Institutionen des politischen Systems hingewiesen, ihre unterschiedlichen Mitwirkungs- und Kontrollkompetenzen im außenpolitischen Entscheidungsprozess werden jedoch nicht differenziert untersucht. Nachdem der Zentralisierungsgrad der politischen Entscheidungsstrukturen bestimmt ist, muss als nächstes die Stärke der gesellschaftlichen Opposition sowie ihr Polarisierungs- und Mobilisierungsgrad herausgearbeitet werden. Im Anschluss daran werden die in den ersten beiden Schritten als relevant bestimmten staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen durch die Analyse von Koalitionsbildungsprozessen innerhalb von Politiknetzwerken zueinander in Beziehung gesetzt: „The structures of the society and the political system determine the size and strength of policy coalitions needed to create the support basis for specific policies“ (Risse-Kappen 1991: 485). Die Netzwerke können je nach dem Zentralisierungsgrad staatlicher Institutionen und der Stärke sowie Spaltung gesellschaftlicher Gruppen entweder staats- oder gesellschaftsdominiert sein. Wenn sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Strukturen ähnlich stark ausgeprägt sind, bezeichnet Risse den Netzwerkcharakter mit dem Begriff des „democratic corporatism“. In diesem Fall sind Aushandlungsprozesse zwischen politischen und gesellschaftlichen Akteuren und Kompromisslösungen in der außenpolitischen Entscheidungsfindung eher wahrscheinlich.

Risse untersucht das Zusammenwirken der erläuterten drei Faktoren anhand der Länderbeispiele der USA, Frankreichs, Westdeutschlands und Japans. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die Öffentlichkeit zwar jeweils eine Rolle in den untersuchten Koalitionsbildungsprozessen spielt, dass der Einfluss dieses Faktors auf das außenpolitische Verhalten eines Staates jedoch durch die von Fall zu Fall unterschiedlich ausgeprägten entweder staats- oder gesellschaftsdominierten Politiknetzwerke bedingt wird.

Das Konzept der Politiknetzwerke ist vor allem im Rahmen des von Volker Rittberger und Kollegen entworfenen utilitaristisch-liberalen Analysesatzes zur Erklärung der deutschen Außenpolitik nach der Wiedervereinigung (Freund/Rittberger 2001; Bienen/Freund/Rittberger 1999) weiterentwickelt und ausdifferenziert worden.³⁶ An den bisherigen – entweder akteur-spezifisch oder strukturell determinierten – Erklärungsansätzen liberaler Außenpolitiktheorie wird zunächst besonders deren Festlegung auf bestimmte staatliche oder gesellschaftliche Akteure und Strukturen sowie die Ausblendung von Interessenvermittlungsprozessen, die Aussagen über spezifische Politikinhalt ermöglichen könnten, kritisiert. Als Alternative bieten die Autoren ein „heuristisches Modell“ an, mithilfe dessen die von Bereich zu Bereich divergierenden, für den Entscheidungsprozess relevanten gesellschaftlichen bzw. privaten und politisch-administrativen Netzwerkakteure bestimmt werden. Daran schließt sich in einem nächsten Schritt die Identifizierung der außenpolitischen Präferenzen der Netzwerkakteure an, bevor abschließend anhand der jeweiligen Ausprägung der Interessenvermittlungsstrukturen

³⁶ Zu den folgenden Ausführungen siehe Bienen/Freund/Rittberger (1999: 9ff.).

untersucht wird, welche Akteure sich mit ihren Präferenzen bei der Entscheidungsfindung durchsetzen. Unter Bezugnahme auf den Grad der Autonomie der durchsetzungsfähigen politisch-administrativen Akteure gegenüber gesellschaftlichen Akteuren³⁷ entwickeln die Autoren eine vierstufige Netzwerktypologie, anhand derer außenpolitische Prozesse analysiert werden und aus denen sich bestimmte Verhaltensprognosen ergeben. Die unterschiedlichen Netzwerke werden dabei entweder von politisch-administrativen oder gesellschaftlichen Akteuren dominiert oder gleichberechtigt geleitet.

An dieser Fortführung des Netzwerkkonzeptes im Rahmen utilitaristisch-liberaler Theoriebildung wird hauptsächlich kritisiert, dass den jeweils identifizierten Netzwerkakteuren bestimmte Interessen und Präferenzen zugeschrieben werden. So orientieren sich gesellschaftliche Akteure wie Interessengruppen und Unternehmen beispielsweise grundsätzlich an materiellen Gewinnen, wohingegen politisch-administrative Netzwerkakteure in erster Linie an immateriellen Gewinnen, wie zum Beispiel einer Erweiterung ihrer politischen Kompetenzen, interessiert sind (Harnisch 2002: 18). Damit zusammenhängend wird auch die Ableitung bestimmter Verhaltensprognosen aus den jeweiligen Interessenvermittlungsstrukturen als problematisch erachtet. Auf die Rolle und die Kompetenzen von Parlamenten im außenpolitischen Entscheidungsprozess wird im Rahmen des von Rittberger et al. präsentierten Netzwerkansatzes ebenfalls nicht weiter differenziert eingegangen. Vielmehr zählen Parlamente zu den politischen Netzwerkakteuren, denen per se ein Interesse am Ausbau ihrer Entscheidungskompetenzen unterstellt wird.

Im vorliegenden Kapitel ist deutlich geworden, dass die in den letzten Jahren in der Außenpolitikforschung entwickelten Stränge liberaler Theoriebildung bei der Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse und der Erklärung staatlichen Außenverhaltens auf eine Vielzahl unterschiedlicher Bestimmungsfaktoren zurückgreifen. Während stark staatsorientierte Ansätze wie das Modell der „Bureaucratic Politics“ einem elitenorientierten Demokratieverständnis zugeordnet werden können und gesellschaftliche Einflüsse in ihren Analysen nicht berücksichtigen, klammern im Gegensatz dazu stark gesellschaftsorientierte Erklärungen den außenpolitischen Entscheidungsprozess aus ihrer „bottom-up“-Perspektive aus und das politische System wird nur als „Ausführungsorgan“ wahrgenommen. Aus keinem der beiden Ansätze ergeben sich dabei Erkenntnisse über die Wirkung einer demokratisierten Außenpolitik und die Rolle von Parlamenten.

Darüber hinaus finden sich jedoch gerade in den Ansätzen, die von einer verengten Perspektive abweichen und ihren Analysefokus bei der Konzeptualisierung der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft erweitern und Entscheidungsprozesse differenzierter betrachten, interessante Hinweise auf die Wirkung einer Demokratisierung der Außenpolitik. So macht beispielsweise Margret Hermann im „Decision-Making“-Ansatz darauf aufmerksam, dass die Fragmentierung außenpolitischer Entscheidungsmacht zwischen mehreren Akteuren einen Einfluss auf die Dynamik der Aushandlungsprozesse innerhalb der jeweiligen Entscheidungs-

³⁷ „Eine *hohe Autonomie* politischer bzw. administrativer Akteure gegenüber privaten Akteuren liegt vor, wenn die durchsetzungsfähigen politischen und administrativen Akteure für ihre Aufgabenerfüllung nicht auf Leistungen der durchsetzungsfähigen privaten Akteure angewiesen sind. [...] Der Autonomiegrad der durchsetzungsfähigen politischen und administrativen Akteure ist *gering*, wenn sie auf Leistungen der durchsetzungsfähigen privaten Akteure angewiesen sind“ (Bienen/Freund/Rittberger 1999: 18).

einheit hat. Dies kann in der Folge zu einem weniger gewalthaltigen Außenverhalten führen als wenn die Entscheidungsmacht in den Händen einer einzelnen Person oder Gruppe konzentriert ist. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Hagan. Er zeigt an der Untersuchung von Kriegsentscheidungen, dass die Ausgestaltung außenpolitischer Entscheidungsstrukturen zwischen demokratischen Staaten teils erheblich variiert. Vor diesem Hintergrund regt Hagan dazu an, den außenpolitischen Entscheidungsprozess in demokratischen Systemen differenzierter zu analysieren und dabei besonders die Auswirkungen des Zusammenspiels zwischen Regierungsakteuren und Oppositionsgruppen bei der Erklärung außenpolitischen Verhaltens zu berücksichtigen. In früheren Arbeiten hat Hagan bereits Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen der Stärke und Struktur der Opposition und einem friedfertigeren Außenverhalten von Demokratien gefunden. Darüber hinaus machen Erklärungsansätze, die sich anhand des Konzepts der „Politiknetzwerke“ mit der Analyse außenpolitischer Entscheidungen beschäftigen, deutlich, dass sich Demokratien nach dem Grad der Zentralisierung staatlicher Strukturen und Institutionen unterscheiden.

Trotz dieser vielfältigen Erkenntnisse ist in Bezug auf das Konzept „demokratischer Außenpolitik“ zu bemerken, dass außenpolitische Entscheidungsprozesse in Hinblick auf eine Demokratisierung analytisch noch differenzierter betrachtet werden können. Die Bedeutung der Beziehung zwischen Legislative und Exekutive wird zwar thematisiert, doch eine intensive Auseinandersetzung mit parlamentarischen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten hat in den Erklärungsansätzen bisher nur in sehr geringem Maße stattgefunden. Parlamente werden zwar als Akteure erwähnt, aber gerade ihre Kompetenzen im sicherheitspolitischen Bereich werden nicht systematisch untersucht, so dass eine differenzierte und vergleichende Betrachtungsweise, auch und gerade im Hinblick auf eine möglicherweise friedensfördernde Wirkung auf staatliches Außenverhalten, noch aussteht.

Als dritter und letzter Bereich soll nun abschließend die Vergleichende Parlamentarismusforschung nach ihren Ansätzen zur Konzeptualisierung einer „demokratischen Außenpolitik“ befragt werden. Das Erkenntnisinteresse konzentriert sich dabei insbesondere auf die Analyse der Rolle von Parlamenten im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik.

4. Vergleichende Parlamentarismusforschung im Feld der Außen- und Sicherheitspolitik

Die wissenschaftlich-theoretische Beschäftigung mit der Institution Parlament hat bereits eine lange Tradition. Ihre ideengeschichtlichen Ursprünge reichen auf das Gedankengut von Demokratietheoretikern wie John Locke und Charles de Montesquieu sowie auf in der Neuzeit entwickelte Repräsentationsmodelle zurück (Marschall 2005: 32f.).³⁸ Die Annahmen dieser frühen parlamentarismustheoretischen Ansätze haben sich im Laufe der Zeit in vielfacher Hinsicht miteinander verknüpft, gegenüber zahlreichen Gegenvorstellungen behauptet und sowohl die Entwicklung moderner parlamentarisch-demokratischer Regierungsformen als auch die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung nachhaltig beeinflusst.

³⁸ Die folgenden Ausführungen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf Marschall (2005: 32-56).

Die politikwissenschaftliche Teildisziplin der Vergleichenden Parlamentarismusforschung befasst sich heute hauptsächlich mit der Untersuchung parlamentarischer Organe³⁹ im Hinblick auf die unterschiedliche Ausgestaltung ihrer Strukturen, Funktionen, Arbeits- und Verhaltensweisen sowie Kompetenzen. Durch solche Analysen werden vor allem „systematische Erkenntnisse darüber möglich, welchen Einfluss Parlamente auf die Politikformulierung und -gestaltung unter welchen strukturellen Rahmenbedingungen ausüben“, und tragen somit dazu bei, „eine empirische Theorie des Parlamentarismus [...], die Existenz und Entwicklungen, Strukturen und Funktionen von Parlamenten erklärt“, zu erarbeiten (Schüttemeyer 2003: 211).

Nach einer länger währenden Ruhephase ist das wissenschaftliche Interesse an der Vergleichenden Parlamentarismusforschung mit Beginn der 1970er Jahre durch Anregungen aus verwandten Disziplinen sowie durch die im Zuge des Endes des Ost-West-Konflikts vielfach ausgelösten politischen Umbruch- und Demokratisierungsprozesse beständig angewachsen. Gerade im letzten Jahrzehnt haben die unterschiedlichen Strömungen der Parlamentarismusforschung auf Grundlage zahlreicher neuer empirischer Studien nicht allein in thematischer, sondern auch in theoretischer und methodischer Hinsicht eine erhebliche Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung erfahren.⁴⁰ Da die mittlerweile sehr zahlreich gewordenen Ansätze der Parlamentarismusforschung an dieser Stelle nicht in ihrer Fülle dargestellt werden können, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf einen Hauptstrang der aktuellen Forschungsdiskussion. Daran anknüpfend soll im Weiteren auf die spezifische Rolle von Parlamenten in der Außen- und Sicherheitspolitik eingegangen werden.

4.1 Kontroversen in der aktuellen Forschung: Parlamentarismus als wandelbare Organisationsform oder als Auslaufmodell?

Neben dem bereits angeführten begrifflich-konzeptionellen sowie theoretischen Erkenntnisinteresse an Strukturen, Funktionen und Kompetenzen von Parlamenten setzt sich die Parlamentarismusforschung seit längerem kritisch mit den Möglichkeiten und Grenzen der politischen Steuerungs- und Leistungsfähigkeit von Parlamenten in der heutigen Zeit auseinander. Die Debatte, in deren Mittelpunkt oft höchst kontrovers über Sinn und Relevanz von Parlamentarismus als politischer Organisationsform und Parlamenten als zentralen Organen diskutiert wird, kann bereits auf einige historische Vorläufer zurückgreifen, sie entflammt jedoch in unregelmäßigen Abständen immer wieder aufs Neue (Marschall 2005: 17).

Der Diskurs ist im Wesentlichen durch zwei Argumentationslinien geprägt, die sich jeweils in unterschiedliche Nebenlinien aufteilen. Auf der einen Seite stehen dabei die Anhänger einer parlamentarischen „Verfalls- bzw. Niedergangsthese“.⁴¹ Deren Kern bildet die Annahme, dass nationale Parlamente, zum einen aufgrund innenpolitischer Faktoren, zum anderen aufgrund von äußeren Prozessen wie Europäisierung und Globalisierung, nicht mehr

³⁹ Zur Diskussion unterschiedlicher Begriffsverständnisse und Definitionen siehe unter anderem Schüttemeyer (2003: 209-211) sowie Marschall (2005: 56ff.).

⁴⁰ Einen aktuellen Überblick bietet Schüttemeyer (2003).

⁴¹ Zu den Vertretern der „Niedergangsthese“ zählen unter anderem Andersen/Burns (1996); Beyme (1998); Benz (1998); Wolf (2000, 2001); Börzel (2000).

in ausreichendem Maße in der Lage sind, die für vielschichtig strukturierte Gesellschaften und deren Bedarf an effizienten und effektiven Problemlösungen notwendigen Steuerungs- und Regelungsleistungen zu erbringen. So wird beispielsweise aus „Post-Parlamentarischer“-Perspektive argumentiert, dass Parlamente

„weder die Vielfalt der ausdifferenzierten Interessen angemessen vertreten, noch [...] über hinreichend Sachverstand und fachliche Spezialisierung [verfügen], um komplizierte Materien erfolgreich zu regeln. Parlamente [werden] überlagert, wenn nicht gar verdrängt durch neo-korporatistische Strukturen und Politiknetzwerke, in denen private und halb-private Akteure spezialisierte Interessen kompetent repräsentieren, verhandeln und Lösungen finden“ (Schüttemeyer 2003: 208).

Ob aus diesem Blickwinkel, der sich vornehmlich an Entwicklungen auf EU-Ebene orientiert, betrachtet oder in Ansätzen, die eine steigende Entparlamentarisierung am zunehmenden inneren Kompetenzverlust⁴² festmachen, beide Stränge der „Niedergangsthese“ konstatieren eine wachsende Schwächung nationaler Parlamente, die ihrer Verantwortung im politischen Prozess, gemessen an der Ausübung ihrer zentralen Funktionen, nicht mehr nachkommen können. Gemäß diesen Argumenten „erfüllten die Parlamente nur noch eine Legitimations- und Fassadenfunktion. Sie simulierten Demokratie und Partizipation, wo in Wirklichkeit eine Beteiligung der Politikbetroffenen nicht mehr gewährleistet sei“ (Marschall 2005: 16f.).

Auf der anderen Seite können unter dem Stichwort der „Neoparlamentarischen Perspektiven“⁴³ die Vertreter einer sogenannten „Transformationsthese“ gefasst werden. Im Rahmen dieser Argumentationslinie werden die bereits angeführten Herausforderungen und Schwierigkeiten, die sich für parlamentarische Systeme seit einiger Zeit durch innere Prozesse sowie äußere Entwicklungen ergeben, durchaus erkannt und problematisiert. Jedoch wird die Problemlage anders bewertet, so dass andere Schlussfolgerungen entstehen. Anhänger des Transformationsarguments, welche die Niedergangsthese auch im Hinblick auf ihre unzureichende empirische Belegung kritisieren, konstatieren keine unumkehrbare funktions- und politikfeldübergreifende Schwächung parlamentarischer Organe, sondern betonen vielmehr deren grundsätzliche Wandlungsfähigkeit und Reformierbarkeit. Auf dieser Grundlage ist demnach auch nicht mit einem vorschnellen „Ende des parlamentarischen Zeitalters“ zu rechnen.

In diese Richtung weisen jüngst auch Studien, denen es gelingt am Beispiel mehrerer EU-Mitgliedsstaaten zu zeigen, dass sich die Europäisierungstendenzen nicht zwangsläufig gleichförmig negativ auf alle nationalen Parlamente auswirken, sondern dass der Grad des parlamentarischen Einflusses auf Entscheidungen von Demokratie zu Demokratie differenziert betrachtet werden muss (u.a. Maurer/Wessels 2001; Raunio/Hix 2000; Zier 2004). So sind nicht alle Parlamente automatisch als „zahnlose Tiger“ einzustufen, sondern beteiligen sich in jeweils unterschiedlichem Maße sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene an Politikgestaltung und -formulierung. Darüber hinaus kann in politikfeldübergreifenden Untersuchungen der parlamentarischen Kontrollfunktion, unter Verwendung des „principal-

⁴² Marschall nennt als innere Faktoren für Funktionsprobleme neben anderen beispielsweise die Dominanz der Regierung, die Medialisierung, die Herrschaft der Verbände und richterlichen Aktivismus (Marschall 2005: 163).

⁴³ Zu den Vertretern der Transformationsthese gehören unter anderem Thaysen (1997, 2003); Lösche (2000); Marschall (1999, 2002). Zum Folgenden siehe Marschall (2005: 283ff.).

agent“-Ansatzes⁴⁴, gezeigt werden, dass Parlamente nicht a priori als gleich machtlos im politischen Prozess zu bewerten sind. Gerade hinsichtlich der Ausgestaltung ihrer Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber der Exekutive können teils erhebliche Unterschiede festgestellt werden (u.a. Helms 2005; Strøm et al. 2003; Leston-Bandeira 2005; Harfst/Schnapp 2003).

4.2 Außen- und Sicherheitspolitik: Analytische Stiefkinder der Parlamentarismusforschung

Trotz dieser neueren Erkenntnisse, die zu weiteren, vor allem politikfeldspezifischen Differenzierungen ermuntern, wird im Zusammenhang mit den bereits beschriebenen Niedergangsszenarien Parlamenten, insbesondere im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, pauschal eine geringe Relevanz bei der Politikgestaltung und -überprüfung zugeschrieben. So stellt beispielsweise Klaus Dieter Wolf im Hinblick auf die Wirkung von Globalisierungsprozessen fest, „dass die nationalen Regierungen durch die Verlagerung von Entscheidungen auf die intergouvernementale Ebene der nationalen parlamentarischen Kontrolle entglitten ist“ (Wolf 2001: 12). Die bereits angesprochene Tendenz der Internationalisierung staatlicher Entscheidungsprozesse im Rahmen von Europäisierung und internationaler Kooperation macht Parlamente gegenüber der Exekutive zu Verlierern, da sie dadurch systematisch von der Beteiligung an der politischen Entscheidungsfindung und -kontrolle ausgeschlossen werden. Wolf nimmt an, dass sich die Einflüsse der Internationalisierungsprozesse gerade im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, welcher generell als klassisches Handlungsfeld der Exekutive gilt, besonders stark auswirken.

Ähnliche Argumente finden sich auch bei Klaus von Beyme. In seinem Beitrag skizziert er zunächst die Tradition der exekutiven Prärogative in diesem speziellen Politikfeld, bevor er näher auf die Auswirkungen der zunehmenden Politikverflechtung auf nationaler, europäischer, transnationaler sowie internationaler Ebene eingeht. Unter Bezugnahme auf diese Entwicklungen macht Beyme deutlich, dass der Entscheidungsspielraum der Parlamente in nahezu allen Politikbereichen durch Europäisierung und Globalisierung zunehmend eingeengt wird und einen generellen Kompetenz- sowie Steuerungsverlust für Parlamente mit sich bringt:

„Zunehmend werden Entscheidungen am Parlament vorbei vorbereitet, und das Parlament bietet nur noch den formellen Rahmen eines institutionellen Sitzes der Souveränität für die in Netzwerken ausgehandelte Entscheidung. Die Entscheidungssouveränität hingegen ist längst auf viele Ebenen horizontal und vertikal fragmentiert worden“ (Beyme 1998: 29).

Die besonders stark marginalisierte Position von Parlamenten in der Außen- und Sicherheitspolitik ergibt sich für Beyme aus dem Zusammenspiel sowie der wechselseitigen Verstärkung

⁴⁴ Das aus der Politischen Ökonomie stammende Analysemodell der „Principal-Agent-Theorie konzeptionalisiert Parlamente in einer doppelten Beziehung zwischen einem Principal und einem Agenten: Der erster Link bezieht sich auf das Verhältnis zwischen dem Prinzipal Bürger und dem Agenten Parlament, während die zweite Beziehung das Verhältnis zwischen dem Prinzipal Parlament und dem Agenten Regierung umfasst. Einen aktuellen Literaturüberblick über das Principal-Agent-Modell bieten Gilardi/Braun (2002).

von äußeren Einflussfaktoren, namentlich Europäisierung und internationale Kooperation und der traditionellen inneren Vormachtsstellung der Regierung in diesem Politikbereich. Er kommt zu dem Schluss: „Die Außenpolitik ist ein Sonderfall der Ohnmacht des Parlaments“ (Beyme 1998: 22).

Die dargestellten Annahmen, die von einer marginalen Rolle größtenteils „machtloser“ Parlamente in der Außen- und Sicherheitspolitik ausgehen, werden meist unhinterfragt akzeptiert. Hierin ist eine der Hauptursachen für die bisher geringe Zahl an wissenschaftlichen Untersuchungen zu sehen, die sich systematisch vergleichend mit den außen- und sicherheitspolitischen Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten von Parlamenten beschäftigen. Allein auf der Grundlage solcher politikfeldspezifischer Analysen könnte das Niedergangsargument in Frage gestellt und überprüft werden. Einzige und bemerkenswerte Ausnahme zu diesem konstatierten Mangel in der europäischen Parlamentarismusforschung stellt die systematische Auseinandersetzung der US-amerikanischen Forschung mit der Rolle des Kongresses in der militärischen Sicherheitspolitik der USA dar. Mit der Diskussion um die „War Powers“ findet hier bereits seit Jahren ein lebhafter Diskurs über die Kompetenzverteilung zwischen Kongress und Präsident bei Entscheidungen über Krieg und Frieden statt, der deutlich macht, wie lohnend es sein kann, die Bedeutung von Parlamenten in diesem speziellen Politikfeld zu untersuchen. Zahlreiche Beiträge thematisieren die Ausgestaltung und Wirkung der Legislativ-Exekutiv-Beziehungen in diesem Politikbereich (u.a. Howell/Pevehouse 2007, 2005; Grimmitt 2003, 2001; Fisher 2004, 1998; Glennon 2003; Kremp 2003; Hendrickson 2002; Boylan 2001).⁴⁵ William Howell und Jon Pevehouse stellen in diesem Zusammenhang jüngst fest:

„Scholars have long debated the relative influence of domestic and international factors on the presidential use of force. On one matter, however, consensus reigns: the U.S. Congress is presumed irrelevant. This presumption, we demonstrate, does not hold up to empirical scrutiny. [...] We recommend that the quantitative use-of-force literature in international relations begin to take seriously theories of domestic political institutions, partisanship, and interbranch relations that have been developed within American politics” (Howell/Pevehouse 2005: 209).

Der amerikanische Kongress gilt zwar gemeinhin als Paradebeispiel für ein außen- und sicherheitspolitisch machtvolles Parlament, jedoch klingt im obigen Zitat bereits an, dass die „War Powers“ des US-Parlaments nicht problemlos als Maßstab für die Untersuchung der Parlamentskompetenzen in anderen Ländern angelegt werden können. Dies wird besonders in der rechtlichen Kontroverse um die Auslegung der Verfassung und die Bestimmungen der „War Powers Resolution“ aus dem Jahre 1973 deutlich. Der Umfang, die Reichweite sowie die klare Verteilung der Kompetenzen zwischen Legislative und Exekutive in diesem Bereich bleiben bis heute umstritten: „The 1787 Constitution allocated some military powers to the Congress and others to the President [...]. To this day, however, the distribution of authority between the two branches remains contested and uncertain” (Damrosch 2000: 125; vgl. Ku 2004: 48; Moss 2005: 2f.). Auf der einen Seite beharren die US-Präsidenten und ihre Admi-

⁴⁵ So fand Gabriele Kittel bereits Anfang der 1990er anhand von fünf Fallanalysen erste Hinweise darauf, dass sich die parlamentarische Kontrolle der Truppenentsendung durch den US-Kongress sowohl auf die Art als auch die Dauer der militärischen Gewaltanwendung mäßigend auswirken kann (Kittel 1993).

nistrationen, unterstützt durch einige Verfassungsrechtler, auf der in Artikel II der amerikanischen Verfassung festgeschriebenen Rolle des Präsidenten als Oberbefehlshaber der Streitkräfte und nutzen dies, um die Bestimmungen der War Powers Resolution entweder zu relativieren oder gänzlich als verfassungswidrig abzulehnen. Auf der anderen Seite argumentieren zahlreiche Kongressabgeordnete und als „Congressionalists“ bezeichnete Verfassungstheoretiker, dass auf Grundlage des Art. III der amerikanischen Verfassung sowie aufgrund der Bestimmungen der War Powers Resolution dem US-Parlament bei der Anwendung äußerer militärischer Gewalt, mit wenigen Ausnahmen, weitreichende Entscheidungskompetenzen zukommen (Schreyer 2003: 8).

Neben der Kontroverse über die Auslegung der „War Powers“ spricht auch das Charakteristikum präsidentieller Regierungssysteme, in dem sowohl das Parlament als auch der Präsident durch seine Direktwahl über dieselbe demokratische Legitimation verfügen, und sie sich demnach gleichermaßen responsiv gegenüber einer kriegsablehnenden Öffentlichkeit verhalten müssten, gegen die Anwendung des Falls USA als best-practice-Beispiel. Trotz dieser Einschränkungen ergibt sich aus den Untersuchungen zur Rolle des US-Kongresses für die europäische Parlamentarismusforschung jedoch die wichtige Anregung, sich ebenfalls eingehend mit der Rolle von Parlamenten in der Außen- und Sicherheitspolitik zu befassen. Die amerikanische Rechtswissenschaftlerin Lori Fisler Damrosch plädiert in diesem Zusammenhang für eine vergleichende länderübergreifende Untersuchung der „War Powers“ verschiedener demokratischer Staaten: „What is lacking is a crossnational, crossdisciplinary analysis of war- and-peace decisionmaking as a challenge to democratic theory and constitutionalism“ (Damrosch 1995a: 183). Sie hält eine solche Studie für besonders wichtig, da auf diese Weise sowohl die vielfältigen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten zwischen Demokratien, hinsichtlich der jeweiligen Kompetenzen von Legislative und Exekutive im Entscheidungsprozess zum Einsatz militärischer Gewalt, herausgearbeitet werden können. In ersten Ergebnissen eigener Studien vermag Damrosch sogar einen Entwicklungstrend hin zu einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle von Kriegsentscheidungen zu erkennen (Damrosch 1996: 36, vgl. dies. 2003 und 2004).

Während sich die Disziplin der Vergleichende Parlamentarismusforschung in Europa wie dargelegt bisher vergleichsweise wenig mit dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik auseinandergesetzt hat, werden Parlamente im Zuge einer intensivierten wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Bereichen Zivil-Militärische-Beziehungen und demokratische Kontrolle des Sicherheitssektors zunehmend als wichtige Akteure wahrgenommen (vgl. u.a. Born/Haltiner/Malešič 2004; Kümmel 2002). So befasst sich beispielsweise am Genfer Zentrum zur Demokratischen Kontrolle des Militärs (DCAF) bereits seit 2002 eine eigens geschaffene Arbeitsgruppe mit unterschiedlichen Aspekten parlamentarischer Kontrolle im Bereich der Sicherheitspolitik. Im Rahmen dieser Forschungen wurde bisher unter anderem die Rolle von Parlamenten bei der Kontrolle von internationalen Militäreinsätzen, Verteidigungsausgaben, Geheimdiensten oder der Rüstungspolitik thematisiert (vgl. u.a. Wagner 2006b; Born/Hänggi 2005, 2004; Livingston 2005; Born/Johnson/Leigh 2005; Bauer 2003; Van Eekelen 2002).

Auch im Hinblick auf die Folgen einer sich weiter vertiefenden Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) beschäftigen sich zusehends mehr Arbeiten unter dem Stichwort der „Europäisierung“ mit den verbleibenden Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten nationaler Parlamente im europäischen Mehrebenensystem. Die Autoren weisen dabei auf teils erhebliche Unterschiede zwischen den Handlungsspielräumen der Parlamente einzelner EU-Staaten in diesem vergleichsweise noch wenig vergemeinschafteten Politikfeld hin (u.a. Wagner 2006a; Bono 2005; Barbé/Herranz 2005; Gourlay 2004; Siedschlag 2002, 2001; Mittag 2003).

Vor dem Hintergrund dieser jüngsten Entwicklungen sollen im Folgenden einige Studien vorgestellt werden, die sich insbesondere mit der spezifischen Rolle von Parlamenten bei Entscheidungen über den Einsatz äußerer Gewaltanwendung und der Entsendung von Streitkräften im Rahmen internationaler Militärmissionen auseinandergesetzt haben.

4.3 Parlamentarische Kontrolle äußerer militärischer Gewalt: Von stillen Beobachtern und munteren Mitentscheidern

Die Entscheidung zur Anwendung militärischer Gewalt nach außen gehört aufgrund ihrer meist schwerwiegenden und dramatischen Konsequenzen zum elementarsten Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik: „The strongest of all governmental powers is the power to engage in war; and the strongest challenge for constitutionalism is to bring the war power of the state under meaningful control“ (Damrosch 2000: 125). In den letzten Jahren haben sich einige Arbeiten mit der Kompetenzverteilung zwischen Legislative und Exekutive in der militärischen Sicherheitspolitik auseinandergesetzt und dabei teils erhebliche Unterschiede in Umfang und Reichweite parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten in diesem spezifischen Politikfeld sichtbar werden lassen.

Eine der ersten Studien, die sich in vergleichender Perspektive mit der parlamentarischen Kontrolle von Auslandseinsätzen der Streitkräfte in 13 der heute 25 EU-Mitgliedsstaaten befasst, stammt aus dem Jahre 1999 und wurde von Aurore Maillet im Auftrag des Französischen Parlaments verfasst.⁴⁶ In der Einleitung weist die Autorin auf sich ständig wandelnde internationale Rahmenbedingungen hin, welche seit einiger Zeit sowohl zu einer qualitativen Veränderung als auch zu einer Zunahme von Auslandseinsätzen⁴⁷ europäischer Staaten im Zuge internationaler Verpflichtungen, humanitärer Interventionen oder Aktionen zur Friedenssicherung führen. Vor dem Hintergrund dieser neuen Gegebenheiten scheint es Maillet sinnvoll, die bestehenden Praktiken parlamentarischer Kontrolle in den einzelnen EU-Staaten näher zu untersuchen. Auf diesem Wege sollen gemeinsame Tendenzen in den nationalen Kontrollansätzen herausgearbeitet werden, aus denen sich möglicherweise Anregungen für die zukünftige Ausgestaltung parlamentarischer Kontrollinstrumente in Frankreich ergeben können. Bevor die einzelnen europäischen Staaten jedoch näher analysiert werden, weist die

⁴⁶ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf Maillet (1999).

⁴⁷ Maillet zählt zu Auslandseinsätzen Beobachtungsmissionen, Einsätze der Zivilpolizei, Missionen zur Wiederherstellung oder Erzwingung des Friedens (Einsatz von Streitkräften in einem Konflikt oder feindlichen Umfeld), bilaterale Missionen zur Unterstützung eines Partners und einseitige Aktionen zum Schutz oder zur Evakuierung (Maillet 1999: 4).

Autorin zunächst auf einige Herausforderungen und Widersprüchlichkeiten des Konzepts parlamentarischer Kontrolle hin:

„[D]ie Staaten der EU [müssen] bei ihren Auslandseinsätzen die sehr prekäre Balance zwischen zwei Erfordernissen finden: zum einen der Notwendigkeit, ihre Aktionen rasch und effizient durchzuführen, und zum anderen der Notwendigkeit, die Demokratie zu achten, indem dem Parlament ermöglicht wird, diese Einsätze zu kontrollieren“ (Maillet 1999: 8).

Im Anschluss an diese Überlegungen widmet sich Maillet der Analyse der Rolle der Parlamente der damaligen 13 EU-Mitgliedstaaten bei der Kontrolle von Auslandseinsätzen des Militärs. Ihre Studie beruht auf der Auswertung einer Befragung, die im Juli 1999 unter Federführung des Europäischen Zentrums für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) durchgeführt wurde, und deren Ergebnisse die Autorin in ihrem Beitrag zusammenfasst. Hinsichtlich der Ausgestaltung der formalen Parlamentsrechte gelangt Maillet zu dem Befund, dass der Exekutive im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in den meisten Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten eine deutliche Vorrangstellung gegenüber der Legislative zukommt. Neben dem Zeitdruckargument führt sie diese Dominanz vor allem auf eine „allgemeine Tendenz in Richtung einer Stärkung der Exekutive gegenüber der Legislative“ sowie auf das Desinteresse der Parlamentarier an Friedensfragen zurück (Maillet 1999: 10). Sie betont zwar, dass alle europäischen Parlamente in unterschiedlichem Umfang an der Kontrolle von Auslandseinsätzen beteiligt sind, „in den meisten Fällen beschränkt sich ihre Rolle jedoch auf die Ausübung eines nicht näher bestimmbareren Einflusses“ (Maillet 1999: 10). In diesem Zusammenhang weist die Autorin jedoch auch darauf hin, dass Staaten wie Deutschland, Österreich, Irland oder Schweden eine Ausnahme darstellen, da deren Parlamente per Gesetz über die Beteiligung an Auslandseinsätzen mitentscheiden und auch sonst über mehr Kontrollrechte verfügen als andere EU-Staaten. Bezüglich der Verfassungspraxis betont Maillet allerdings, dass die europäischen Parlamente vielfach außerhalb den in der Verfassung verankerten Bestimmungen tätig werden können, und sie somit durchaus in der Lage sind, einen gewissen Kontrolleinfluss auf die militärischer Gewaltanwendung auszuüben. Sie unterscheidet dabei zwischen einer strategischen, einer ‚Management‘ sowie einer gesetzlichen Ebene. Ihr zentrales Argument ist jedoch, dass Parlamenten insbesondere durch die Gewährung oder Ablehnung von Haushaltsmitteln Einflussmöglichkeiten zukommen.

In einem dritten Abschnitt diskutiert Maillet weitere Instrumente, derer sich Parlamente bei der Kontrolle von Auslandseinsätzen bedienen können. Neben Verteidigungsausschüssen und Haushaltsbefugnissen erwähnt sie hier allgemeine Befugnisse zur Kontrolle des Regierungshandelns wie beispielsweise mündliche oder schriftliche Anfragen sowie Untersuchungsausschüsse. Zugleich verweist sie jedoch auch auf die vielfältigen Hindernisse bei der Ausübung parlamentarischer Kontrolle. Zu diesen zählen unter anderem der Zeitmangel, die ungenügende Ausstattung mit finanziellen sowie administrativen Mitteln, der Mangel an Sachkenntnis der Abgeordneten und der Informationsvorsprung seitens der Exekutive.

In der Gesamtschau bietet die Studie Maillets einen fundierten Überblick über die zum damaligen Zeitpunkt bestehenden rechtlichen Möglichkeiten der parlamentarischen Kontrolle von Auslandseinsätzen in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU. Die einseitige Konzentration auf die rechtliche Ebene ist unter anderem auf die Ausrichtung des Fragebogens des Europäi-

schen Zentrums für parlamentarische Wissenschaft und Dokumentation (EZPWD) zurückzuführen, der sich vornehmlich an der Ausgestaltung der unterschiedlichen Entsendegesetze in den EU-Ländern orientiert. Weiterführende Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten im Rahmen des parlamentarischen Prozesses, zum Beispiel das Budgetrecht, werden dabei zwar erwähnt, aber nur wenig systematisch untersucht. Um die Vielzahl an möglichen parlamentarischen Kontrollinstrumenten in diesem Politikbereich zu erfassen, scheint allerdings eine noch differenziertere Betrachtungsweise notwendig. Aus den Ergebnissen der Mailliet-Studie wird zwar ersichtlich, dass zwischen den Parlamenten der damaligen EU-Mitgliedstaaten eine teils erhebliche Varianz bezüglich ihrer Beteiligung am außenpolitischen Entscheidungsprozess zum Einsatz militärischer Gewalt existiert. Die Ergebnisse der Arbeit erlauben jedoch nicht, den unterschiedlichen Einfluss der Parlamente in diesem Bereich genau zu bestimmen: Da die einzelnen rechtlichen Bestimmungen und Kontrollinstrumente weder untereinander gewichtet noch gemäß eines gemeinsamen analytischen Rahmens erhoben und klassifiziert werden, kann keine vergleichende Aussage hinsichtlich der Stärke oder Schwäche der sicherheitspolitischen Kontrollkompetenzen der EU-Parlamente getroffen werden.

Nach Mailliets „Pionierarbeit“ erschienen in der Folgezeit weitere vergleichende Studien, die sich ebenfalls mit der Rolle von Parlamenten bei der Truppenentsendung im Rahmen internationaler Militärmissionen beschäftigten. Zu diesen zählt ein im Jahre 2001 von der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU) verfasster Report in dessen Mittelpunkt, ähnlich der Studie Mailliets, die Darstellung der jeweiligen Rechtsgrundlage steht, die den Umfang und die Reichweite parlamentarischer Kontrolle des internationalen Streitkräfteeinsatzes in 13 EU-Staaten näher regelt. Die Analyse zeigt ein breites Spektrum an formal-rechtlichen Möglichkeiten, im Rahmen derer einige Parlamente wie beispielsweise der Deutsche Bundestag direkt an der Entsendeentscheidung beteiligt sind oder zumindest wie im Fall der Niederlande während des Entscheidungsprozesses konsultiert werden müssen. Im Gegensatz dazu haben andere Versammlungen wie die französische Assemblée Nationale nicht einmal die Gelegenheit, den Einsatz des Militärs nachträglich zu überprüfen. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Internationalisierung der Sicherheitspolitik weist der WEU-Report auf eine Reihe von Defiziten in der praktischen Anwendung der bestehenden parlamentarischen Kontrollverfahren hin und fordert in einer Resolution dazu auf, die Rolle von Parlamenten bei der Anwendung äußerer Gewalt zu überdenken: „The Assembly, [...] INVITES PARLIAMENTS OF MEMBER COUNTRIES 1. To reflect on the fact that the democratic scrutiny they are supposed to exercise over government decisions on the use of armed forces for international missions is not being adequately provided” (Assembly of the WEU 2001a: 2). Der Report bietet insgesamt eine Fülle an interessanten Informationen zur rechtlichen Grundlage der Parlamentsbeteiligung bei Entsendeentscheidungen und stellt diesbezüglich in mancherlei Hinsicht eine Aktualisierung der Arbeit Mailliets dar. Da den einzelnen Länderuntersuchungen jedoch kein gemeinsamer Analyserahmen zugrunde liegt, ermöglicht auch diese Studie keinen systematischen Vergleich der Kontrollmöglichkeiten nationaler europäischer Parlamente.

Nahezu zeitgleich vergleicht Georg Nolte (2003) in einem umfangreichen Sammelband die Wehrrechtssysteme von 10 Mitgliedstaaten der EU im Hinblick auf deren Harmonisie-

rung. Die jeweils von Länderexperten verfassten Fallstudien folgen bei ihrer Beschreibung einem gemeinsamen Kategorienmuster. So wird in allen Staaten neben Aspekten wie den Rechten und Pflichten von Soldaten oder zulässigen Militäroperationen auch die Beteiligung nationaler Parlamente bei der Entsendung von Soldaten ins Ausland behandelt. Neben Verfassungsbestimmungen und Gesetzen werden dabei auch weiterführende Kontrollmöglichkeiten wie beispielsweise Budgetrecht, Untersuchungsausschüsse oder Ombudspersonen detailliert untersucht. In ihrer Zusammenfassung der Ergebnisse der einzelnen Fallstudien, bewerten Nolte und Krieger die Parlamente gemäß den erhobenen Informationen. Sie problematisieren diesbezüglich zunächst die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Zustimmungspflicht der meisten Parlamente zum Einsatz von Gewalt infolge einer formalen Kriegserklärung und der häufig fehlenden verfassungsrechtlichen Regelung bei anderen Formen militärischer Gewaltanwendung, die sich dem Zugriff parlamentarischer Kontrolle oftmals entziehen⁴⁸. Im Anschluss unterscheiden die beiden Autoren zum einen Staaten wie Deutschland und Italien, in denen die Legislative ohne Ausnahme im Vorhinein ihre Zustimmung zur Truppenentsendung geben muss, von Ländern wie Dänemark, in denen das Parlament zwar ebenfalls in die Entsendeentscheidung einbezogen wird, die Parlamentsbeteiligung jedoch bestimmten Beschränkungen unterliegt. Zum anderen wird zwischen den Parlamenten Belgiens, der Niederlande und Polens, die im Entscheidungsprozess entweder informiert oder konsultiert werden und den parlamentarischen Vertretungen Frankreichs sowie Spaniens differenziert, für die in der Verfassung unterhalb der Stufe formaler Kriegserklärungen nicht einmal eine Informationspflicht vorgesehen ist (Nolte/Krieger 2003: 61ff).

Im Gegensatz zur Maillet-Studie und dem WEU-Report erlaubt die Arbeit Noltes aufgrund der konsequent angewandten strukturierten Beschreibung einen systematischen Überblick über die einzelnen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten der untersuchten Parlamente. Darüber hinaus wird der Vergleich zwischen den unterschiedlich ausgestalteten nationalen Kontrollkonstellationen durch die Einordnung der Länder in eine vierstufig angelegte Parlamentsbeteiligungsskala erleichtert. Diese unterscheidet zwischen einem umfassenden Beteiligungsrecht an Entsendeentscheidungen, einer eingeschränkten Parlamentszustimmung, der Pflicht zur Information sowie keinerlei verfassungsmäßigen Informationsrechten seitens des Parlaments. Die Einstufung der Staaten erfolgt allerdings allein auf Grundlage der Verfassungs- und Gesetzestexte zur Entsendung, während die Ausgestaltung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten wie beispielsweise das Untersuchungsrecht keinerlei Eingang in die Bewertung findet.

Auf dem Forschungsgebiet besonders hervorzuheben sind schließlich die Arbeiten von Hans Born und Heiner Hänggi, die sich am Genfer Zentrum zur Kontrolle der bewaffneten Streitkräfte (DCAF) bereits seit einigen Jahren mit der Rolle von Parlamenten in der Sicherheitspolitik beschäftigen. Im Zuge ihrer Forschungen haben Born und Hänggi im Jahre 2004 einen umfangreichen Sammelband herausgegeben, der sich unter dem Titel "The 'Double

⁴⁸ „In some of the states under review parliament possesses the prerogative to declare war or a state of emergency, or at least to authorise such declarations by the executive. Those powers, however, neither cover all conceivable cases of the use of armed forces (in particular not at all self-defence and collective security operations) nor are such declarations necessary preconditions for the actual use of the armed forces” (Nolte/Krieger 2003: 58).

Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices" mit der parlamentarischen Kontrolle äußerer Gewaltanwendung im Rahmen internationaler Militäreinsätze befasst. Ausgehend von der Beobachtung, dass im vergangenen Jahrzehnt eine deutliche Zunahme an international mandatierten, von den Vereinten Nationen (VN), der EU und der NATO autorisierten Friedenssicherungs- sowie Erzwingungsoperationen zu verzeichnen ist, versuchen die Autoren mit dem Begriff des „Doppelten Demokratiedefizits“ die Auswirkungen dieser Entwicklung konzeptionell zu erfassen: So kann nach Born und Hänggi ein Mangel an parlamentarischer Kontrolle internationaler Militäreinsätze sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene festgestellt werden.

In einem einführenden Kapitel beschäftigt sich Hänggi zunächst mit der generellen Problematik und den Herausforderungen, die für demokratische Staaten durch Demokratiedefizite auf nationaler sowie internationaler Ebene entstehen. Er weist darauf hin, dass, insbesondere im Rahmen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors, die parlamentarische Dimension bisher meist vernachlässigt wurde: „This book looks at an important but underresearched aspect of democratic accountability, namely the role parliaments play in ensuring democratic accountability of the use of national armed forces under the aegis of international institutions“ (Hänggi 2004: 4). Daran anknüpfend präsentiert Hänggi den analytischen Rahmen für die weitere Auseinandersetzung mit der Thematik. Hierfür unterscheidet er zunächst verschiedene Typen möglicher Gewaltanwendung, die den einzelnen internationalen Institutionen, welche den Militäreinsatz autorisieren, zugeordnet werden. Anschließend erläutert er den Ansatz zur Untersuchung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten und differenziert dabei in Anlehnung an George und Morgan (1999) die Kategorientrias „authority“, „ability“ und „attitude“. Das Kriterium „authority“ umfasst die in den jeweiligen Verfassungen und Gesetzen verankerten formalen parlamentarischen Mitentscheidungs- und Kontrollinstrumente im Bereich der Anwendung äußerer Gewalt; diese können nach allgemeinen Parlamentsfunktionen gegliedert betrachtet werden.⁴⁹ Die Kategorie „ability“ bezieht sich auf die finanziellen und personellen Ressourcen, die den Parlamenten zur Ausübung ihrer Funktionen zustehen. „Attitude“ schließlich erfasst die Bereitschaft und Einstellung der einzelnen Abgeordneten zur Anwendung der vorhandenen Kontrolleinstrumente internationaler Militäreinsätze.

Nach dieser Einführung folgen zwei Kapitel, die sich aus jeweils unterschiedlicher Perspektive mit den vielfältigen Herausforderungen der wachsenden Internationalisierung von Sicherheitspolitik befassen und es sich zur Aufgabe machen, eine aktuelle Entwicklung zu thematisieren, die zahlreiche Schwierigkeiten für demokratische Systeme birgt. So wird neben anderen Aspekten besonders der Widerspruch zwischen einer notwendigen demokratischen Legitimation von Entscheidungen auf internationaler sowie nationaler Ebene zum Gewalteininsatz und dem gleichzeitigen Erfordernis, auf Krisen rasch und effektiv reagieren zu können, betont. In seinem Beitrag über die Bedeutung von Parlamenten bei der Verbesserung der demokratischen Legitimität einer sich stetig stärker internationalisierenden Sicherheitspolitik

⁴⁹ „Although the role of parliaments varies from state to state and from system to system, in every case it fulfils a complex of functions which include: Legislative function; Budgetary function; Elective function; Representative function; and, Scrutiny and oversight function. These functions also apply, to a greater or lesser extent, to the decision-making on the execution of the use of force under international auspices“ (Hänggi 2004: 12).

hebt Owen Greene sodann die Schlüsselrolle von Parlamenten hervor: „National Parliaments have much unexploited scope for strengthening influence, control and accountability over national representatives in international policy processes, through their national legislative, oversight and representative roles” (Greene 2004: 32).

Anschließend präsentiert Charlotte Ku in ihrem Aufsatz die Ergebnisse eines mehrjährigen Forschungsprojekts (vgl. Ku/Jacobson 2003), das anhand von neun Länderfallstudien untersucht hat, auf welcher unterschiedlichen Weise die Staaten mit dem Problem der demokratischen Kontrolle bei der Anwendung von international mandatierter Gewalt umgehen. Sie beschreibt den Befund der Untersuchung mit dem Bild eines „mixed system of accountability”, in dem zum einen die nationale sowie internationale Ebene eine wichtige Rolle spielen und zum anderen formelle Bestimmungen wie Verfassungen oder Gesetze, aber auch informelle Faktoren wie Medien und öffentliche Meinung, von Bedeutung sind. Die Forschungsergebnisse bestätigen die von Ku formulierte Ausgangshypothese, wonach ein Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Gewaltformen und den Anforderungen an die demokratische Legitimierung ihrer Anwendung besteht: „[T]he closer internationally-mandated operations move towards war, the greater the degree of national supervision and regulation“ (Ku 2004: 47). Im Hinblick auf den nationalen Rahmen betont Ku besonders die Bedeutung von Parlamenten, die durch Instrumente wie die legislative Autorisierung von Truppenentsendungen oder das parlamentarische Untersuchungsrecht zur demokratischen Kontrolle eines Gewalteinsatzes beitragen können. Sie stellt allerdings auch fest, dass bezüglich dieser parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten bestehen und der Exekutive häufig ein großer Entscheidungsspielraum zufällt. Eine verstärkte Beteiligung von Parlamenten im nationalen Entscheidungsprozess vor, während und nach einer internationalen Militärmission, zählt für Ku neben einer verbesserten Koordination von internationalen und nationalen Rechenschafts-Mechanismen zu den zentralen Erfordernissen zukünftiger Gewalteinsätze im internationalen Rahmen.

Ebenfalls aus vergleichender Perspektive untersuchen Hans Born und Marlene Urscheler in ihrem Beitrag die Kontrollmöglichkeiten der Parlamente von 16 NATO-Mitgliedstaaten bei der Entsendung von Streitkräften zu multinationalen UN-Friedensmissionen. Ihre Forschungsergebnisse basieren auf der Auswertung einer Befragung, die 2002 in der Parlamentarischen Versammlung der NATO durchgeführt worden ist (vgl. Born/Urscheler 2002; Van Eekelen 2002). Gemäß der Analysekategorien „Authority“ und „Ability“ wurde eine Vielzahl an Informationen gesammelt, die sowohl die personellen und finanziellen Ressourcen der Verteidigungsausschüsse der Länder umfassen als auch die formell-rechtlichen und auf Gewohnheitsrecht gründenden Instrumente nennen, die den einzelnen Parlamenten bei der Kontrolle der Regierung im Bereich der militärischen Sicherheitspolitik jeweils zur Verfügung stehen. Bezüglich der formalen Kontrollmöglichkeiten internationaler Friedensmissionen identifizieren die Autoren drei wichtige Elemente: das Informationsrecht, das Mitentscheidungsrecht⁵⁰ und das Budgetrecht (Born/Urscheler 2004: 61). Born und Urscheler machen in

⁵⁰ Born und Urscheler beziehen in ihrer Erhebung neben der Mitentscheidung bei der Truppenentsendung auch das Zustimmungsrecht der Parlamente zu Mandat, Einsatzregeln und Dauer der Friedensmission mit ein (Born/Urscheler 2004: 63).

ihrem Beitrag deutlich wie unterschiedlich die Kontrollmöglichkeiten in den untersuchten Staaten ausgeprägt sind:

„The research findings show that some parliaments are only marginally involved in decision-making on deploying troops abroad at the national level [...], let alone at the level of the United Nations. Other parliaments, which have the full ability to hold their national parliament to account for deploying troops abroad, may face difficulties in keeping track of the complex decision-making at the international level [...]“ (Born/Urscheler 2004: 71).

Unter Rückgriff auf bekannte Typologien aus der Parlamentsforschung ordnen die Autoren die untersuchten Parlamente abschließend drei Gruppen zu: Die erste Gruppe umfasst sogenannte „arena parliaments“. Diese sind zwar einerseits sehr schwach, da sie an der Entscheidung zur Truppenentsendung nicht beteiligt werden und der Handlungsspielraum der Exekutive in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik generell als groß eingeschätzt wird. Andererseits verfügen diese Parlamente jedoch über das Budgetrecht und haben die Möglichkeit, Debatten zu initiieren. Für Born und Urscheler fallen die Parlamente Belgiens, Kanadas, Frankreichs, Portugals, Spaniens, der USA und Großbritanniens in diese Klasse. Zur zweiten Gruppe gehören im Unterschied dazu diejenigen Parlamente, die den Einsatz von Gewalt zwar a priori autorisieren müssen, jedoch sonst keinerlei Einfluss auf das Mandat, die operativen Bestimmungen oder die Dauer des Militäreinsatzes haben. In die dritte Gruppe können nach Meinung der Autoren die Parlamente von Dänemarks, Deutschlands und der Niederlande eingeordnet werden, da sie sowohl der Anwendung von Gewalt zustimmen und darüber hinaus die wichtigsten Aspekte der Militärmission billigen müssen (Born/Urscheler 2004: 71f.).

Auf den Ländervergleich folgen eine Reihe von Fallstudien, die sich jeweils kontextbezogen mit der Rolle internationaler Institutionen sowie einzelner nationaler Parlamente bei der Anwendung militärischer Gewalt auseinandersetzen und das „doppelte Demokratiedefizit“ im Rahmen der UN, der NATO und der EU näher beleuchten. Der Sammelband findet seinen Abschluss in einem Kapitel, in dem Born nach einer kurzen Zusammenfassung praktische Anregungen sowie Empfehlungen formuliert, wie mit den Herausforderungen, die durch die zunehmende Internationalisierung von Sicherheitspolitik entstehen, umgegangen werden kann. Die Vorschläge zur Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle internationaler Militäreinsätze auf nationaler sowie internationaler Ebene werden entlang der eingangs erläuterten Kategorientrias der „authority“, „ability“ und „attitude“ präsentiert. Neben einer verstärkten Ausstattung der Parlamente mit Ressourcen und Expertise sowie einer adäquaten Repräsentation auf internationaler Ebene betont der Autor die notwendige Anpassung der bislang auf nationaler Ebene vorhandenen formal-rechtlichen Kontrollinstrumente an die neuen Gegebenheiten. Born nennt hier als Möglichkeit unter anderem auch eine verstärkte Beteiligung der Parlamente an Entsendeentscheidungen. Die besondere Bedeutung von Parlamenten bei der Anwendung von Gewalt im Rahmen international geführter Militärmissionen liegt für Born letztlich in den Anforderungen demokratischen Regierens begründet, die auch in diesen komplexen Zusammenhängen gelten und zu erfüllen sind: „[P]arliaments are the sole providers of democratic legitimacy for the use of force under international auspices“ (Born 2004: 215).

Insgesamt stellt "The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices" eine sehr gelungene Einführung dar und bietet vielfältige Einblicke in die bislang vernachlässigte Thematik der parlamentarischen Kontrolle von internationalen Militäreinsätzen sowie das damit verbundene Problem eines „doppelten Demokratiedefizits“. Es sind jedoch auch Kritikpunkte zu nennen. So grenzen Born und Hänggi unter anderem die Reichweite ihrer Arbeit thematisch eng ein und konzentrieren sich allein auf international autorisierte Militäroperationen anstatt den Forschungsrahmen von Beginn an breiter zu fassen und beispielsweise generell die Beteiligung von Parlamenten an Entscheidungen zur Anwendung äußerer Gewalt zu untersuchen:

“The scope of the book, however, is limited given that it aims to cover only what are called ‘peace support operations’. It might have been desirable and theoretically preferable to take another perspective and place the book in a wider context of parliamentary control over decision making regarding the use of military force or even regarding foreign policy and defense policymaking in general” (Everts 2005: 301).

Des Weiteren fällt auf, dass die einzelnen Kapitel teils nur lose durch die Bestätigung des Befunds des „doppelten Demokratiedefizits“ miteinander verknüpft, jedoch nicht in einen gemeinsamen theoretischen und analytischen Rahmen eingebettet sind. So werden zwar im Einführungskapitel mit den Kategorien „authority“, „ability“ und „attitude“ drei Analysekatgorien benannt, diese finden sich allerdings mit der Ausnahme des Beitrags von Born und Urscheler in keiner der Fallstudien zu den unterschiedlichen internationalen Kontexten wieder und werden erst im Schlusskapitel erneut aufgegriffen. Dies führt dazu, dass die einzelnen Untersuchungen zwar für sich genommen jeweils interessante Erkenntnisse der Forschungsprojekte der Autoren präsentieren. Die systematische Vergleichbarkeit dieser Ergebnisse wird jedoch durch die fehlende gemeinsame Analysegrundlage erschwert und lässt im Gesamteindruck eher einen Überblickcharakter entstehen.

In der näheren Auseinandersetzung mit einzelnen Kapiteln ist im weiteren der Beitrag von Born und Urscheler hervor zu heben, die mit ihrem breit angelegten Mehrländervergleich systematische und detaillierte Einblicke in einen bisher wenig erforschten Bereich der Sicherheitspolitik bieten. Die beiden Autoren weisen in der Zusammenfassung ihrer Studie allerdings selbst auf einige Schwächen bezüglich der Qualität der erhobenen Datengrundlage hin. So beruhen die Erkenntnisse über die Kontrollrechte und Ressourcen der 16 nationalen Parlamente hauptsächlich auf der Wahrnehmung von Mitgliedern und Angestellten nationaler Verteidigungsausschüsse, die den an die Parlamentarischen Versammlung der NATO adressierten Fragebogen des Genfer Forschungsteams ausgefüllt haben: „[T]he results are not so much ‚hard objective data‘ but rather are the parliamentarians and staff members’ perceptions of their own resources and powers for exercising parliamentary oversight“ (Born/Urscheler 2004: 71). Diese Vorgehensweise hat sicherlich den Vorteil, dass neben formal-rechtlichen Bestimmungen, die in den jeweiligen Verfassungs- und Gesetzestexten niedergelegt sind, auch das „ungeschriebene“ Gewohnheitsrecht in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden kann. Problematisch erscheint jedoch, dass die Datenerhebung ausschließlich indirekt erfolgt und sich auf den persönlichen Informationsstand und die Einschätzung der jeweiligen Ausschussmitarbeiter stützt. In den Angaben wird gerade bezüglich Entsendeentscheidungen nicht eindeutig ersichtlich, auf welcher Grundlage die Beteiligung des Parlaments erfolgt und

die Trennlinie zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit ist nicht klar zu erkennen.

Neben der häufig unzureichenden Qualität der Daten sowie deren Unvollständigkeit können weitere Schwächen der Studie angeführt werden. So konzentriert sich der DCAF-Fragebogen in erster Linie auf die Kompetenzen und Ressourcen des Plenums und des Verteidigungsausschusses der jeweiligen nationalen Parlamente, während außenpolitischen Ausschüsse, die wie im Fall Deutschlands ebenfalls eine wichtige Rolle im Entscheidungs- und Kontrollprozess einnehmen, nicht weiter untersucht werden. Zudem fällt auf, dass bei der Analyse der allgemeinen parlamentarischen Kontrollinstrumente wie beispielsweise der Akteneinsicht oder der Untersuchungsausschüsse nicht konsequent zwischen Minderheits- und Mehrheitsrecht unterschieden wird, so dass kleine, aber feine Unterschiede zwischen einzelnen Parlamenten unberücksichtigt bleiben.

Nicht zuletzt ist auch die Einstufung der Parlamente in das der Vergleichenden Parlamentarismusforschung entnommene Polsby-Klassifizierungsschema (Polsby 1975) nicht immer nachzuvollziehen. Es bleibt letztlich unklar, auf welcher Grundlage die Zuordnung zu den drei Parlamentstypen erfolgt. Dies liegt zum einen daran, dass die einzelnen Typen nicht ausreichend definiert und anhand trennscharfer Kriterien voneinander abgegrenzt werden. Des Weiteren wird nicht deutlich, wie die in den beiden untersuchten Analysekategorien „authority“ und „ability“ erhobenen Rechte und Ressourcen der Parlamente gegeneinander gewichtet werden. Darüber hinaus wird auch innerhalb der „authority“-Kategorie selbst nicht weiter darauf eingegangen, in welchem Verhältnis die allgemeinen Kontrollinstrumente zu den spezifischen Kontrollrechten bei international mandatierten Militäroperationen stehen.

Seit der Veröffentlichung des Sammelbandes im Jahre 2004 hat das Genfer Forschungsteam um Born und Hänggi seinen Ansatz zur Untersuchung der parlamentarischen Kontrolle international geführter Militärmissionen in konzeptioneller Hinsicht weiterentwickelt (u.a. Born/Hänggi 2005). So wurde aus dem klassischen Polsby-Modell eine vierstufige Parlamentstypologie entwickelt, die bei der Einstufung nun allein das jeweilige Ausmaß und die Reichweite der parlamentarischen Beteiligung an der Entscheideentscheidung als Bewertungskriterium zugrundelegt. Das Budgetrecht, weitere Kontrollinstrumente und die Ausstattung mit Ressourcen werden zwar erwähnt, finden jedoch keinen Eingang in die Klassifizierung der Stärke bzw. Schwäche parlamentarischer Kontrolle. Da die Beiträge selbst keine eigene differenziertere Analyse der Kategorie „authority“ vornehmen, sondern auf der Datengrundlage von Born/Urscheler (2002) und Van Eekelen (2002) beruhen und diese lediglich in leicht abgewandelter Form aufbereiten, bleibt der Erkenntniszugewinn notwendigerweise gering und die Ergebnisse unterliegen nach wie vor den bereits dargestellten Einschränkungen.

In diesem Kapitel ist deutlich geworden, wie sehr die politikwissenschaftliche Disziplin der Vergleichenden Parlamentarismusforschung in Europa bisher auf die Untersuchung allgemeiner Funktionen, Kompetenzen und der Leistungsfähigkeit parlamentarischer Organe fokussiert hat. Bis heute kaum erforscht ist hingegen die Rolle von Parlamenten im spezifischen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik. Dass eine solche politikfeldspezifische Auseinandersetzung, entgegen der vielfach vermuteten „Machtlosigkeit“ der Parlamente in diesem Bereich, durchaus ihre Berechtigung hat, und Parlamente bisher möglicherweise zu unrecht

marginalisiert wurden, zeigt zum einen die Vielzahl an Arbeiten der US-amerikanischen Forschung, die sich eingehend mit der Rolle des Kongresses befassen. Zum anderen ist zu beobachten, dass das Forschungsinteresse an der Rolle von Parlamenten im Feld der Sicherheitspolitik im Rahmen einer verstärkten wissenschaftlichen Beschäftigung mit der demokratischen Kontrolle des Sicherheitssektors stetig zunimmt. Die entsprechenden Studien befassen sich meist aus praxisorientierter Perspektive mit dem Thema parlamentarischer Kontrolle militärischer Auslandseinsätze im Rahmen internationaler Institutionen. Die Ergebnisse der vorgestellten Untersuchungen machen deutlich, dass zwischen dem Umfang und der Reichweite der sicherheitspolitischen Kompetenzen einzelner nationaler Parlamente eine erhebliche Varianz besteht. Parlamente sind also keineswegs, wie beispielsweise von den Vertretern der Niedergangsthese vielfach angenommen ausnahmslos „zahnlose Tiger“, sondern können durchaus auch „bellende Schafe“ (vgl. Cowley 2001) sein.

Die bisherigen Arbeiten liefern zahlreiche Erkenntnisse und Einblicke in das spezifische Feld der parlamentarischen Kontrolle von Sicherheitspolitik. In der näheren Auseinandersetzung mit den einzelnen hier dargestellten Studien sind jedoch auch einige Defizite und Forschungslücken zu entdecken. In empirisch-analytischer Hinsicht fällt zunächst auf, dass sich die Reichweite der jeweiligen Länderanalysen zwar oftmals überschneidet, so dass die Parlamente Großbritanniens, Frankreichs oder Deutschlands mehrfach bearbeitet werden. Hingegen fehlt bislang eine Untersuchung, welche die Rolle der nationalen Parlamente *aller* EU-Mitgliedsstaaten berücksichtigt. Darüber hinaus kann angemerkt werden, dass die parlamentarischen Kontrollinstrumente im Feld der Sicherheitspolitik noch differenzierter und genauer erhoben werden müssen. So würde sich zur Verbesserung der analytischen Tiefe beispielsweise anbieten, die einzelnen Analysekategorien- und -kriterien noch stärker politikfeldspezifisch zu entwickeln, indem bei den einzelnen Kompetenzen unter anderem stärker zwischen Minder- und Mehrheitsrechten differenziert wird oder indem weitere parlamentarische Instrumente wie beispielsweise die Klagemöglichkeit vor Gericht untersucht wird. Für eine systematische Vergleichbarkeit der Kontrollrechte wäre es zudem sinnvoll, das jeweils zugrundegelegte Analyseraster klar darzulegen und bei der Untersuchung der Kriterien strukturiert vorzugehen. In manchen Studien ist oftmals nicht auf Anhieb ersichtlich, entlang welcher Kategorien oder mittels welcher Kriterien die parlamentarischen Kontrollmöglichkeiten untersucht werden und in welchem Maße entsprechende Informationen für alle Parlamente gleichermaßen erhoben werden.

In Anknüpfung daran sind im Folgenden auch die bisherigen Ansätze zur Typologisierung bzw. Klassifizierung parlamentarischer Kontrollrechte zu erwähnen. Die vorhandenen Klassifizierungsangebote orientieren sich teilweise an klassischen Parlamentstypologien, anstatt einen für das Politikfeld spezifischen Index parlamentarischer Kontrollkompetenzen in der Sicherheitspolitik zu entwickeln. Bei der Zuordnung der Parlamente zu den einzelnen Typen fällt auf, dass nicht immer eindeutig klar wird, auf welche Weise die jeweils erhobenen Kriterien untereinander gewichtet werden. Das ausschlaggebende Kriterium bei der Einstufung scheint häufig das Zustimmungsrecht des Parlaments zur Entsendeentscheidung zu sein, während unklar bleibt, in welchem Umfang weitere Kontrollmöglichkeiten bei der Klassifizierung berücksichtigt werden. Neben der Gewichtung der einzelnen Analyse Kriterien bei der

Einordnung sind die einzelnen Typen der Parlamentstypologie häufig weder in ausreichendem Maße definiert noch trennscharf voneinander abgegrenzt.

Nicht zuletzt ist neben diesen empirisch-analytischen Defiziten, die zu einer differenzierten Untersuchung parlamentarischer Kontrollkompetenzen im Bereich der Sicherheitspolitik einladen, abschließend noch ein weiterer wichtiger Kritikpunkt zu nennen. So weist Wolfgang Wagner, der im Auftrag des Genfer Forschungszentrums DCAF vor kurzem selbst eine eigene Studie zur parlamentarischen Kontrolle von Militärmissionen verfasst hat, auf den deskriptiven Charakter und die mangelnde theoretische Einbettung der bisherigen Arbeiten hin (Wagner 2006b: 8f.). Er führt dies hauptsächlich darauf zurück, dass die meisten Untersuchungen auf Anfrage von politischen Institutionen entstehen und sich aufgrund dieser Praxisnähe eher auf „best-practices“-Hinweise und Handlungsansleitungen zur Reform des Sicherheitssektors konzentrieren, statt komplexe theoretische Ursache-Wirkungs-Erklärungsmodelle zu entwickeln. Wagner stellt zwar in der Folge den Bezug zur Theorie des „demokratischen Friedens“ her und hebt hervor: „[D]ifferences in the level of parliamentary control are of utmost importance to the institutional explanation of the democratic peace“ (Wagner 2006b: 8). Anstatt dieser Bedeutung jedoch weiter nachzugehen, liegt sein Erkenntnisinteresse weniger auf der Wirkung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten als vielmehr auf ihren historischen Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen sowie einer Erklärung der Pluralität des Entsenderechts in 26 demokratischen Staaten.

Dass eine Verknüpfung der bisher eher praxis-orientierten Forschung zur Rolle von Parlamenten in der Sicherheitspolitik mit dem Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ jedoch durchaus weiterführende Erkenntnisse insbesondere in Bezug auf die bislang vernachlässigte friedenspolitische Dimension der Wirkung parlamentarischer Kontrolle erbringen kann, darauf hat bereits Damrosch in ihren Arbeiten aufmerksam gemacht. Zu den Schwachstellen der Theorie des „demokratischen Friedens“ zählt ihrer Meinung nach vor allem die mangelnde Unterscheidung demokratischer Subtypen nach der Form der parlamentarischen Kontrolle von Kriegsentscheidungen. Sie argumentiert, dass sich aus einer differenzierten Auseinandersetzung mit unterschiedlich ausgeprägten demokratischen „War Powers“ neue Erkenntnisse zur Erklärung der Varianz des äußeren Konfliktverhaltens von Demokratien ergeben könnten: „Once the variations in constitutional control are identified and explained, with attention to successes as well as failures, we will have a better understanding of the relationship between democracy and peace“ (Damrosch 1995a: 193). Im Rahmen eigener Untersuchungen konnte die Autorin an den Fällen Deutschlands und Japans zeigen, auf welche Weise die Parlamente beider Staaten durch ihre jeweiligen Entscheidungen, die sowohl handlungsbeschränkend als auch -befördernd wirkten, einen erheblichen Einfluss auf das Außenverhalten der Demokratien auszuüben vermochten.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Im vorliegenden Literaturüberblick konnte eine Vielzahl interessanter Erkenntnisse im Hinblick auf das eingangs formulierte Forschungsinteresse am Konzept „demokratischer Außenpolitik“ und dessen Zusammenhang mit einem friedfertigen Außenverhalten von Demokratien

gewonnen werden. Die wichtigsten Ergebnisse sollen im Folgenden kurz zusammengefasst werden.

Im Rahmen des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ unterscheiden jüngste Ansätze der monadischen Theorievariante unter dem Stichwort „Unpacking Democracy“ verschiedene Subtypen demokratischer Systeme und begreifen in ihren Erklärungen „Demokratie“ nicht mehr als einheitlichen Faktor. In den einzelnen Arbeiten werden Demokratien im Zuge dessen unter anderem nach der unterschiedlichen Ausgestaltung der Beziehung zwischen Legislative und Exekutive bei der Entscheidung über Frieden und Krieg differenziert. Erste Forschungsergebnisse zur Rolle von Parlamenten deuten darauf hin, dass ein höherer Demokratisierungsgrad der Außenpolitik im Sinne einer größeren legislativen Gestaltungs- und Kontrollmacht im außenpolitischen Entscheidungsprozess die Wahrscheinlichkeit eines friedfertigeren Außenverhaltens von Demokratien erhöht.

In der Außenpolitikforschung zeigen Analysen, die das Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Akteure und Strukturen bei der Entscheidungsfindung differenziert betrachten, dass sich Demokratien hinsichtlich der institutionellen Ausgestaltung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses teils erheblich voneinander unterscheiden. Es wird angenommen, dass sich die jeweiligen Entscheidungsstrukturen und -dynamiken jeweils unterschiedlich auf den Inhalt von Außenpolitik auswirken. Tendenziell ist zu erkennen, dass eine Fragmentierung von Entscheidungsmacht zwischen verschiedenen Akteuren, zu denen auch das Parlament zählt, ein weniger aggressives Außenverhalten hervorbringt.

Die Vergleichende Parlamentarismusforschung hat sich bislang verhältnismäßig wenig mit dem Feld der Außenpolitik befasst. Studien aus anderen Forschungszweigen, die sich insbesondere mit der Rolle von Parlamenten in der Sicherheitspolitik auseinandergesetzt haben, machen jedoch an Untersuchungen mehrerer demokratischer Staaten deutlich, dass sich die nationalen Parlamente hinsichtlich des Umfangs und der Reichweite ihrer sicherheitspolitischen Kompetenzen erheblich voneinander unterscheiden. In den Untersuchungen wird ersichtlich, dass Parlamente durchaus in der Lage sind, den Handlungsspielraum der Exekutive zu beschränken.

Zusammenfassend kann aus den Ergebnissen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Konzept „demokratischer Außenpolitik“ gefolgert werden:

„Democracy as a general category may be less likely to use force than non democracies, but different types of democracies exhibit different domestic political configurations that might affect foreign policy decision making about the use of force, the pursuit of peace, [...] and the whole range of foreign policy activities” (Neack 2003: 98).

Trotz der zahlreichen Hinweise auf die Heterogenität demokratischer Systeme und die friedensfördernde Wirkung einer „demokratisierten“ Außenpolitik, die in allen drei Teildisziplinen in jeweils unterschiedlichem Ausmaß zu erkennen sind und interessante Anknüpfungspunkte bieten, soll im Anschluss an dieser Stelle auch auf einige Defizite und weiteren Forschungsbedarf hingewiesen werden.

Die im Rahmen des Forschungsprogramms zum „demokratischen Frieden“ bisher entwickelten Subtypen demokratischer Systeme sind in theoretischer und analytischer Hinsicht noch nicht hinreichend ausdifferenziert. Eine zukünftige Aufgabe für die Forschung könnte

sein, den Analysefokus bei der Klassifizierung demokratischer Staaten stärker zu schärfen und beispielsweise zwischen den unterschiedlich ausgeprägten institutionellen Strukturen innerhalb eines einzelnen Regierungssystems im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik zu differenzieren. Die Rolle von Parlamenten ist im Rahmen des Forschungsprogramms trotz vielversprechender erster Erkenntnisse bisher nur in Ansätzen thematisiert worden.

In der Außenpolitikforschung haben sich zwar in den letzten Jahren einige Erklärungsansätze verstärkt mit der Entwicklung eines komplexen Modells außenpolitischer Entscheidungsfindung beschäftigt. Es ist jedoch anzumerken, dass außenpolitische Entscheidungsprozesse mit Blick auf ihre Demokratisierung bislang noch nicht in ausreichender analytischer Tiefe untersucht wurden. Die Bedeutung der Beziehung zwischen Legislative und Exekutive wurde zwar in Ansätzen reflektiert, jedoch hat bis heute keine intensive Auseinandersetzung mit parlamentarischen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten stattgefunden. Entweder werden Parlamente als Akteure oder aber Parlamentarisierung als „constraint“ konzeptualisiert. Bisher wurde allerdings versäumt, die spezifischen parlamentarischen Kompetenzen im außenpolitischen Bereich systematisch in die Analysemodelle zu integrieren und auf eine friedenspolitische Außenwirkung hin zu beleuchten.

Die Vergleichende Parlamentarismusforschung hat sich wie bereits erwähnt bisher nur in sehr geringem Umfang mit der Rolle von Parlamenten in der Außen- und Sicherheitspolitik befasst. Hier besteht Bedarf nach politikfeldspezifischen Analysen. In den vergleichenden Arbeiten, die sich mit dem Thema parlamentarischer Kontrolle der Sicherheitspolitik beschäftigen, fällt auf, dass die parlamentarischen Kontrollinstrumente in diesem Bereich noch differenzierter erhoben werden können. Die Analysekategorien und -kriterien sind häufig noch nicht ausreichend politikfeldspezifisch entwickelt. Für eine systematischere Vergleichbarkeit der Kontrollrechte würde es sich zudem anbieten, das jeweils benutzte Analyseraster klarzulegen und bei der Untersuchung der Kriterien strukturiert vorzugehen. Auch die bisherigen Ansätze zur Klassifizierung parlamentarischer Kontrollmöglichkeiten können noch nicht völlig überzeugen, da sie sich teilweise an klassischen Parlamentstypologien orientieren, anstatt einen für das Politikfeld spezifischen Index parlamentarischer Kontrollkompetenzen in der Sicherheitspolitik zu entwickeln. Als besonderer Kritikpunkt ist abschließend die mangelnde theoretische Einbettung der bisherigen Untersuchungen zu nennen. Eine Verbindung der stark praxis-orientierten Forschung zur Rolle von Parlamenten in der Sicherheitspolitik mit dem Forschungsprogramm zum „demokratischen Frieden“ könnte durchaus weiterführende Erkenntnisse, insbesondere in Bezug auf die bisher vernachlässigte friedenspolitische Dimension der Wirkung parlamentarischer Kontrolle erbringen.

In der Defizitanalyse wird deutlich, dass eine Verknüpfung der drei Forschungsrichtungen bei der weiteren wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Konzept „demokratischer Außenpolitik“ sehr sinnvoll sein könnte, verfügen die drei Disziplinen doch über das Potential, ihre Schwächen gegenseitig auszugleichen. Für zukünftige Untersuchungen bietet es sich an, bei der weiteren Differenzierung demokratischer Subtypen vor allem die Bedeutung parlamentarischer Mitwirkung und Kontrolle im außenpolitischen Entscheidungsprozess stärker zu berücksichtigen:

„[T]he phenomenon of democracies initiating violence against non-democracies might be explained partly in term of imperfect subordination of executive war powers to constitutional control. To the extent that executive warmaking is constitutionally constrained and made subject to prior legislative approval, democracies might become more pacific, not only in their relations with other democracies but with any type of regime“ (Damrosch 1995a: 192).

Vieles deutet darauf hin, dass eine systematische und vergleichende Untersuchung parlamentarischer „war powers“ in Demokratien ein wichtiges Puzzleteil der Erkenntnis zum besseren Verständnis des Zusammenhangs zwischen Demokratie und Frieden und dem immer noch ungelösten Rätsel der Erklärung des wechselnden Konfliktverhaltens von Demokratien sein kann. Nicht allein im Hinblick auf den theoretischen Beitrag, der sich aus einer solchen Arbeit möglicherweise für die Weiterentwicklung des Konzeptes „demokratischer Außenpolitik“ ergeben könnte, sondern auch und gerade in Bezug auf praxisrelevante Auswirkungen scheint eine weiterführende Beschäftigung mit parlamentarischen Kontrollkompetenzen im Bereich der militärischen Sicherheitspolitik sinnvoll. Sie könnte Aufschlüsse darüber geben, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Maße und unter welchen Bedingungen, eine „demokratisierte“ Außen- und Sicherheitspolitik wirklich ein friedfertigeres äußeres Konfliktverhalten von Demokratien bewirkt.

Literaturverzeichnis

- Allison, Graham T./Zelikow, Philip 1999: *Essence of Decision: Explaining the Cuban Missile Crisis*, 2. erweit. und überarbeit. Aufl., New York: Longman.
- Andersen, Svein/Burns, Tom R. 1996: *The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy. A Study of Post-Parliamentary Governance*, in: Andersen, Svein S./Eliassen, Kjell A. (Hrsg.): *The European Union: How Democratic Is It?* Beverly Hills/London: Sage, 227-251.
- Assembley of the WEU 2001a: *National Parliamentary Scrutiny of Intervention Abroad by Armed Forces Engaged in International Missions: the Current Position in Law*, Report submitted on behalf of the Committee for Parliamentary and Public Relations by Mrs Troncho, Rapporteur Document A/1762, 4 December.
- Assembly of the WEU 2001b: *The Parliamentary Dimension of the ESDP*, Document A/1752, 18 October.
- Auerswald, David 2000: *Disarmed Democracies: Domestic Institutions and the Use of Force*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Auerswald, David 1999: *Inward Bound: Domestic Institutions and Military Conflicts*, in: *International Organization* 53:3, 469-504.
- Babst, Dean/Eckhardt, William 1992: *How Peaceful Are Democracies Compared With Other Countries*, in: *Peace Research* 24:2, 51-57.
- Babst, Dean V. 1972: *A Force for Peace*, in: *Industrial Research* 14, 55-58.
- Babst, Dean V. 1964: *Elective Governments: A Force for Peace*, in: *Wisconsin Sociologist* 3:1, 9-14.
- Banerjee, S. 1997: *The Cultural Logic of National Identity Formation: Contending Discourses in Late Colonial India*, in: Hudson, Valerie M. (Hrsg.): *Culture and Foreign Policy*, Boulder, CO: Lynne Rienner, 27-44.
- Beasley, Ryan K./Kaarbo, Juliet/Hermann, Margaret G./Hermann, Charles F. 2001: *People and Processes in Foreign Policy Making: Insights from Comparative Case Studies*, in: *International Studies Review* 3:2, Special Issue: Leaders Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking, 217-250.
- Barbé, Esther/Herranz, Anna (Hrsg.) 2005: *The Role of Parliaments in European Foreign Policy: Debating on Accountability and Legitimacy*, Barcelona: Oficina d'Informació del Parlament Europeu.
- Bauer, Sybille 2004: *The Role of Parliaments in European Arms Export Policy*, in: Mawdsley, Jocelyn (Hrsg.): *Europe and the global arms agenda: security, trade and accountability*, Baden-Baden: Nomos, 137-147.
- Benoit, Kenneth 1996: *Democracies Really Are More Pacific (in General): Reexamining Regime Type and War Involvement*, in: *Journal of Conflict Resolution* 40:4, 636-657.

- Benz, Arthur 1998: Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, in: Greven, Michael (Hrsg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, Opladen: Leske+Budrich, 201-222.
- Beyme, Klaus von 1999: Die parlamentarische Demokratie. Entstehung und Funktionsweise, 1788-1999, 3. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Beyme, Klaus von 1998: Niedergang der Parlamente. Internationale Politik und nationale Entscheidungsfindung, in: Internationale Politik 53:4, 21-30.
- Bienen, Derk/Freund, Corinna/Rittberger, Volker 1999: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, Tübinger Arbeitspapier zur internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 33, Tübingen: Universität Tübingen.
- Boekle, Henning/Stahl, Bernhard 2003: Zum Stand der Außenpolitikforschung, in: Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität: Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden, Münster: LIT, 10-14.
- Börzel, Tanja A. 2000: Europäisierung und innerstaatlicher Wandel: Zentralisierung und Entparlamentarisierung? In: Politische Vierteljahresschrift 41:2, 225-250.
- Bono, Giovanna 2005: National Parliaments and EU External Military Operations: Is there any Parliamentary Control? In: European Security 14:2, 203-229.
- Bono, Giovanna 2004: The European Union as an International Security Actor: Challenges for Democratic Accountability, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate, 163-181.
- Born, Hans 2004: The Use of Force under International Auspices: Strengthening Parliamentary Accountability, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate, 203-215.
- Born, Hans/Hänggi, Heiner 2005: Governing the Use of Force under International Auspices: Deficits in Parliamentary Accountability, in: SIPRI Yearbook 2005: Armaments, Disarmaments and International Security, Oxford: Oxford University Press, 199-222.
- Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.) 2004: The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate.
- Born, Hans/Haltiner, Karl/Malestic, Marjan (Hrsg.) 2004: Renaissance of Democratic Control of Armed Forces in Contemporary Societies, Baden-Baden: Nomos.
- Born, Hans/Johnson, Lock K./Leigh, Ian 2005: Who's watching the spies? Establishing intelligence service accountability, Washington, D.C.: Potomac.

- Born, Hans/Urscheler, Marlene 2004: Parliamentary Accountability of Multinational Peace Support Operations: A Comparative Perspective, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate, 53-72.
- Born, Hans/Urscheler, Marlene 2002: Democratic Accountability and Parliamentary Oversight of Multinational Peace Support Operations: Powers and Practices of Parliaments in 17 Countries, Paper presented at the 4th Workshop on "Strengthening Parliamentary Oversight of International Military Cooperation and Institutions, Brussels 12-14th July 2002.
- Boylan, Timothy S. 2001: The Constitutional Understandings of the War Power, in: Presidential Studies Quarterly 31:3, 514-528.
- Bremer, Stuart A. 1993: Democracy and Militarized Interstate Conflict, 1816-1965, in: International Interactions 18:3, 231-249.
- Bremer, Stuart A. 1992: Dangerous Dyads: Conditions Affecting the Likelihood of Interstate War, 1816-1965, in: Journal of Conflict Resolution 36:2, 309-341.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Lalman, David 1992: War and Reason: Domestic and International Imperatives, New Haven: Yale University Press.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Siverson, Randolph M. 1995: War and the Survival of Political Leaders: A Comparative Study of Regime Type and Political Accountability, in: American Political Science Review 89:3, 841-855.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alastair/Siverson, Randolph M./Morrow, James 2003: The Logic of Political Survival, Cambridge, MA: The MIT Press.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James/Siverson, Randolph M./Smith, Alastair 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 93:4, 791-807.
- Byman, Daniel I./Pollack, Kenneth M. 2001: Let Us Now Praise Great Men: Bringing the Statesman Back In, in: International Security 25:4, 107-146.
- Chan, Steve 1997: In Search of a Democratic Peace: Problems and Promise, in: Mershon International Studies Review 41:1, 59-91.
- Chan, Steve 1984: Mirror, Mirror on the Wall...Are the Free Countries More Pacific? In: Journal of Conflict Resolution 28:4, 617-648.
- Chan, Steve/Safran, William 2006: Public opinion as a constraint against war: democracies' responses to Operation Iraqi Freedom, in: Foreign Policy Analysis 2:2, 137-156.
- Collier, David/Levitzky, Steven 1997: Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research, in: World Politics 49:3, 430-451.
- Cowley, Philip 2001: Can Sheep Bark? British Labour MPs and the modification of Government policy. Paper presented at the ECPR workshop on Parliamentary Control of the Executive, Copenhagen, 14-19 April 2001.

- Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3:1, 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto 1995: Are Democracies Peaceful? Not Quite Yet, PRIF-Report No. 37, Frankfurt a.M.
- Czempiel, Ernst-Otto 1986: Friedensstrategien. Systemwandel durch internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft, Paderborn: Schöningh.
- Czempiel 1981: Internationale Politik: Ein Konfliktmodell. Paderborn: Schöningh.
- Damrosch, Lori Fisler 2004: The United States Congress, the German *Bundestag*, and NATO's Intervention in Kosovo, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate, 131-146.
- Damrosch, Lori Fisler 2003: The Interface of National Constitutional Systems with International Law and Institutions on Using Military Forces: Changing Trends in Executive and Legislative, in: Ku, Charlotte/Jacobson, Harold 2003: Democratic Accountability and the Use of Force in International Law, Cambridge, MA: Cambridge University Press, 39-60.
- Damrosch, Lori Fisler 2000: The Clinton Administration and War Powers, in: Law and Contemporary Problems 63, 125-141.
- Damrosch, Lori Fisler 1997: Use of Force and Constitutionalism, in: Columbia Journal of Transnational Law 36, 449-472.
- Damrosch, Lori Fisler 1996: Is there a General Trend in Constitutional Democracies Toward Parliamentary Control over War-and-Peace Decisions? Proceedings of the 90th Annual Meeting of the American Society of International Law (ASIL), March 27-30, 1996, Washington, D.C., 36-44.
- Damrosch, Lori Fisler 1995a: Constitutional Control Over War Powers: A Common Core of Accountability in Democratic Societies? In: University of Miami Law Review 50:145, 181-199.
- Damrosch, Lori Fisler 1995b: The Constitutional Responsibility of Congress for Military Engagements, in: American Journal of International Law 89:1, 58-70.
- Dembinski, Matthias/Hasenclever, Anderas/Wagner, Wolfgang 2004: Towards an Executive Peace? The Ambivalent Effects of International Democratic Institutions on Democracy, Peace, and War, in: International Politics 41:4, 543-564.
- Dietrich, John W. 1999: Interest Groups and Foreign Policy, in: Clinton and the China MFN Debates, in: Presidential Studies Quarterly 29:2, 280-296.
- Dixon, William J. 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: American Political Science Review 88:1, 14-32.
- Dixon, William J./Senese, Paul D. 2002: Democracy, Disputes and Negotiated Settlements, in: Journal of Conflict Resolution 46:4, 547-571.

- Döring, Herbert (Hrsg.) 1996: *Parliaments and Majority Rule in Western Europe*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Doyle, Michael 1986: Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review* 80:4, 1151-1161.
- Doyle, Michael W. 1983a: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, Part I, in: *Philosophy & Public Affairs* 12:3, 205-235.
- Doyle, Michael W. 1983b: Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, Part II, in: *Philosophy & Public Affairs* 12:4, 323-353.
- Dyson, Stephen Benedict 2006: Personality and Foreign Policy: Tony Blair's Iraq Decisions, in: *Foreign Policy Analysis* 2:3, 289-306.
- Ehrenzeller, Bernhard 1991: *Legislative Gewalt und Aussenpolitik. Eine rechtsvergleichende Studie zu den parlamentarischen Entscheidungskompetenzen des deutschen Bundestages, des amerikanischen Kongresses und der schweizerischen Bundesversammlung im auswärtigen Bereich*, Basel/Frankfurt a.M.: Helbing & Lichtenhahn.
- Elman, Miriam Fendius (Hrsg.) 1997: *Paths to Peace: Is Democracy the Answer?* Cambridge, MA: MIT Press.
- Elman, Miriam Fendius 2000: Unpacking Democracy: Presidentialism, Parliamentarism, and Theories of Democratic Peace, in: *Security Studies* 9:4, 91-126.
- Everts, Philip P. 2005: Democracies and War, in: *International Studies Review* 7:2, 301-303.
- Farber, Henry S./Gowa, Joanne 1995: Politics and Peace, in: *International Security* 20:2, 123-146.
- Fearon, James D. 1997: Signalling Foreign Policy Interest: Tying Hands Versus Sinking Costs, in: *Journal of Conflict Resolution* 41:1, 68-90.
- Fearon, James D. 1995: Rationalist Explanations for War, in: *International Organizations* 49:3, 379-414.
- Fearon, James D. 1994a: Domestic Political Audiences and the Escalation of International Disputes, in: *American Political Science Review* 88:3, 577-592.
- Fearon, James D. 1994b: Signalling Versus the Balance of Power and Interests: An Empirical Test of a Crisis Bargaining Model, in: *Journal of Conflict Resolution* 38:2, 236-269.
- Fisher, Louis 2004: Presidential Wars, in: Wittkopf, Eugene R./McCormick, John (Hrsg.): *The Domestic Sources of American Foreign Policy*, Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 155-169.
- Fisher, Louis 2003: Deciding on war against Iraq: Institutional failures, in: *Political Science Quarterly* 118:3, 389-410.
- Fisher, Louis/Adler Gray, David 1998: The War Powers Resolution: Time to Say Goodbye, in: *Political Science Quarterly* 113:1, 1-20.

- Freund, Corinna/Rittberger, Volker 2001: Utilitarian-liberal Foreign Policy Theory, in: Rittberger, Volker 2001: German Foreign Policy Since Unification. Theories and Case Studies, Manchester: Manchester University Press, 68-104.
- Gartzke, Erik 1998: Kant We All Just Get Along? Opportunity, Willingness, and the Origins of the Democratic Peace, in: American Journal of Political Science, 42:1, 1-27.
- Gaubatz, Kurt Taylor 1999: Elections and War: The Electoral Incentive in the Democratic Politics of War and Peace, Stanford, CA: Stanford University Press.
- Gaubatz, Kurt Taylor 1991: Electoral Cycles and War, in: Journal of Conflict Resolution 35:2, 212-244.
- Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund - Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den „Demokratischen Frieden“, in: Politische Vierteljahresschrift 42:2, 283-298.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.) 2006: Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Houndmills: Palgrave MacMillan.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang 2006: Vom „demokratischen Frieden“ zur demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung, in: Politische Vierteljahresschrift 47:2, 276-309.
- Geller, Daniel S. 1985: Domestic factors in foreign policy: a cross-national statistical analysis, Cambridge, MA: Schenkman Books.
- George, Alexander L./Bennett, Andrew 2004: Case Studies and Theory Development in the Social Sciences. Cambridge, MA: The MIT Press.
- George, Bruce/Morgan, J. 1999: Parliament and National Security. Paper presented at the Conference on “Redefining Society-Military Relations from Vancouver to Vladivostok, Birmingham, 16-18 April.
- Gilardi, Fabrizio/Braun, Dietmar 2002: Delegation aus Sicht der Prinzipal-Agent-Theorie. Ein Literaturbericht, in: Politische Vierteljahresschrift 43:1, 147-161.
- Gleditsch, Nils Petter 1992: Democracy and Peace, in: Journal of Peace Research 29:4, 369-376.
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Håvard 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: Journal of Conflict Resolution 41:2, 283-310.
- Glennon, Michael 2003: The United States: Democracy, Hegemony and Accountability, in: Ku, Charlotte/Jacobson, Harold (Hrsg.): Democratic Accountability and the Use of Force in International Law, Cambridge: Cambridge University Press, 332-348.
- Gourevitch, Peter 1986: Politics in hard times: comparative responses to international economic crises, Ithaca: Cornell University Press.
- Gourlay, Catriona 2004: Parliamentary Accountability and ESDP: The National and the European Level, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): The ‘Double Democratic Deficit’: Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices, Aldershot: Ashgate, 183-201.

- Gowa, Joanne 1999: *Ballots and Bullets: The Elusive Democratic Peace*, Princeton: Princeton University Press.
- Gowa, Joanne 1995: *Democratic States and International Disputes*, in: *International Organization* 49:3, 511-522.
- Greene, Owen 2004: *Democratic Governance and the Internationalisation of Security Policy: The Relevance of Parliaments*, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): *The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices*, Aldershot: Ashgate, 19-32.
- Grimmett, Richard F. 2003: *The War Powers Resolution: Presidential Compliance*, Washington, D.C.: Congressional Research Service.
- Grimmett, Richard F. 2001: *The War Powers Resolution: After 28 Years*, CRS Report RL 31185, Washington, D.C.: Congressional Research Service.
- Hänggi, Heiner 2004: *The Use of Force Under International Auspices: Parliamentary Accountability and 'Democratic Deficits'*, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): *The 'Double Democratic Deficit': Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices*, Aldershot: Ashgate, 3-16.
- Haftendorn, Helga 1990: *Zur Theorie außenpolitischer Entscheidungsprozesse*, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, PVS Sonderheft 21, 401-423.
- Hagan, Joe D. 2001: *Does Decision Making Matter? Systemic Assumptions vs. Historical Reality in International Relations Theory*, in: *International Studies Review* 3:2, Special Issue: *Leaders Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking*, 5-46.
- Hagan, Joe D. 1995: *Domestic Political Explanations in the Analysis of Foreign Policy*, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne/Haney, Patrick J. (Hrsg.): *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in Its Second Generation*, Englewood Cliff, NJ: Prentice Hall, 117-144.
- Hagan, Joe D. 1994: *Domestic Political Systems and War Proneness*, in: *Mershon International Studies Review* 38:2, 183-207.
- Hagan, Joe D. 1993: *Domestic Political Opposition and Foreign Policy in Comparative Perspective*, Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Hagan, Joe D./Everts, Philip P./Fukui, Haruhiro/Stempel, John D. 2001: *Foreign Policy by Coalition: Deadlock, Compromise, and Anarchy*, in: *International Studies Review* 3:2, Special Issue: *Leaders Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking*, 169-216.
- Harfst, Philipp/Schnapp, Kai-Uwe 2003: *Instrumente parlamentarischer Kontrolle der Exekutive in westlichen Demokratien*, WZB-Diskussionspapier SP IV 2003-201, Berlin: WZB.
- Harnisch, Sebastian 2003: *Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels*, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Inter-*

- nationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 313-360.
- Harnisch, Sebastian 2002: Außenpolitiktheorie nach dem Ost-West-Konflikt: Stand und Perspektiven der Forschung, Trierer Arbeitspapier zur Internationalen Politik Nr. 7, Universität Trier.
- Harnisch, Sebastian/Maull, Hanns W. 2001: *Germany - Still A Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester: Manchester University Press.
- Hasenclever, Andreas 2003: Liberale Ansätze zum „demokratischen Frieden“, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Leske+Budrich, 199-225.
- Hasenclever, Andreas 2002: The Democratic Peace Meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9:1, 75-111.
- Hasenclever, Andreas/Weiffen, Brigitte 2006: International institutions are the key: a new perspective on the democratic peace, in: *Review of International Studies* 32:4, 563-585.
- Hellmann, Gunther/Baumann, Rainer/Wagner, Wolfgang 2006: *Deutsche Außenpolitik. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.) 2003: *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Helms, Ludger 2005: Der Wandel politischer Kontrolle in den parlamentarischen Demokratien Westeuropas, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36:2, 390-410.
- Henderson, Errol A. 2002: *Democracy and War: The End of an Illusion?* Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Hendrickson, Ryan C. 2002: *The Clinton Wars: the Constitution, Congress, and War Powers*, Nashville, TN: Vanderbilt University Press.
- Hermann, Margaret G. 2001: How Decision Units Shape Foreign Policy: A Theoretical Framework, in: *International Studies Review* 3:2, Special Issue: Leaders Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking, 47-82.
- Hermann, Margaret G. 1993: Leaders and Foreign Policy Decision Making, in: Caldwell, Dan/McKeown, Timothy J. (Hrsg.): *Diplomacy, Force and Leadership*, Boulder, CO: Westview Press.
- Hermann, Margaret G./Preston, Thomas/Korany, Baghat/Shaw, Timothy M. 2001: Who Leads Matters: The Effects of Powerful Individuals, in: *International Studies Review* 3:2, Special Issue: Leaders Groups, and Coalitions: Understanding the People and Processes in Foreign Policymaking, 83-131.
- Hill, Christopher 2003: *The Changing Politics of Foreign Policy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

- Holsti, Ole R. 2002: Public opinion and foreign policy analysis: Where we were, are, and should strive to be, in: Brecher, Michael (Hrsg.): *Millennial reflections on international studies*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press, 514-528.
- Holsti, Ole R. 1996: *Public Opinion and American Foreign Policy*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Houben, Marc 2005: *International Crisis Management. The Approach of European States*, London: Routledge.
- Howell, William G./Pevehouse, Jon C. 2007: *While Dangers Gather: Congressional Checks on Presidential War Powers*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Howell, William G./Pevehouse, Jon C. 2005: Presidents, Congress, and the use of force, in: *International Organization* 59:1, 209-232.
- Hudson, Valerie M. 2005: Foreign Policy Analysis: Actor-Specific Theory and the Ground of International Relations, in: *Foreign Policy Analysis* 1:1, 1-30.
- Hudson, Valerie M. 1997: *Culture and Foreign Policy*, Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Hudson, Valerie M. 1995: Foreign Policy Analysis, Yesterday, Today, and Tomorrow, in: *Mershon International Studies Review* 39:1, 209-238.
- Hummel, Hartwig 2003: Die Europäische Union und der „demokratische Frieden“. Zu den Implikationen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für die europäische Verfassungsdebatte, in: Schlotter, Peter (Hrsg.): *Europa - Macht - Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa“*, Baden-Baden: Nomos, 159-178.
- Huth, Paul/Allee, Todd 2002: Domestic Political Accountability and the Escalation and Settlement of International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 46:6, 754-790.
- Ireland, Michael J./Gartner, Sigmund Scott 2001: Time to fight, in: *Journal of Conflict Resolution* 45:5, 547-568.
- Jäger, Thomas/Oppermann, Kai 2006: Bürokratie- und organisationstheoretische Analysen der Sicherheitspolitik: vom 11. September zum Irakkrieg, in: Siedschlag, Alexander (Hrsg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: eine Einführung*, Wiesbaden: VS Verlag, 105-134.
- Janis, Irving L. 1972: *Victims of Groupthink: A Psychological Study of Foreign Policy Decisions and Fiascos*, Boston: Houghton Mifflin.
- Joerißen, Britta/Stahl, Bernhard (Hrsg.) 2003: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität: Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*. Münster: LIT.
- Kaarbo, Juliet 1996: Power and Influence in Foreign Policy Decision-Making: The Role of Junior Parties in Coalition Cabinets in German and Israeli Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly* 40:4, 501-530.

- Kaarbo, Juliet/Hermann, Margret G. 1998: Leadership Styles of Prime Ministers: How Individual Differences Affect the Foreign Policymaking Process, in: *Leadership Quarterly* 9, 243-263.
- Kant, Immanuel [1795] 1973: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Ders. *Kleinere Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik und Politik*. Hamburg: Felix Meiner Verlag, 115-169.
- Katzenstein, Peter J. 1985: *Small States in World Markets*, Ithaca: Cornell University Press.
- Katzenstein, Peter J. 1978: *Between Power and Plenty*, Madison, WI: University of Wisconsin Press.
- Katzenstein, Peter J. 1976: International Relations and Domestic Structures: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, in: *International Organization* 30:1, 1-45.
- Keller, Jonathan W. 2005: Leadership Style, Regime Type, and Foreign Policy Crisis Behaviour: A Contingent Monadic Peace? In: *International Studies Quarterly* 49:2, 205-231.
- Kirste, Knut 1998: *Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte*, Frankfurt a.M.: Lang.
- Kittel, Gabriele 1993: *Demokratische Außenpolitik als Voraussetzung der Friedensfähigkeit von Demokratien. Eine Untersuchung am Beispiel der „war powers“ in den USA*, Tübinger Arbeitspapier zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 20, Universität Tübingen.
- Krasner, Stephen D. 1984: Approaches to the State. Alternative Conceptions and Historical Dynamics, in: *Comparative Politics* 16:2, 223-246.
- Krasner, Stephen D. 1978: *Defending the National Interest: Raw Materials Investments and U.S. Foreign Policy*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Krell, Gert 2004: *Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der Internationalen Beziehungen*, 3. erweit. Aufl., Baden-Baden: Nomos.
- Kremp, Werner 2003: Die Irakpolitik des US-Hegemons und ihr Kontext: Vom „War Powers Act“ 1973 zur Irak-Krieg Ermächtigung 2002, in: Kubbig, Bernd W. (Hrsg.): *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*, Frankfurt a.M.: Campus, 88-94.
- Ku, Charlotte 2004: Using Military Force under International Auspices: A Mixed System of Accountability, in: Born, Hans/Hänggi, Heiner (Hrsg.): *The ‘Double Democratic Deficit’. Parliamentary Accountability and the Use of Force Under International Auspices*, Aldershot: Ashgate, 33-50.
- Ku, Charlotte/Jacobson, Harold 2003: *Democratic Accountability and the Use of Force in International Law*, Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Kümmel 2002: The Military and Its Civilian Environment: Reflections on a Theory of Civil-Military Relations; in: *Connections - The Quarterly Journal* 1:4, 63-82.

- Layne, Christopher 1994: Kant or Cant? The Myth of the Democratic Peace, in: *International Security* 19:2, 5-49.
- Layne, Christopher 2001: Shell Games, Shallow Gains, and the Democratic Peace, in: *International History Review* 23:4, 799-813.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. 1999: Beneath the Surface: Regime Type and International Interaction, 1953-1978, in: *Journal of Peace Research* 36:1, 5-21.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. 1997: Domestic Political Vulnerability and International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 41:6, 814-836.
- Levy, Jack S. 1998: The Causes of War and the Conditions of Peace, in: *Annual Review of Political Science* 1:1, 139-165.
- Levy, Jack S. 1994: Learning and Foreign Policy: Sweeping a Conceptual Minefield, in: *International Organization* 48:2, 279-312.
- Levy, Jack S. 1988: Domestic Politics and War, in: *Journal of Interdisciplinary History* 18:4, 653-673.
- Leston-Bandeira 2005: *Southern European Parliaments in Democracy*, London: Routledge.
- Livingston, Robert Gerald 2005: Legislatures and intelligence services: a dark spot in executive oversight? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36:3, 700-704.
- Lösche, Peter 2000: Der Bundestag – kein „trauriges“, kein „ohnmächtiges Parlament, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31:4, 926-936.
- MacMillan, John 2004a: Liberalism and the democratic peace, in: *Review of International Studies* 30:2, 179-200.
- MacMillan, John 2004b: Whose Democracy; Which Peace? Contextualizing the Democratic Peace, in: *International Politics* 41:4, 472-493.
- MacMillan, John 2003: Beyond the Separate Democratic Peace, in: *Journal of Peace Research* 40:2, 233-243.
- MacMillan, John 1998: *On Liberal Peace: Democracy, War and the International Order*. London: Tauris.
- MacMillan, John 1996: Democracies Don't Fight: A Case of the Wrong Research Agenda? In: *Review of International Studies* 22:3, 275-299.
- Maillet Aurore 1999: *Die parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union*, Paris: Institut de Relations Internationales et Stratégiques (IRIS).
- Mansfield, Edward D./Pevehouse, Jon C. 2006: Democratization and international organizations, in: *International Organization* 60:1, 137-167.
- Mansfield, Edward D./Pevehouse, Jon C. 2003: Institutions, Interdependence and International Conflict, in: Schneider, Gerarld/Barbieri, Katherine/Gleditsch, Nils Petter (Hrsg.): *Globalization and Armed Conflict*, Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 233-250.

- Mansfield, Edward D./Pollins, Brian 2003 (Hrsg.): *Economic Interdependence and International Conflict. New Perspectives on an Enduring Debate*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 2005: *Electing to fight: why emerging democracies go to war*, Cambridge, MA: The MIT Press.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 1995: *Democratization and the Danger of War*, in: *International Security* 22:1, 162-198.
- Maoz, Zeev 1997: *The Controversy over the Democratic Peace: Rearguard Action or Cracks in the Wall?* In: *International Security* 22:1, 162-198.
- Maoz, Zeev/Abdolali, Nasrin 1989: *Regime Types and International Conflict, 1817-1976*, in: *Journal of Conflict Resolution* 33:1, 3-35.
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce 1993: *Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986*, in: *American Political Science Review* 87:3, 624-638.
- Marschall, Stefan 2005: *Parlamentarismus. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.
- Marschall, Stefan 2002: „Niedergang“ und „Aufstieg“ des Parlamentarismus im Zeitalter der Denationalisierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33:2, 377-390.
- Marschall, Stefan 1999: *Parlamentsreform. Ziele – Akteure – Prozesse*, Opladen: Leske+Budrich.
- Mastaduno, M./Ikenberry, J./Lake, David 1989: *Toward a Realist Theory of State Action*, in: *International Studies Quarterly* 33:4, 457-474.
- Maurer, Andreas/Wessels, Wolfgang (Hrsg.) 2001: *National Parliaments on Their Ways to Europe: Losers or Latecomers?* Baden-Baden: Nomos.
- Mazaar, Michael J. 2007: *The Iraq War and Agenda Setting*, in: *Foreign Policy Analysis* 3:3, 1-23.
- Mintz, Alex/Geva, Nehemia 1993: *Why don't Democracies Fight Each Other? An Experimental Study*, in: *Journal of Conflict Resolution* 37:3, 484-503.
- Mittag, Jürgen 2003: *The Parliamentary Dimension of CFSP/ESDP. Options for the European Convention*, Study submitted for the European Parliament, Final Report, Brussels/Cologne.
- Moravcsik, Andrew 1998: *The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht*, London: UCL Press.
- Moravcsik, Andrew 1997: *Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics*, in: *International Organization* 51:4, 513-553.
- Moravcsik, Andrew 1992: *Liberalism and International Relations Theory*, CFIA Working Paper No. 92, Cambridge, MA: Harvard University.

- Morgan, T. Clifton/Campbell, Sally Howard 1991: Domestic Structure, Decisional Constraints, and War. So why Kant Democracies fight? In: *Journal of Conflict Resolution* 35:2, 187-211.
- Morgan, T. Clifton/Schwebach, Valerie L. 1992: Take Two Democracies and Call Me in the Morning: A Prescription for Peace? In: *International Interactions* 19:4, 305-320.
- Moss, Kenneth B. 2005: Constitutions, Military Force, and Implications for German American Relations, SWP Comments 56, Berlin: Stiftung für Wissenschaft und Politik.
- Müller, Harald 2004: Demokratien im Krieg – Antinomien des demokratischen Friedens, in: Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.): *Demokratien im Krieg*, Baden-Baden: Nomos, 35-52.
- Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: *Politische Vierteljahresschrift* 43:1, 46-81.
- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas 1993: From the Outside In and from the Inside Out: International Relations, Domestic Politics, and Foreign Policy, in: Skidmore, David/Hudson, Valerie M. (Hrsg.): *The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation*, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press, 25-48.
- Müller, Harald/Risse-Kappen, Thomas 1990: Internationale Umwelt, gesellschaftliches Umfeld und außenpolitischer Prozess in liberaldemokratischen Industrienationen, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, PVS-Sonderheft 21, 375-400.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation? In: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): *Democratic Wars: Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 41-73.
- Munck, Geraldo L./Verkuilen, Jay 2002: Conceptualizing and Measuring Democracy. Evaluating Alternative Indices, in: *Comparative Political Studies* 35:1, 5-34.
- Neack, Laura 2003: *The New Foreign Policy: U.S. and Comparative Foreign Policy in the 21st Century*, Lanham, MD: Rowman & Littlefield.
- Neack, Laura/Hey, Jeanne A.K./Haney, Patrick J. 1995: *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in its Second Generation*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall.
- Nielebock, Thomas 2004: Der Friede zwischen den Demokratien: Friede den Palästen, Krieg den Hütten? In: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Weltpolitik heute. Grundlagen und Perspektiven*, Baden-Baden: Nomos, 165-191.
- Nielebock, Thomas 1993: Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22:2, 179-193.
- Nolte, Georg (Hrsg.) 2003: *European Military Law Systems*, Berlin: De Gruyter.
- Nolte, Georg/Krieger, Heike 2003: Comparison of European Military Law Systems, in: Nolte, Georg (Hrsg.): *European Military Law Systems*, Berlin: De Gruyter, 19-74.

- Oneal, John R./Russett, Bruce 1997: The Classical Liberals were Right: Democracy, Interdependence, and Conflict, 1950-85, in: *International Studies Quarterly* 41:2, 267-294.
- Owen, John M. 2004: Democratic Peace Research: Whence and Whither? In: *International Politics* 41:4, 605-617.
- Owen, John M. 1997: *Liberal Peace, Liberal War: American Politics and International Security*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Owen, John M. 1994: How Liberalism Produces Peace, in: *International Security* 19:2, 87-125.
- Palmer, Glenn/London, Tamar R./Regan, Patrick M. 2004: What's Stopping You? The Sources of Political Constraints on International Conflict Behavior in Parliamentary Democracies, in: *International Interactions* 30:1, 1-24.
- Peceny, Mark 1997: A Constructivist Interpretation of the Liberal Peace: The Ambiguous Case of the Spanish-American War, in: *Journal of Peace Research* 34:4, 415-430.
- Peterson, Susan 1995: How Democracies Differ: Public Opinion, State Structure, and the Lessons of the Fashoda Crisis, in: *Security Studies* 5:1, 3-37.
- Pickering, Jeffrey 2002: Give me Shelter. Reexamining Military Intervention and the Monadic Democratic Peace, in: *International Interactions* 28:4, 293-324.
- Polsby, Nelson 1975: Legislatures, in: Greenstein F./Polsby, Nelson (Hrsg.): *Governmental Institutions and Processes: Handbook of International Science*, Vol. 5, Reading, MA: Addison-Wesley.
- Powlock, Philip P./Katz, Andrew Z. 1998: Defining the American Public Opinion/Foreign Policy Nexus, in: *Mershon International Studies Review* 42:1, 29-61.
- Prins, Brandon C./Sprecher, Christopher 1999: Institutional Constraints, Political Opposition, and Interstate Dispute Escalation: Evidence from Parliamentary Systems, 1946-1989, in: *Journal of Peace Research* 36:3, 271-287.
- Putnam, Robert D. 1993: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games, in: Evans, Peter B./Jacobson, Harold K./Putnam, Robert D. (Hrsg.): *Double-Edged Diplomacy*, Berkeley, CA: University of California Press, 431-468.
- Putnam, Robert D. 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level-Games, in: *International Organization* 42:3, 427-460.
- Raunio, Tapio/Hix, Simon 2000: Backbenchers learn to fight back: European integration and parliamentary government, in: *West European Politics* 23:4, Special Issue: Europeanised politics?, 142-168.
- Ray, James Lee 2003: A Lakatosian View of the Democratic Peace Research Program, in: Elman, Colin/Elman, Miriam Fendius (Hrsg.): *Progress in International Relations theory: appraising the field*. Cambridge, MA: The MIT Press, 205-243.

- Ray, James Lee 2000: Democracy: On the Level(s): Does Democracy Correlate With Peace? In: Vasquez, John A. (Hrsg.): What Do We Know About War? Lanham: Rowman & Littlefield, 299-316.
- Ray, James Lee 1995: Democracies and International Conflict: An Evaluation of the Democratic Peace Proposition, Columbia, SC: University of South Carolina Press.
- Reiter, Dan/Stam, Allan C. 2002: Democracies at War. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Reiter, Dan/Tillman, Erik R. 2002: Public, Legislative, and Executive Constraints on the Democratic Initiation of Conflict, in: The Journal of Politics 64:3, 810-826.
- Rioux, Jean Sebastien 1998: A Crisis-Based Evaluation of the Democratic Peace Proposition, in: Canadian Journal of Political Science 31:2, 263-283.
- Risse, Thomas 1999: Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive - die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst-Otto Czempel, Baden-Baden: Nomos, 33-57.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: Democratic Peace - Warlike Democracies? A Social- Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: European Journal of International Relations 1:4, 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“? In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:2, 367-379.
- Risse-Kappen, Thomas 1991: Public Opinion, Domestic Structure, and Foreign Policy in Liberal Democracies, in: World Politics 43:4, 479-512.
- Rosati, Jerel A. 1995: A Cognitive Approach to the Study of Foreign Policy, in: Neack, Laura/Hey, Jeanne A. K./Haney, Patrick J. (Hrsg.): Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in its Second Generation, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall, 49-70.
- Rosato, Sebastian 2003: The Flawed Logic of Democratic Peace Theory, in: American Political Science Review 97:4, 585-602.
- Rose, Gideon 1998: Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy, in: World Politics 51:1, 144-172.
- Rosenau, James 1966: Pre-Theories and Theories of Foreign Policy, in: Farrell, Barry R. (Hrsg.): Approaches to Comparative and International Politics, Evanston, IL: Northwestern University Press, 27-92.
- Rousseau, David L./Gelpi, Christopher/Reiter, Dan/Huth, Paul K. 1996: Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 90:3, 512-533.
- Rummel, Rudolph R. 1995: Democracies ARE Less Warlike Than Other Regimes, in: European Journal of International Relations 1:4, 457-479.

- Rummel, Rudolph R. 1985: *Libertarian Propositions on Violence Within and Between Nations*, in: *Journal of Conflict Resolution* 29:3, 419-455.
- Rummel, Rudolph R. 1983: *Libertarianism and International Violence*, in: *Journal of Conflict Resolution* 27:1, 27-71.
- Rummel, Rudolph R. 1979: *Understanding Conflict and War*, Beverly Hills, CA: Sage. (5 Bde.).
- Russett, Bruce M. 1993: *Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World*, Princeton, NY: Princeton University Press.
- Russett, Bruce M. 1990: *Controlling the Sword: The Democratic Governance of National Security*, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Russett, Bruce/Oneal, John R. 2001: *Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations*, New York: Norton.
- Russett, Bruce/Starr, Harvey 2000: *From Democratic Peace to Kantian Peace: Democracy and Conflict in the International System*, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press, 92-128.
- Rynning, Sten/Guzzini, Stefano 2001: *Realism and Foreign Policy Analysis*, COPRI Working Paper 42/2001, Copenhagen: COPRI.
- Schieder, Siegfried 2003: *Neuer Liberalismus*, in: Ders./Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen: Leske und Budrich, 169-198.
- Schjølset, Anna 2001: *The Decision to Go to War: Developing the Democratic Peace Argument through a Foreign Policy Framework*, Paper prepared to the Annual Convention of the International Studies Association, Chigago, IL, 20-24 February 2001.
- Schmimmelfennig, Frank 2005: *Strategic calculation and international socialization: membership incentives, party constellations, and sustained compliance in Central and Eastern Europe*, in: *International Organization* 59:4, 827-860.
- Schmimmelfennig, Frank 2003: *Internationale Sozialisation: Von einem „erschöpften“ zu einem produktiven Forschungsprogramm?* In: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, 423-427.
- Schmidt, Manfred G. 2000: *Demokratietheorien*, 3. rev. Aufl., Opladen: Leske+Budrich.
- Schmidt-Radefeldt, Roman 2005: *Parlamentarische Kontrolle der internationalen Streitkräfteintegration*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneider, Gerald 1997: *Die bürokratische Politik der Außenpolitikanalyse. Das Erbe Allisons im Licht der gegenwärtigen Forschungspraxis*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4:1, 107-123.
- Schrader, Lutz 2003: *Die Theorie des Demokratischen Friedens. Innenansichten einer wissenschaftlichen Debatte*, Studienbrief, Hagen: Fern-Universität Hagen.

- Schreyer, Söhnke 2003: Zurück zur "Imperialen Präsidentschaft"? – Parteien, Präsident und Kongress Post-9/11, ZENAF Arbeits- und Forschungsbericht 3/2003, Frankfurt a.M.: Zentrum für Nordamerika-Forschung.
- Schüttemeyer, Suzanne S. 2003: Vergleichende Parlamentarismusforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft, 4. überarb. u. erweit. Aufl., Opladen: Leske+Budrich, 207-227.
- Schultz, Kenneth A. 2001: Democracy and Coercive Diplomacy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Schweitzer, Christine/Aust, Björn/Schlotter, Peter (Hrsg.) 2004: Demokratien im Krieg. Baden-Baden: Nomos.
- Schweller, Randall L. 1992: Domestic Structure and Preventive War: Are Democracies More Pacific? In: World Politics 44:2, 235-269.
- Shannon, Vaughn P./ Keller, Jonathan W. 2007: Leadership Style and International Norm, Violation: The Case of the Iraq War, in: Foreign Policy Analysis 3:2, 79-104.
- Siedschlag, Alexander 2002: Nationale Entscheidungsprozesse bei Streitkräfteeinsätzen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben der EU – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP, Hamburg: Mittler, 222-232.
- Siedschlag, Alexander 2001: Innenpolitische Entscheidungsprozesse bei Streitkräfteeinsätzen im Rahmen der Petersberg-Aufgaben der Europäischen Union – Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden, Berlin: SWP.
- Siverson, Randolph M. 1996: Thinking about Puzzles in the Study of International War, in: Conflict Management and Peace Science 15:2, 113-132.
- Siverson, Rudolph M. 1995: Democracies and War Participation: In Defense of the Institutional Constraints Argument, in: European Journal of International Relations 1:4, 481-489.
- Skidmore, David/Hudson, Valerie M. (Hrsg.) 1993: The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press.
- Skidmore, David/Hudson, Valerie M. 1993: Establishing the Limits of State Autonomy: Contending Approaches to the Study of State-Society Relations and Foreign Policy-Making, in: Skidmore, David/Hudson, Valerie M. (Hrsg.): The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation, Boulder/San Francisco/Oxford: Westview Press, 1-22.
- Small, Melvin/Singer, David J. 1976: The War-Proneness of Democratic Regimes, in: Jerusalem Journal of International Relations 1:1, 50-69.
- Smith, Alastair 1996: Diversionary Foreign Policy in Democratic Systems, in: International Studies Quarterly 40:1, 133-153,

- Snyder, Jack 2000: *From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict*, New York: Norton.
- Snyder, Jack 1991: *Myths of Empire: Domestic Politics and International Ambition*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Snyder, Richard C./Bruck, H.W./Sapin, Burton (Hrsg.) 2002: *Foreign Policy Decision-Making (Revisited)*, New York: Palgrave Macmillan.
- Snyder, Richard C./Bruck, H.W./Sapin, Burton 1954/1962: *Foreign Policy Decision-Making: An Approach to the Study of International Politics*, Glencoe, IL: Free Press.
- Spiro, David E. 1994: The Insignificance of the Liberal Peace, in: *International Security* 19:2, 50-86.
- Sprout, Harold/Sprout, Margaret 1965: *The Ecological Perspective on Human Affairs with Special Reference to International Politics*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Sprout, Harold/Sprout, Margaret 1957: Environment Factors in the Study of International Politics, in: *Journal of Conflict Resolution* 1:4, 309-328.
- Starr, Harvey 1997: Democracy and Integration: Why Democracies Don't Fight Each Other, in: *Journal of Peace Research* 38:2, 227-235.
- Starr, Harvey 1992: Democracy and War: Choice, Learning and Security Communities, in: *Journal of Peace Research* 29:2, 207-213.
- Strøm, Kaare 2000: Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies, in: *European Journal of Political Research* 37:3, 261-289.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergman, Torbjörn (Hrsg.): *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Oxford: Oxford University Press.
- Teusch, Ulrich/Kahl, Martin 2001: Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der „Demokratische Friede“ im Kontext der Globalisierung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8:2, 287-320.
- 'T Hart, Paul/Stern, Erik K./Sundelius, Bengt 1997: *Beyond Groupthink: Political Group Dynamics and Foreign Policy-Making*, Ann Arbor, MI: University of Michigan Press.
- Thaysen, Uwe 2003: Parlamentarismus vor dem Hintergrund der europäischen Integration. Die deutschen Landesparlamente: „Hauptverlierer“ ohne Alternative? In: Breit, Gotthard/Massing, Peter (Hrsg.): *Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Einführung*, Schwalbach i.Ts.: Wochenschau Verlag, 135-152.
- Thaysen, Uwe 1997: Vom Primat des Politischen: ein Plädoyer für die Parlamente, in: *Gegenwartskunde* 46, 429-441.
- Thaysen, Uwe/Davidson, R.H./Livingston R.G. (Hrsg.) 1988: *US-Kongress und Deutscher Bundestag*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tsebelis, Georg 2002: *Veto Players: How Political Institutions Work*, Princeton: Princeton University Press.

- Van Eekelen, Wim F. 2002: *Democratic Control of the Armed Forces: The National and International Parliamentary Dimension*, DCAF Occasional Paper No. 2, Geneva: Geneva Centre for the Democratic Control of the Armed Forces (DCAF).
- Vasquez, John A. (Hrsg.) 2000: *What Do We Know About War?* Lanham: Rowman & Littlefield.
- Wagner, Wolfgang 2006a: *The democratic control of military power in Europe*, in: *Journal of European Public Policy* 13:2, 200-216.
- Wagner, Wolfgang 2006b: *Parliamentary Control of Military Mission: Accounting for Pluralism*, DCAF Occasional Paper No. 12, Geneva: Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF).
- Weart, Spencer R. 1998: *Never at War: Why Democracies Will Not Fight One Another*, New Haven, CT: Yale University Press.
- Weede, Erich 1992: *Some Simple Calculations on Democracy and War Involvement*, in: *Journal of Peace Research* 29:4, 377-383.
- Weede, Erich 1984: *Democracy and War Involvement*, in: *Journal of Conflict Resolution* 28:4, 649-664.
- Wolf, Klaus Dieter 2001: *Globalisierung, Global Governance und Demokratie. Gutachten für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“*, Darmstadt: TU Darmstadt.
- Wolf, Klaus Dieter 2000: *Die Neue Staatsraison – Zwischenstaatliche Kooperation als Demokratieproblem in der Weltgesellschaft*, Baden-Baden: Nomos.
- Zier, Matthias 2004: *Nationale Parlamente in der EU*, Göttingen: V und R Unipress.

Parliamentary Control of Security Policy (paks)

Despite strong public disapproval (see EOS-Gallup Europe's International Crisis Survey of January 2003) several of the 25 current member states of the European Union (EU-25) actively participated in the US-led war against Iraq. This contradicts the (monadic) theory of democratic peace reaching back to Kant, which expects war-averse public majorities to be able to use democratic institutions to effectively constrain their government's security policy.

Within our project the democratization of security policy will be operationalized as parliamentarization. Since there is hardly any comparative research on the role of parliaments regarding security policy matters, as a first step of the project, the scope and impact of parliamentary control over security policy matters will be operationalized as "index 1". Using "index 1" the degree of parliamentarization of security policy will be measured for the EU-25. The foreign policy behavior of the EU-25 governments will then be measured on the basis of yet another index for the "burden of war participation in terms of the democratic peace" ("index 2"). Data for index 2 will be collected for March 2003, when the UN Security Council did not grant a mandate to the coalition forces and when the military campaign started, as well as for June 2003, immediately after the international war had ended and the UN Security Council had legalized the occupation regime. Subsequently, the two sets of data will be correlated in order to identify significant patterns of association between the two variables "degree of parliamentary control over security policy" and "burden of war participation in terms of the democratic peace".

We appreciate funding for the project by the German Research Foundation (DFG). The project has started in February 2006 and will be completed in September 2007.

paks working papers series

- paks working paper 1** Hummel, Hartwig 2006: Parliamentary Peace: The Parliamentary Control of Military Security Policy in the EU-25 and the Iraq War 2003. paks working paper 1, Düsseldorf.
- paks working paper 2** Dieterich, Sandra 2007: Demokratische Außenpolitik = Friedliche Außenpolitik? Ein Literaturbericht. paks working paper 2, Düsseldorf.
- paks working paper 3** Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan 2007: How to Measure Parliamentary War Powers. paks working paper 3, Düsseldorf.
- paks working paper 4** Hummel, Hartwig 2007: How to Measure War Involvement. paks working paper 4, Düsseldorf, i.E.
- paks working paper 5** Dieterich, Sandra 2007: A Survey of Parliamentary War Powers (Part I): Parliamentary Control of Security Policy in 15 Member States of the European Union. paks working paper 5, Düsseldorf, i.E.
- paks working paper 6** Dieterich, Sandra/Hummel, Hartwig/Marschall, Stefan 2007: Von der exekutiven Prärogative zum parlamentarischen Frieden? – Funktionslogik und Funktionsprobleme der parlamentarischen Kontrolle militärischer Sicherheitspolitik am Fallbeispiel Deutschland. paks working paper 6, Düsseldorf.
- paks working paper 7** Dieterich, Sandra 2007: A Survey of War Involvement (Part I). paks working paper 7, Düsseldorf, i.E.
- paks working paper 8** Dieterich, Sandra 2007: A Survey of Parliamentary War Powers (Part II): Parliamentary Control of Security Policy in 10 Member States of the European Union. paks working paper 8, Düsseldorf, i.E.
- paks working paper 9** Dieterich, Sandra 2007: A Survey of War Involvement (Part II). paks working paper 9, Düsseldorf, i.E.

